

**118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-
Württemberg**

ANTRAGSBUCH

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 2

Inhaltsverzeichnis

Anträge	
001	Abschaffung der Mindestgröße für Polizeibewerber Junge Liberale Baden-Württemberg
002	Fairer Wettbewerb im IT-Bereich Junge Liberale Baden-Württemberg
003	Lehrer sind keine Saisonarbeiter Junge Liberale Baden-Württemberg
004	Wohnraum für alle Junge Liberale Baden-Württemberg
005	Gebührenfreier Personalausweis Junge Liberale Baden-Württemberg
006	Kein Tracking in Emails der Freien Demokraten Junge Liberale Baden-Württemberg
007	Alternativmedizin nach Arzneimittelrichtlinie bewerten Junge Liberale Baden-Württemberg
008	Sicherheit in der Informationstechnik Junge Liberale Baden-Württemberg
009	ישראל מדינת תחי (Es lebe der Staat Israel) Junge Liberale Baden-Württemberg
010	Rüstungsexporte in die Türkei stoppen Junge Liberale Baden-Württemberg
011	Gentherapie in Zeiten von CRISPR: Leiden im Kindesalter verhindern - Respekt vor Menschen mit Behinderung bewahren Junge Liberale Baden-Württemberg
012	Weil Hygiene ein Grundbedürfnis ist - für eine flächendeckende Bereitstellung von Hygieneprodukten Junge Liberale Baden-Württemberg
013	Menschenrechte sind nicht verhandelbar - Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien stoppen Junge Liberale Baden-Württemberg
014	Keine Kennzeichen-Überwachung für Fahrverbote! Junge Liberale Baden-Württemberg

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 3

015	Besseres Vorgehen gegen Mobbing an Schulen FDP Stadt- und Kreisverband Heilbronn
016	Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur (Föderalismuskommission III) Benjamin Strasser MdB, Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Hartfrid Wolff, Dr. Florian Toncar MdB, Dr. Jens Brandenburg MdB, Pascal Kober MdB und KV Ravensburg
017	Gute Bildung braucht ein Dach über dem Kopf LFA Bildung und Wissenschaft
018	Eigenständigkeit von Schulen Landesfachausschuss Bildung und Wissenschaft
019	Klimaziele 2030 öko-liberal erreichen Landesvorstand
020	GRUNDLAGEN FÜR KOMMUNE DER ZUKUNFT Landesvorstand
021	Keine automatisierte Kennzeichenerfassung und Kennzeichenauswertung zur Kontrolle des Dieselfahrverbots Kreisverband Heilbronn, Nico Weinmann MdL
022	Information über die Arbeit der Abgeordneten Kreisverband Esslingen
023	Erneueres Rentenmodell KV Karlsruhe-Stadt
024	Wertekanon für Kapitalgesellschaften KV Karlsruhe-Stadt
025	Zukunftsorientierte Wirtschafts- und Industriepolitik im Zeitalter industrieller Transformationsprozesse Landesfachausschuss für Wirtschafts- und Finanzpolitik
026	Liberaler Grundvorstellungen 21 Punkte zur Gestaltung unserer digitalen Welt von morgen FDP Kreisverband Rems-Murr
027	Liberaler Bürgermeister braucht das Land. KV Ortenau
028	Haushaltshilfe, Häusliche Pflege und Kinderbetreuung von der Einkommenssteuer zu 100 Prozent absetzen Liberaler Frauen Baden-Württemberg

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 4

029	Knockout- den K.O.Tropfen Liberale Frauen Baden-Württemberg
030	Berufstätigkeit von Eltern fördern – Elterngeld neu gestalten! Liberale Frauen Baden-Württemberg
031	Schriftzug „Einigkeit und Recht und Freiheit“ KV Karlsruhe-Stadt
032	Chancengleichheit muss im Kindergarten beginnen – Offensive für eine musikalische Früherziehung in Baden-Württemberg KV Rhein-Neckar, Dr. Jens Brandenburg
033	Änderung der Beitragsordnung Liberale Frauen
Leitantrag	
L001	Kommunalwahlprogramm 2019 Landesvorstand
Satzungsänderungsanträge	
S001	Ein Ombudsmittglied für die FDP BW Junge Liberale Baden-Württemberg, Landesvorstand FDP, Liberale Hochschulgruppe Baden-Württemberg, Liberale Frauen Baden-Württemberg
S002	Änderung § 14 Absatz 2 der Landessatzung Michael Theurer, Judith Skudelny, Hartfrid Wolff, Florian Toncar, Alexander Brecht, Sibel Yüksel,
S003	Änderung § 8 Absatz 1 der Geschäftsordnung zur Landessatzung Michael Theurer, Judith Skudelny, Hartfrid Wolff, Florian Toncar, Alexander Brecht, Sibel Yüksel,
S004	Ein Ombudsmittglied für die FDP BW Junge Liberale Baden-Württemberg, Landesvorstand FDP, Liberale Hochschulgruppe Baden-Württemberg, Liberale Frauen Baden-Württemberg

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 5

Antrag 001

Betr.: Abschaffung der Mindestgröße für Polizeibewerber

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

- 1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg setzen sich für die Abschaffung der
- 2 Mindestgröße von Bewerbern auf eine polizeiliche Ausbildung und eine
- 3 dementsprechende Änderung in Polizeidienstvorschrift (PDV) 300 ein. Davon
- 4 unberührt bleibt die obligatorische Beurteilung der körperlichen und geistigen
- 5 Fähigkeiten der Bewerber durch einen Polizeiarzt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 6

Antrag 002

Betr.: Fairer Wettbewerb im IT-Bereich

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Informationstechnologie ist zu einem essentiellen Bestandteil unseres
2 Lebensalltags geworden und wird in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.
3 Wie jede Technologie kann sie eingesetzt werden, um die individuelle Freiheit zu
4 beflügeln, Innovation zu fördern und Wohlstand zu mehren, oder aber auch um
5 Menschen zu unterdrücken und wenigen (staatlichen oder privaten) Akteuren
6 überproportional viel Macht über unsere Gesellschaft zu geben, mit der sie
7 großen Schaden anrichten können. Die Freien Demokraten Baden-Württemberg
8 bekennen sich dazu, dass Informationstechnologie zum Wohle der Gesellschaft
9 und nicht zu ihrem Schaden gebraucht wird. Dazu setzen sie sich für folgende
10 Prinzipien ein:

- 11 • Der Staat befördert den Wettbewerb der Marktteilnehmer und ergreift nicht
12 willkürlich zugunsten eines Herstellers Partei. Dadurch wird die Diversität
13 gesichert und Innovation gefördert, während Machtkonzentration und
14 Missbrauchspotentiale beschränkt werden.
- 15 • Bei öffentlichen Ausschreibungen müssen alle Anbieter, insbesondere
16 auch Freie Software, gleichermaßen berücksichtigt werden.
17 Ausschreibungen, die ein bestimmtes Produkt verlangen, sind inakzeptabel.
- 18 • Öffentliche Bildungseinrichtungen sollen ihre Absolventen zu mündigen
19 Konsumenten erziehen. Sie sollen allgemeine Konzepte vermitteln, die die
20 Schüler in die Lage versetzen, selbst eine informierte Entscheidung zu
21 treffen, anstatt sie auf die Produkte bestimmter Hersteller zu konditionieren.
22 Freie Software hat einen höheren Bildungswert, weil sie es den Schülern
23 erlaubt, die Funktionsweise der Software zu studieren und damit zu
24 experimentieren, weshalb sie zu bevorzugen ist.
- 25 • Datenaustausch mit staatlichen Stellen muss unter Verwendung
26 öffentlicher und frei implementierbarer Datenformate und Protokolle möglich
27 sein. Ansonsten werden Bürger genötigt, ein bestimmtes Produkt zu
28 benutzen, um mit der Einrichtung kommunizieren zu können.
- 29 • Der Staat darf keine Empfehlungen zugunsten bestimmter Hersteller
30 aussprechen. Etwa geht es nicht an, dass Behörden auf ihren Webseiten
31 dazu raten, bestimmte Programme zu installieren, gleichwertige oder
32 bessere Konkurrenzprodukte aber verschweigen.
- 33 • Es ist nicht hinnehmbar, dass Behörden oder Bildungseinrichtungen
34 gewisse Dienste oder Informationen ausschließlich über proprietäre
35 Plattformen von Drittanbietern wie sozialen Netzwerken zur Verfügung
36 stellen. Jeder Bürger hat das Recht, die Leistungen staatlicher
37 Einrichtungen in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen, und ihre Arbeit

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 7

- 38 zukontrollieren, ohne sich zunächst den AGBs eines Plattformbetreibers
39 unterwerfen zu müssen.
- 40 • Behörden sollen bevorzugt solche Software einsetzen, die folgende
41 Eigenschaften erfüllt:
 - 42 - Die Funktionalität der Software ist von unabhängigen Dritten in vollem
43 Umfang – insbesondere auch anhand des Quellcodes – überprüfbar, um
44 sicherstellen zu können, dass sie die der Behörde übertragenen Aufgaben
45 korrekt ausführt und mit den ihr anvertrauten Daten von Bürgern keinen
46 Missbrauch treibt.
 - 47 - Alle externen Schnittstellen und persistent gespeicherten Daten
48 verwenden öffentlich spezifizierte und frei implementierbare Formate und
49 Protokolle, sodass die Behörde auch in Zukunft die Option hat, den
50 Anbieter zu wechseln, und nicht auf ewig an einen Hersteller gebunden ist.
 - 51 - Es ist dem Anwender erlaubt und technisch möglich, Veränderungen an
52 der Software vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, um sie geänderten
53 Anforderungen anzupassen.
 - 54 • Gewerblichen Anwendern von Software muss zugemutet werden, die
55 eingesetzte Software sorgfältig zu prüfen. Sie dürfen sich nicht mit dem
56 Hinweis darauf, dass die Software proprietär sei, aus der Verantwortung
57 ziehen. Ein mittelbarer Haftungsanspruch des Anwenders gegenüber dem
58 Hersteller soll dadurch selbstverständlich unberührt bleiben.
 - 59 • Das Kartellrecht soll dahingehend modernisiert werden, dass
60 Hardware-Hersteller ab einer gewissen Marktmacht dazu verpflichtet
61 werden können, eine hinreichend detaillierte Spezifikation ihrer
62 Schnittstellen offenzulegen, sodass alle Wettbewerber kompatible Software
63 anbieten können. Absprachen zwischen Hardware- und
64 Software-Herstellern sowie dem Handel, dass bestimmte Produkte nur in
65 Kombination verkauft werden, sollen unzulässig sein.
 - 66 • Es müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es
67 jedermann legal möglich machen, auf Defekte und unerwünschte
68 Funktionen in Hard- und Software hinzuweisen. Lizenzvereinbarungen, die
69 dieses Recht ausschließen, sollen unzulässig sein.
 - 70 • Der Staat wird keine Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit von zivil
71 genutzten IT-Systemen zu untergraben. Primär mit Steuergeldern
72 finanzierte Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Kryptologie dürfen
73 der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden.
 - 74 • Die Freien Demokraten werden auch ihren eigenen Gebrauch von
75 Informationstechnologie nach diesen Maßstäben ausrichten und versuchen,
76 mit ihrem Vorbild andere ebenfalls von einem verantwortungsvollen
77 Umgang mit der Technologie zu überzeugen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 8

Antrag 003

Betr.: Lehrer sind keine Saisonarbeiter

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg sind überzeugt, dass die saisonale
2 Arbeitslosigkeit von Lehrerinnen und Lehrern während der Sommerferien zu
3 Demotivation im Beruf führt. Darüber hinaus schüren die kurzfristigen
4 Entlassungen Misstrauen in das im Land herrschende System. Dies ist in einem
5 Bundesland, für welches Bildung eine zentrale und zukunftsweisende Rolle
6 spielt, ein unhaltbarer Zustand.

7 Wir fordern daher, dass angestellte, befristete Lehrerinnen und Lehrer auch
8 während der Sommerferien in Anstellung bleiben.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 9

Antrag 004

Betr.: Wohnraum für alle

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Der akute Wohnungsmangel bereitet vielen Menschen gerade in den
2 Ballungsräumen schlaflose Nächte. Nicht nur in Stuttgart, das als sogenannte
3 A-Stadt besonders hohe Mieten und Kaufpreise sowie eine starke Zunahme zu
4 verzeichnen hat, sondern auch in vielen anderen Regionen Deutschlands und
5 Baden-Württembergs sind die Mieten für junge Menschen inzwischen kaum mehr
6 erschwinglich. Der Traum von den eigenen vier Wänden ist immer schwieriger
7 zu verwirklichen. Die Preissteigerungen beruhen vor allem auf steigenden
8 Bürokratiekosten sowohl beim Bau als auch bei der Instandhaltung, steigender
9 Nachfrage und gestiegenen steuerlichen Belastungen. Die Kaufpreise steigen
10 auch als Folge der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, so dass
11 hier die Gefahr einer Blasenbildung entsteht. Die Wohneigentumsquote in
12 Deutschland stagniert auf niedrigem Niveau, sie ist die niedrigste in der
13 Europäischen Union. Gleichzeitig würde eine überwältigende Mehrheit lieber im
14 Eigenheim als zur Miete wohnen. #

15 Im Wohnungsmarkt liegt derzeit eine klassische Interventionsspirale vor: Durch
16 Eingriffe in das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter wird kurzfristig der
17 Mieter besser gestellt. Dadurch wird es relativ attraktiver, an dem betreffenden
18 Ort Mieter zu sein, und unattraktiver, Wohnraum zur Verfügung zu stellen – der
19 Anreiz für Neubauten und Renovierungen sinkt, mehr Mieter wollen zuziehen,
20 Wohnraum verknappt sich und wird teurer; die Erwartung weiterer
21 Preissteigerungen kann Inaktivität weiter befördern. Der teure Wohnraum
22 rechtfertigt dann weitere staatliche Eingriffe, welche häufig die Fehlallokation
23 weiter verstärken. Am Ende dieser Spirale stehen Enteignungen und
24 Verstaatlichungen, wie sie derzeit bereits von der Landesregierung angedacht
25 sind. Dies löst jedoch das Problem knapper Ressourcen nicht, sondern verlagert
26 lediglich Kosten und begünstigt Korruption. Der Staat ist hier das Problem, die
27 Lösung liegt in der Zurückhaltung des Staates und der Aufhebung staatlicher
28 Eingriffe.

29 Wir Freie Demokraten Baden-Württemberg wollen kein Volkseigentum, sondern
30 ein Volk der Eigentümer. Wohnen muss bezahlbar sein, der Traum von
31 Eigentumsbildung und Selbstverwirklichung durch die eigenen vier Wände muss
32 für Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft erfüllbar sein. Wir
33 wollen Bauen vereinfachen statt Mangel verwalten. Dabei sehen wir drei
34 Haupthandlungsfelder.

35 **1. Wohnflächen schaffen**

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 10

36 Das oberste Ziel der gegenwärtigen Wohnungspolitik muss die Schaffung
37 zusätzlicher Wohnflächen sein. Folgende Maßnahmen tragen unmittelbar dazu
38 bei:

39 • Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf, Bauflächen in Bundes- und
40 Landesbesitz zur Bebauung zur Verfügung zu stellen. Hierbei würden wir eine
41 zweckgebundene Veräußerung bevorzugen.

42 • Baden-Württemberg muss eine kohärente Strategie zum
43 Flächenressourcen-Management entwickeln.

44 • Angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt und dem Mangel
45 an Bauland fordern wir die Aussetzung des von der Landesregierung
46 angepeilten Ziels der "Netto-Null" bei der Flächeninanspruchnahme. Die ohnehin
47 schon ambitionierten Ziele des Bundes, die eine jährliche
48 Flächenneuanspruchnahme von ca. zehn Quadratkilometern in
49 Baden-Württemberg erlauben würden, dürfen nicht noch weiter verschärft
50 werden.

51 • Große Zeit- und Kostensparpotenziale kann das modulare Bauen bieten. Die
52 Immobilien bestehen dabei aus vorgefertigten Bestandteilen, die nach einer Art
53 Baukastenprinzip zusammengesetzt werden können. Die Politik muss mittels
54 standardisierter Baugenehmigungen die Weichen dafür stellen, dass neben der
55 klassischen Einzelfertigung im Bereich des seriellen Bauens prototypisches
56 Bauen mit industrieller Fertigung ermöglicht wird.

57 • Besonders vielversprechend ist die Nachverdichtung bestehenden Wohnraums.
58 Durch Leichtbauweise können häufig günstig ein bis zwei Stockwerke auf
59 bestehende Gebäude aufgestockt werden. Dies wird derzeit häufig durch
60 bürokratische Hürden verhindert, die wir abbauen wollen. Auch Aufstockungen
61 auf Supermärkten und die Überbauung von Parkplätzen dürfen nicht an
62 bürokratischen Hürden scheitern. Dementsprechend müssen Bauverordnungen
63 und folglich ebenso Bebauungspläne auch nachträglich noch abgeändert werden
64 können. Umwidmungen bestehender Dachgeschosse zur Schaffung von
65 Wohnraum müssen weitestgehend verfahrensfrei vorgenommen werden können.

66 • Um die Sogwirkung in die Städte zu lindern ist es für uns essentiell, das
67 Wohnen auf dem Land attraktiver zu gestalten. Wir fordern daher eine
68 Neufassung des Landesentwicklungsplans, die eine Belebung und Verdichtung
69 von Ortskernen, einen Infrastrukturausbau (insbesondere in der
70 Digitalinfrastruktur) und eine bessere Anbindung des Ländlichen Raums mit dem
71 ÖPNV ins Auge fasst. Wir begrüßen diesbezüglich ausdrücklich europäische
72 Förderinitiativen wie LEADER und fordern die Landesregierung dazu auf, den
73 Kommunen in den Förderregionen mehr Flexibilität bei der Ausgestaltung der
74 Projekte (Umbrella-Projekte & Multifonds-Ansatz) einzuräumen. Alle
75 Förderprogramme (ELR, EFRE, Landessanierungsprogramm) sollen auf
76 Landesebene zentral koordiniert werden.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 11

- 77 • Im Mietrecht ist eine angemessene Balance zwischen Vermieter und Mieter zu
78 wahren. Dies gilt insbesondere für die maßvolle Verteilung der Aufwendungen
79 für Schönheitsreparaturen, kulante Fristen bei Kündigung wegen Eigenbedarfs
80 und Mietzinserhöhungen nach wertsteigernden Sanierungen. Im Falle von
81 „Mietnomaden“ wollen wir Vermieterrechte stärken und eine schnellere Räumung
82 ermöglichen.
- 83 • Neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und
84 Seniorenwohngemeinschaften gewinnen zusehends an Akzeptanz im
85 Wohnungsmarkt und stellen einen wertvollen Beitrag zur Vielfalt in Stadtvierteln
86 dar. Wir wollen den Kommunen bei der Einrichtung dieser Wohnformen unter die
87 Arme greifen und die förderungswürdigen Ausgaben innerhalb des
88 Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus auch auf investive Ausgaben
89 erweitern.
- 90 • Die Bundesmittel zur Wohnungsbauförderung müssen zweckgebunden
91 verwendet werden, statt in den Kassen von Ländern und Kommunen zu
92 versickern. Die gegenwärtige Verwendung der Kompensationszahlungen des
93 Bundes und die Wohnraumschaffung sollen auf Länderebene evaluiert werden.
94 An der kooperativen Förderung durch Land und Bund wollen wir festhalten, die
95 jährliche Wohnungsbauförderung auf ein das Niveau vergleichbarer
96 Bundesländer anpassen.
- 97 • Der soziale Wohnungsbau ist ein ineffizientes Instrument zur Unterstützung von
98 Personen, die Probleme haben, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden. Die
99 entsprechenden Mittel sind besser zur direkten Unterstützung finanzschwacher
100 Wohnungssuchender einzusetzen.
- 101 • Speziell die Hochschulstädte Baden-Württembergs kämpfen mit überhitzten
102 Wohnungsmärkten. Wir streben daher ein Sonderprogramm des Landes nach
103 hessischem Vorbild an, das es sowohl Studierendenwerken als auch privaten
104 Trägern ermöglicht, durch Baukostenzuschüsse und vergünstigte Kredite
105 studentischen Wohnraum zu schaffen.
- 106 • Zur Bereitstellung günstigen Wohnraums muss gegen Leerstand vorgegangen
107 werden. Kooperative Ansätze wie das Karlsruher Modell zwischen Eigentümern
108 und Kommunen können dabei landesweiten Vorbildcharakter haben.
109 Bebauungspflichten lehnen wir ab, sofern sie sich nicht aus einer
110 zweckgebundenen Grundstücksübergang ergeben.
- 111 • Die kritische Überprüfung und Verschlinkung bestehender staatlicher
112 Förderprogramme muss angestrebt werden. Durch rechtliche, praktische und
113 steuerliche Erleichterungen bei der Erstellung von Wohnraum können
114 Förderprogramme zukünftig weitgehend entfallen und der Staatshaushalt wird
115 bei stärkerer Bauleistung nicht zusätzlich belastet.

116 2. Attraktiver Steuerrahmen

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 12

117 Der Wohnungsbau wird derzeit durch den sich regelmäßig verschlechternden
118 Steuerrahmen erschwert. Dabei werden auf der einen Seite höhere Steuersätze
119 beschlossen, auf der anderen Seite werden Abschreibungsmöglichkeiten immer
120 weiter zurückgefahren. Mit folgenden Maßnahmen wollen wir gegensteuern:

121 • Die Grunderwerbsteuer in Baden-Württemberg soll von 5,0 Prozent auf den
122 früheren Satz von 3,5 Prozent gesenkt werden. Darüber hinaus wollen wir einen
123 Freibetrag von bis zu 500.000 Euro einführen. Der Freibetrag soll für den Erwerb
124 von Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten.

125 • Bei der Bebauung eines bisher unbebauten Grundstücks fallen auf die bereits
126 umsatzsteuerbelasteten Baukosten noch Grunderwerbssteuern an. Diese
127 Doppelbesteuerung wollen wir abschaffen.

128 • Share Deals, also die gezielte Gestaltung einer Grundstücksübergangung durch
129 die Veräußerung von Geschäftsanteilen, müssen verhindert werden, sofern sie
130 überwiegend zur Umgehung der Grunderwerbsteuer dienen.

131 • Um den Rückstau von deutschlandweit 1,5 Millionen fehlenden Wohnungen zu
132 beheben, begrüßen wir die Einführung einer zeitlich begrenzten
133 Sonderabschreibung. Im Regelfall sollte sich der Abschreibungssatz allerdings an
134 dem realen kumulierten Wertverzehr der Gebäudebestandteile orientieren, um so
135 eine steuerliche Neutralität zu gewährleisten. Dieser liegt bei etwa 4 Prozent.
136 Daher fordern wir eine Anhebung der linearen Abschreibungsmöglichkeiten von
137 derzeit 2 Prozent auf 4 Prozent.

138 • Die Wiedereinführung der Grundsteuer C lehnen wir ab. Sie hat bei ihrer
139 ersten Einführung das Gegenteil ihres beabsichtigten Zwecks erreicht: bebaubare
140 Fläche künstlich verknappt, Spekulation befeuert und insbesondere
141 finanzschwache Bürgerinnen und Bürger schlechter gestellt. Diesen Effekt
142 erwarten wir auch bei einer Wiedereinführung. Perspektivisch fordern wir im
143 Zuge einer Neuaufstellung der kommunalen Finanzen die generelle Abschaffung
144 der Grundsteuer.

145 • Mobilität ist Kern unserer modernen Gesellschaft. Insbesondere junge
146 Menschen unterliegen daher jedoch häufig kommunalen Zweitwohnungssteuern.
147 Diese lehnen wir vollumfänglich ab.

148 **3. Bürokratie beseitigen**

149 Etwa 40 Prozent der Kostensteigerung im Wohnungsbau gehen auf gestiegene
150 technische Anforderungen zurück. Auch hier muss eine Trendwende her – mit
151 folgenden Maßnahmen:

152 • Eine Novelle der Landesbauordnung, die bevormundende Auflagen reduziert
153 und sich strikt an den Mindestanforderungen der Musterbauordnung des Bundes
154 orientiert ist überfällig und muss umgehend initiiert werden.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 13

- 155 • Der Bund sollte die stetige Zunahme kostenverursachender Anforderungen
156 transparent machen. Um die Folgen von Bürokratiekosten offen darzulegen
157 fordern wir eine verpflichtende Folgenabschätzung für alle Entwürfe von
158 Gesetzen, Verordnungen und Normen. Der Prüfbericht muss um die Auswirkung
159 auf Wohnkosten ergänzt werden.
- 160 • Das sogenannte „Goldplating“, also die zusätzliche Verschärfung bei der
161 Umsetzung von EU-Richtlinien, lehnen wir ab. EU-Richtlinien sind grundsätzlich
162 1:1 umzusetzen.
- 163 • Derzeit gibt es Rechtsprechung, wonach der anerkannte Stand der Technik zu
164 erfüllen ist – dieser geht häufig deutlich über die sonstigen rechtlichen
165 Mindeststandards hinaus. Besser wäre, wenn bestehende Standards auch
166 rechtssicher umgesetzt werden könnten. Allgemeine, unspezifische Hinweise auf
167 den Stand der Technik oder Verordnungsermächtigungen machen den Bau
168 bürokratisch und kompliziert. Besser wären konkrete und verständliche Regeln,
169 die für alle ersichtlich in der Bauordnung stehen.
- 170 • Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen-Verordnung sind als fehlgeleitete
171 Markteingriffe ersatzlos zu streichen. Insbesondere energetische Sanierungen
172 stellen häufig auch für den Mieter einen Mehrwert dar und rechtfertigen daher
173 maßvolle Mietzinserhöhungen. Im Sinne der Markttransparenz ist die
174 flächendeckende Aufstellung von Mietspiegeln ein wichtiges Mittel, um Mietern
175 einen besseren Eindruck über die Marktrealitäten zu geben.
- 176 • Wir begrüßen die Sharing Economy als einen Weg, knappe Ressourcen
177 möglichst effizient zu nutzen. Die private Untervermietung von Wohnraum muss
178 auch weiterhin einfach möglich sein, Einschränkungen wie beispielsweise
179 Zweckentfremdungsverbote lehnen wir ab. Damit traditionelle Hotelleriebetriebe
180 hier keine Wettbewerbsnachteile erfahren, sollten sie mehr Spielräume erhalten.
- 181 • Das Zweckentfremdungsverbot sollte die Umwandlung von Wohnraum in
182 Gewerberaum verhindern. Inzwischen verhindert es die Umwandlung von
183 Gewerbe- in Wohnraum. Auch dieser Markteingriff führt auf den Holzweg und ist
184 ersatzlos zu streichen.
- 185 • Wir fordern eine Flexibilisierung des Bauplanungsrechts. Ziel soll eine
186 Reduzierung der Bearbeitungszeit der Bauanträge sein. Die rechtlich
187 möglichen E-Government Entwicklungen sollen von den zuständigen
188 Behörden genutzt werden.
- 189 • In diesem Zusammenhang wollen wir die Amtsstuben auf die
190 Herausforderungen der Bauwerksdatenmodellierung (Building Information
191 Modeling) vorbereiten. Der Stufenplan Digitales Bauen und Wohnen, der sich
192 aktuell noch auf Verkehrsinfrastrukturprojekte beschränkt, soll auf alle
193 Bauprojekte ausgeweitet werden. Durch bessere Vernetzung aller Stakeholder

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 14

194 während Planung, Ausführung und Nutzung können Kosten minimiert und
195 Baurisiken abgemildert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 15

Antrag 005

Betr.: Gebührenfreier Personalausweis

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg fordern die Abschaffung der
2 Gebühren, die bei der Erstellung eines Personalausweises in den Fällen anfallen,
3 in denen die Bürger vom Staat verpflichtet sind, einen solchen zu erwerben.

4 Dies betrifft die Erstaussstellung des Personalausweises sowie die Erneuerung
5 nach Ablauf der Gültigkeit. Nach Verlust ist die erneute Ausstellung des
6 Ausweisdokuments vom Bürger selbst zu tragen. Die Kosten des
7 Ausweiswesens sind dabei vollständig vom Bund zu tragen und anfallende
8 Kosten für die ausstellende Behörde zu erstatten.

9 Wer anstelle des Personalausweises einen Reisepass beantragt, trägt lediglich
10 die etwaigen echten Mehrkosten, die die Ausstellung eines Reisepasses
11 gegenüber der eines Personalausweises verursacht. Des Weiteren soll es
12 möglich sein, den Personalausweis bei Erneuerung komplett online zu
13 beantragen. Die Identifikation erfolgt persönlich bei Abholung.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 16

Antrag 006

Betr.: Kein Tracking in Emails der Freien Demokraten

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

- 1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg verbitten sich den Einsatz von
- 2 Tracking-Features in offiziellen E-Mails, die durch die Freien Demokraten
- 3 versandt werden. Der Landesvorstand wird beauftragt, in seinem
- 4 Wirkungsbereich auf derlei Technologie zu verzichten, und sich verbandsintern
- 5 dafür einzusetzen, dort, wo diese Unsitte bereits um sich gegriffen hat, auf ihre
- 6 Abschaffung hinzuwirken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 17

Antrag 007

Betr.: Alternativmedizin nach Arzneimittelrichtlinie bewerten

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg fordern, dass Leistungen der
2 besonderen Therapierichtungen, wie z.B. Homöopathie, durch den
3 Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) in Bezug auf die Kostenerstattung
4 durch gesetzliche Krankenkassen (GKV) wie konventionelle medizinische
5 Behandlungen in ihrer Wirksamkeit bewertet werden sollen. Dies soll durch
6 Studien nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft geschehen.

7 Des Weiteren fordern wir, dass in die Komitees der European Medicines Agency
8 (EMA) zur Zulassung von Arzneimitteln der besonderen Therapierichtungen
9 (Committee for Medicinal Products for Human Use (CHMP) und Committee on
10 Herbal Medicinal Products (HMPC)) auch Experten mit Fachkenntnissen der
11 konventionellen Medizin berufen werden müssen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 18

Antrag 008

Betr.: Sicherheit in der Informationstechnik

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg setzen sich für klare, bindende und
2 europaweit geltende Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit von kommerziell
3 in Umlauf gebrachten IT-Produkten ein. Dazu sollen von der Industrie europäische
4 Richtlinien für die Sicherheit verschiedenster IT-Systeme auf Grundlage
5 bestehender Normen (z.B. ISO/IEC 27001, IEC 62443, ISO/IEC 15408 etc.)
6 erarbeitet werden, die von Herstellern solcher Systeme einzuhalten sind. Eine
7 Garantie, dass die Software gegen Angriffe jeglicher Art gewappnet sei, ist nicht
8 realistisch und nicht gewünscht. Jedoch ist es sinnvoll und zumutbar, dass
9 Hersteller anerkannte Best-Practices der Software-Entwicklung (systematische
10 Code-Reviews und automatisierte Tests, keine unverschlüsselte
11 Datenübertragung, keine hard-gecodeten Passwörter, etc.) verbindlich beachten.
12 Dies soll der Inhalt der zu schaffenden Normen sein. Die Einhaltung der für sein
13 Produkt geltenden Richtlinien erklärt der Hersteller in Eigenverantwortung mittels
14 einer Selbsterklärung (vgl. CE-Kennzeichnung). Für den Fall, dass der Hersteller
15 trotz Selbsterklärung Richtlinien nicht eingehalten hat, ist er für den
16 entstehenden Schaden haftbar zu machen und gegebenenfalls zu
17 sanktionieren. Die Freien Demokraten fordern darüber hinaus die Veröffentlichung
18 aller Software-Sicherheitslücken, die von deutschen Behörden gefunden werden.
19 Erlangt eine deutsche Behörde Kenntnis von Sicherheitslücken jedweder Art in
20 zivil genutzter Software, so muss die Behörde diese unverzüglich dem Hersteller
21 der Software melden. Der Hersteller erhält daraufhin eine Kulanzzeit, um die
22 Sicherheitslücke auszubessern, bevor diese der Öffentlichkeit mitgeteilt wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 19

Antrag 009

Betr.: ישראל מדינת תחי (Es lebe der Staat Israel)

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Die Verantwortung Deutschlands für die Existenz Israels ist für die Freien
2 Demokraten Baden-Württemberg ein zentraler Bestandteil der deutschen
3 Staatsräson. Die Akzeptanz Israels als Staat sowie die Verteidigung der Freiheit
4 und Sicherheit seiner Bevölkerung mit menschen- und völkerrechtskonformen
5 Mitteln müssen weiterhin ein zentrales Prinzip der deutschen Außen- und
6 Sicherheitspolitik sein. Die Bundesrepublik Deutschland muss überall und
7 jederzeit Antisemitismus und jenen Kräften, welche das Existenzrecht Israels in
8 Frage stellen, entgegenwirken.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 20

Antrag 010

Betr.: Rüstungsexporte in die Türkei stoppen

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

- 1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg nehmen den Angriff der Türkei auf
- 2 das Militärbündnis „Demokratische Kräfte Syriens“ beziehungsweise die diesem
- 3 Bündnis angehörende kurdische Miliz YPG mit großer Sorge zur Kenntnis.

- 4 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, auf den NATO-Partner Türkei
- 5 einzuwirken, diesen Angriff zu unterlassen. Bis dies erfolgt ist, sind auch
- 6 Rüstungsexporte in die Türkei zu verwehren.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 21

Antrag 011

Betr.: Gentherapie in Zeiten von CRISPR: Leiden im Kindesalter verhindern - Respekt vor Menschen mit Behinderung bewahren

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg befürworten den Einsatz der
2 Gentherapie bei Patienten mit schwersten Krankheiten oder derzeit
3 lebensunfähigen Embryonen. Das geltende Recht erlaubt dies bereits an
4 einwilligungsfähigen Erwachsenen. Wir wollen diese Regelung auf den Bereich
5 der Präimplantations- und Pränatalmedizin erweitern.

6 Wurde bei einem Embryo eine schwere genetische Erkrankung diagnostiziert, die
7 deterministisch zu schwersten geistigen oder körperlichen Behinderungen führen
8 würde (Beispiel Offener Rücken, Veitstanz), und deren monokausaler Erbgang es
9 verhindert, beim betreffenden Paar durch serielle PID auf einen gesunden
10 Embryo zu warten, soll es auf Wunsch der Mutter erlaubt sein, diese mittels
11 Keimbahn-Gentherapie zu behandeln. Ein Beratungsgespräch zu Chancen und
12 Risiken der Therapie soll verpflichtend sein. Außerdem ist das Arzneimittelgesetz
13 (insb. §§ 40 ff.) so anzupassen, dass es der besonderen Verbindung von Mutter
14 und Kind Rechnung trägt. Vorzug soll allerdings in nicht deterministisch geistig
15 und/oder körperlich schwer behindernden Fällen (Kurzsichtigkeit,
16 Sichelzellen-Anämie) die somatische Gentherapie nach der Geburt erhalten.
17 Diese darf auch dem Willen der Eltern entsprechend schon bei Neugeborenen
18 bis Heranwachsenden angewendet werden, um ein gewöhnliches Aufwachsen
19 zu ermöglichen – der Patient kann sie dann bei Erreichen des
20 Erwachsenenalters ggf. auf eigenen Wunsch aussetzen oder abbrechen. Durch
21 die ursprüngliche Erbanlage seiner Gonaden steht es ihm frei, die alten
22 fehlerhaften Anlagen im Sinne von deren Wahlfreiheit an seine Kinder
23 weiterzugeben. Dies ist gerade im Fall von Phänomenen wie
24 Sichelzellen-Anämie sinnvoll, wo je nachdem die durchschnittliche Anlage
25 bessere Ausdauer besitzt, die seltene Anlage hingegen besser gegen Malaria
26 geschützt ist – ein situativer Trade-Off, in dem nur der Patient selbst entscheiden
27 kann, was ihm wichtiger ist.

28 Ein Sonderfall wäre die Kombination von CRISPR mit Cre/lox, um einen
29 „vorgeladenen“ Patienten zu erhalten, der nach eigenem Willen als Volljähriger
30 die Therapie „auslösen“ oder „schlummern lassen“ kann.

31 Die „Holzhammer“-Keimbahntherapie sowie Eingriffe mit einem sehr hohen Risiko
32 von Auswirkungen auf die Keimbahn sollen also weiterhin nur in schweren
33 Ausnahmefällen erlaubt sein; die somatische Gentherapie, die freiheits- und
34 moralphilosophisch viel unbedenklicher ist, hingegen die Regel darstellen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 22

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 23

Antrag 012

Betr.: Weil Hygiene ein Grundbedürfnis ist - für eine flächendeckende Bereitstellung von Hygieneprodukten

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg fordern die flächendeckende
2 Bereitstellung von Hygieneprodukten (Tampons, Binden, Slipeinlagen, Windeln,
3 u.ä.) in

- 4 • öffentlichen Einrichtungen, wie bspw. staatlichen Institutionen, Schulen,
5 Universitäten, Bibliotheken, Ämtern, Parlamenten, Gerichtsgebäuden,
6 Krankenhäusern,
- 7 • öffentlichen Toiletten und öffentlichen Verkehrsmitteln mit Toilette.

8 Die Art der Aufstellung, Instandhaltung, Wartung, Bestückung des Angebotes
9 beispielsweise durch Automaten können in ihrer genauen Ausgestaltung dem
10 jeweiligen Betrieb bzw. Haus überlassen werden. Sowohl bei einem Angebot
11 durch Drittanbieter als auch bei eigener Sicherstellung der Versorgung sind durch
12 die Bereitstellung entstehende Kosten für Unternehmen äquivalent zu sonstiger
13 Toilettenausstattung steuerlich absetzbar zu gestalten.

14 Die preisliche Abgabe ist in allen Fällen auf Selbstkostenpreisbasis auszurichten
15 und nicht für Gewinnabsichten der Betriebe bzw. staatlichen Institutionen
16 vorgesehen. Die Abgabestellen sind an diskreten Plätzen einzurichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 24

Antrag 013

Betr.: Menschenrechte sind nicht verhandelbar - Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien stoppen

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

1 Nach den letzten Erkenntnissen rund um den Journalisten Jamal Khashoggi
2 stellen die Freien Demokraten Baden-Württemberg fest, dass sich Saudi-Arabien
3 immer weiter zu einem unberechenbaren Partner im jetzt schon
4 unübersichtlichen Nahen Osten entwickelt. Die Ermordung des
5 regierungskritischen Journalisten Jamal Khashoggi zeigt in aller Deutlichkeit, wie
6 es um die Menschenrechte in Saudi-Arabien steht. Journalisten, welche nicht im
7 Konsens mit der Regierung publizieren, werden extrem in ihrer Pressefreiheit
8 eingeschränkt. Die Ermordung Khashoggis sendet ein deutliches Zeichen in
9 Richtung aller regimekritischen Journalisten: "Schweigt, oder wir bringen euch
10 zum Schweigen."

11 Derartige Verletzungen der UN-Menschenrechtscharta darf die Bundesrepublik
12 Deutschland nicht weiter hinnehmen. Deswegen fordern die Freien Demokraten
13 Baden-Württemberg:

- 14 • Eine unabhängige und lückenlose Untersuchung im Mordfall Khashoggi, die
15 auch eine juristische Verfolgung der beteiligten Personen umfasst. Wir
16 unterstützen den Vorstoß des UN-Generalsekretärs António Guterres
17 ausdrücklich, welcher eine Untersuchung der Vereinten Nationen im
18 Mordfall Khashoggi fordert.
- 19 • Eine grundsätzliche Überprüfung des Verhältnisses zu Saudi-Arabien.
20 Menschenrechte stehen in Saudi-Arabien nach wie vor zur Disposition.
21 Daran hat auch die Ernennung von Mohammed bin Salman zum
22 Kronprinzen nichts geändert. Aus diesem Grund gehört alles auf den
23 Prüfstand, auch die Beziehung der Bundesrepublik Deutschland zum Land
24 Saudi-Arabien und die Einstufung Saudi-Arabiens als verlässlicher
25 strategischer Partner.
- 26 • Eine Fortsetzung des Stopps der deutschen Waffenexporte nach
27 Saudi-Arabien bis zu einer nachweislichen Änderung der
28 Menschenrechtslage.
- 29 • Einen Vorstoß der Bundesrepublik Deutschland auf EU- und NATO-Ebene,
30 der darauf abzielt, dass ebenfalls keine Waffenexporte aus einem anderen
31 EU-Land oder NATO-Partner an Saudi-Arabien gehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 25

Antrag 014

Betr.: Keine Kennzeichen-Überwachung für Fahrverbote!

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg

- 1 Die Freien Demokraten Baden-Württemberg sprechen sich gegen die
- 2 automatische Erfassung, Speicherung und Überprüfung von Kfz-Kennzeichen
- 3 aus. Insbesondere die Einführung einer flächendeckenden
- 4 Überwachungsinfrastruktur zur Durchsetzung von Fahrverboten ist völlig
- 5 unverhältnismäßig. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung eines neunten
- 6 Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (Bundesrats-Drucksache
- 7 574/18) lehnen wir daher ab.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 26

Antrag 015

Betr.: Besseres Vorgehen gegen Mobbing an Schulen

Antragsteller: FDP Stadt- und Kreisverband Heilbronn

1 Die FDP Baden-Württemberg möchte allen Schülern den chancengleichen
2 Zugang zu guter Bildung ermöglichen. Eine wichtige Voraussetzung für
3 Chancengleichheit und der Vermittlung hochwertiger Lehrinhalte ist ein
4 respektvolles und rücksichtsvolles Klima an Schulen. Denn alle Schüler und
5 Lehrer haben das Recht darauf, sich in der Schule sicher und wohl zu fühlen,
6 um so auch ihr Potenzial gut ausschöpfen zu können.

7 Die FDP Baden-Württemberg sieht, dass dies jedoch nicht immer der Fall ist.
8 Um gegen Mobbing oder dessen genauso inakzeptablen Vorstufen wirkungsvoll
9 vorzugehen, braucht es an Schulen eine größere Sensibilität für das Thema
10 sowie professionellere Konzepte. Um diesem Ziel näher zu kommen fordert die
11 FDP Baden-Württemberg:

12 1.) Bei der Lehrerausbildung muss deutlich mehr Zeit sozialpädagogischen
13 Themen gewidmet werden. Dies ist für die Vermittlung und Gestaltung des SKT/
14 Sozialkundeunterrichts und für den schulischen Erziehungsauftrag insgesamt
15 wichtig und nötig. Auch sollte eine verstärkte Weiterbildung von bereits im Dienst
16 stehenden Lehrern stattfinden.

17 2.) Es muss an jeder Schule das Angebot einer Schulsozialarbeit geben. Darum
18 fordert die FDP Baden-Württemberg die öffentlichen Träger von Schulen ohne
19 Schulsozialarbeit dazu auf, hierfür die entsprechenden Förderanträge beim
20 Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg einzureichen.
21 Es sollte dabei mindestens eine feste Schulsozialarbeitsstelle pro Schule geben.
22 Des Weiteren muss das baden-württembergische Schulgesetz dahingehend
23 geändert werden, dass Schulsozialarbeiter an Schul- und Lehrerkonferenzen
24 beratend teilnehmen dürfen.

25 Außerdem sollte die Landesregierung ein Förderprogramm für die Durchführung
26 des Olweus-Mobbing-Präventionsprogramms an allen Schulen auflegen.

27 3.) Es muss im Bildungssystem stärker berücksichtigt werden, dass eine Klasse
28 ein Sozialverband ist und die Ausbildung von sozialen Kompetenzen einen
29 hohen Stellenwert für das spätere (Berufs-)Leben hat. Um Mobbing und dessen
30 Vorstufen präventiv vorzubeugen, ist es wichtig, dass zwischen Schülern ein
31 Zusammenhaltsgefühl gefördert wird. Aus liberaler Sicht bedeutet das nicht, sich
32 als Schüler als Teil einer homogenen Klassengemeinschaft identifizieren und
33 unterordnen zu müssen. Der Zusammenhalt soll sich in einer Klasse im
34 Gegenteil darauf gründen, sich gegenseitig in seinen Unterschieden zu

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 27

35 respektieren, aufeinander Rücksicht zu nehmen und sich gegenseitig zu einem
36 Mindestmaß vertrauen zu können.

37 Um gruppenbildenden Maßnahmen für dieses Ziel im Schulunterricht eine
38 wichtigere Bedeutung zukommen zu lassen, macht die FDP Baden-Württemberg
39 folgende Vorschläge:

40 • Klassenausflüge oder Klassenfahrten sollten nicht nur am Schuljahresende
41 gemacht werden, sondern auch am Schuljahresanfang und in der Mitte des
42 Schuljahres.

43 • Um die Situation in einer Klasse besser reflektieren zu können, sollte darüber
44 nachgedacht werden, einen dieser Ausflüge mit einem externen Pädagogen zu
45 machen, der mit einem frischem Blick Probleme in einer Klasse besser
46 ausmachen und Lösungsvorschläge machen kann

47 • Als ein Forum, Konflikte offen und konstruktiv ansprechen und lösen zu
48 können, sollte es eine wöchentliche Klassenlehrerstunde durchgängig in allen
49 Klassenstufen geben.

50 • Die Vermittlung von sozialen Kompetenzen soll auch im Religions- und
51 Ethikunterricht durch alle Klassenstufen begleitend stärker eine Rolle spielen

52 • Die Größe von Klassen sollte reduziert werden, um Schüler besser individuell
53 in fachlichen wie sozialen Aspekten besser fördern zu können.

54 • Es sollte mehr klassenübergreifende Unterrichtsstunden und
55 klassenübergreifende Projekte geben. Dies würde es Schülern erleichtern, auch
56 außerhalb der Klasse soziale Kontakte zu knüpfen, wenn sie womöglich keinen
57 so guten Anschluss in der normalen Klasse finden. Durch eine stärkere
58 Durchmischung würde es Schülern bei Mobbing auch erleichtert werden, die
59 Klasse zu wechseln. Auch würde die Gefahr, dass sich sehr feste und
60 ausgrenzende Gruppenstrukturen in einer Klasse bilden, ein Stück weit durch
61 diese Auflockerung gemindert werden.

62 Die FDP Baden-Württemberg hält es bei der flächendeckenden Einführung
63 solcher Dinge für sinnvoll, ihren Nutzen zuerst durch Pilotprojekte an einzelnen
64 Schulen evaluieren zu lassen.

65 4.) Wenn ein Schüler einem Lehrer oder einer Schulsozialarbeit berichtet, dass
66 er sich gemobbt oder sonst unwohl fühlt, sollte in Anlehnung an die Handhabung
67 in Norwegen die Schulleitung zusammen mit der Schulsozialarbeit und den
68 involvierten Lehrern innerhalb einer Woche einen Aktivitätsplan erstellen.

69 In diesem Aktivitätsplan würde festgehalten...

70 • ... was für ein Problem vorliegt

71 • ... welche Maßnahmen die Schule ergreifen will, um es zu lösen

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 28

72 • ... in welchem Zeitraum dies geschehen soll

73 • ... wer für die Umsetzung verantwortlich ist

74 • ... wann die ergriffenen Maßnahmen evaluiert werden sollen

75 Die verpflichtende Erstellung so eines Aktivitätsplanes hat den Vorteil, dass er
76 für die nötige Abstimmung innerhalb eines Lehrerkollegiums sowie zwischen
77 Lehrern und Schulsozialarbeitern beim Vorgehen bei einem Mobbingfall sorgt.

78 5.) Darüber hinaus sollten am Schuljahresanfang Schüler und Eltern
79 übersichtlich und transparent darüber informiert werden, an welche Stellen man
80 sich in welcher Reihenfolge bei Mobbing zuerst in und später gegebenenfalls
81 außerhalb der Schule wenden kann.

82 Hierbei sollte man einen Weg aufzeigen, der von den untersten und nächsten
83 Ansprechpartnern hin zu den jeweils höheren Stellen führt. Die Anlaufstellen
84 sollten in ihrer Reihenfolge dann aufeinander abgestimmt werden.

85 Das sichergestellte Vorhandensein eines solchen Leitfadens an jeder Schule
86 würde Schülern wie Eltern bei Mobbing helfen, den richtigen Ansprechpartner in
87 der jeweiligen Situation zu finden.

88 6.) Die FDP Baden-Württemberg fordert die Schaffung einer Meldepflicht von
89 Mobbingfällen an die Schulverwaltungen, um ein zuverlässiges Bild darüber zu
90 bekommen, wie häufig es zu Mobbingvorfällen welcher Art kommt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 29

Antrag 016

Betr.: Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur (Föderalismuskommission III)

Antragsteller: Benjamin Strasser MdB, Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Hartfrid Wolff, Dr. Florian Toncar MdB, Dr. Jens Brandenburg MdB, Pascal Kober MdB und KV Ravensburg

1 Unsere nationale Sicherheitsarchitektur ist durch vielschichtige Bedrohungen in
2 Schieflage geraten. Es ist höchste Zeit, sie neu auszurichten. Wir brauchen eine
3 ehrliche und ernsthafte Diskussion über unsere Sicherheitsarchitektur. Leider
4 sieht der jetzige Bundesinnenminister Horst Seehofer dazu überhaupt keinen
5 Grund. Schon unmittelbar nach seinem Amtsantritt konstatierte er, dass die
6 Strukturen der Sicherheit in unserem Land stimmen würden. Sein Vorgänger
7 Thomas de Maizière kam im Januar 2017 zu einem anderen Ergebnis, auch
8 wenn er mit seinen zentralistischen Vorschlägen zur Reform der
9 Sicherheitsarchitektur teilweise übers Ziel hinausgeschossen ist. Die Debatte
10 darüber wurde vor allem von unionsgeführten Ministerpräsidenten im Keim
11 erstickt. Sie ist aber nötiger denn je und dazu wollen wir Freien Demokraten
12 einen Beitrag leisten. Denn die Akteure im Bund und in den Ländern müssen an
13 einen Tisch und zu trag- und konsensfähigen Lösungen kommen.

14 Die schreckliche Mordserie des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen
15 Untergrund (NSU), der islamistische Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt auf
16 dem Berliner Breitscheidplatz, aber auch schon der weiter zurückliegende Terror
17 der Rote Armee Fraktion (RAF) haben gezeigt: Die Zusammenarbeit von Polizei-,
18 Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten im föderalen System der
19 Bundesrepublik ist kompliziert und läuft Gefahr, an seine Grenzen zu stoßen.
20 Der zielgerichtete Austausch von Informationen zwischen verschiedenen
21 Bundes- und Landesbehörden erfordert großen Aufwand. Bei der Absprache und
22 Koordination von belastbaren Verantwortlichkeiten hapert es in großer
23 Regelmäßigkeit. Zu oft heißt es: Für die Sicherheit sind in Deutschland viele
24 zuständig, aber wenn es darauf ankommt, niemand verantwortlich.

25 Weil Vorschläge vom Bund oft genauso wie Vorschläge von den Bundesländern
26 jeweils reflexartig vom anderen abgelehnt werden, ist es an der Zeit, dies in
27 einer konzertierten Aktion anzugehen.

28 Deshalb fordern die Freien Demokraten in Baden-Württemberg, eine Kommission
29 zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur (Föderalismuskommission III)
30 einzusetzen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 30

31 In diese gemeinsame Kommission entsenden der Bundestag und der Bundesrat
32 je 16 ihrer Mitglieder sowie je 16 Stellvertreter.

33 Die Kommission erarbeitet Vorschläge zur Reform der föderalen
34 Sicherheitsarchitektur mit dem Ziel, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit
35 von Bund und Ländern im Sicherheitsbereich zu verbessern, die politischen
36 Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen sowie die Zweckmäßigkeit und
37 Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern, und legt diese im Jahr 2021 den
38 gesetzgebenden Körperschaften des Bundes vor.

39 Die Kommission soll insbesondere

40 - Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern beim Verfassungsschutz klarer
41 regeln und effizienter gestalten; z.B. durch Fusionen oder Kooperationen über
42 Staatsverträge

43 - Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern bei den Sicherheits- und
44 Polizeibehörden klarer regeln und effizienter gestalten

45 - das Selbsteintrittsrecht der Bundesbehörden klar bei nationalen bzw.
46 bundesländerübergreifenden Bedrohungslagen regeln

47 - Regeln für das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten
48 erarbeiten, die Freiheit und Sicherheit in ihrer Balance angesichts der
49 terroristischen Herausforderungen wahren und den Bedürfnissen des
50 Informationsaustausches gerecht werden

51 - verbindliche Rechtsgrundlagen für das Gemeinsame
52 Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ), das Gemeinsame Extremismus- und
53 Terrorismusabwehrzentrum (GETZ), das Gemeinsame Analyse- und
54 Strategiezentrum illegale Migration (GASIM) und das Gemeinsame
55 Internet-Zentrum (GIZ) schaffen, mit dem Ziel eine parlamentarische Kontrolle zu
56 ermöglichen und für klare Verantwortlichkeiten zu sorgen

57 - eine Grundlage für eine gemeinsame digitale Sicherheitsarchitektur zu
58 schaffen, die einen reibungslosen Kommunikation- und Informationsablauf
59 ermöglicht

60 Sofern die Kommission Änderungen des Grundgesetzes für erforderlich hält, legt
61 sie den gesetzgebenden Körperschaften Formulierungsvorschläge vor.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 31

Antrag 017

Betr.: Gute Bildung braucht ein Dach über dem Kopf

Antragsteller: LFA Bildung und Wissenschaft

1 Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass jeder Mensch die für ihn
2 bestmögliche Bildung erreichen kann. Um dieses Ziel erreichen zu können,
3 müssen die geeigneten Rahmenbedingungen vorhanden sein. Dazu gehört auch
4 die Schaffung und der Erhalt von Gebäuden, in denen Bildung vermittelt wird,
5 insbesondere von Schul- und Hochschulgebäuden. Gute Bildung braucht ein
6 Dach über dem Kopf – und „Beste Bildung“ kann nur gelingen, wenn dieses
7 Dach auch dem Stand der Technik entspricht.

8 Aus Sicht der Freien Demokraten ist es dringend erforderlich, diese
9 Rahmenbedingungen zu prüfen und zu verbessern. Sie setzt sich daher dafür
10 ein, dass

11 1. der **Bedarf an Räumlichkeiten** an allen Bildungseinrichtungen des Landes,
12 der Kreise und der Kommunen **flächendeckend erhoben** wird,

13 2. der Zustand der vorhandenen Gebäude und Räume **flächendeckend erfasst**
14 **und dokumentiert** wird sowie

15 3. der sich daraus ergebende Neubau-, Sanierungs- und Modernisierungsbedarf
16 festgestellt und dokumentiert wird.

17 4. Soweit sich aus den Erhebungen ein finanzieller Bedarf zur Schaffung,
18 Sanierung und Modernisierung ableiten lässt, müssen schnellstens
19 Förderprogramme und finanzielle Unterstützungen des Landes bereitgestellt
20 werden, um vorhandene Defizite zu beseitigen.

Begründung:

Die Finanzlage von Land, Städten und Gemeinden war in den vergangenen Jahren von Sparzwängen geprägt, die zu einem Sanierungsstau und zum reduzierten Neubau von Gebäuden für Bildungseinrichtungen geführt haben. Viele Gebäude sind in einem schlechten Zustand. An vielen Bildungsstandorten stehen nicht genügend Raumkapazitäten zur Verfügung.

Eltern, Schüler, Lehrer, Hochschullehrer und Studierende klagen schon schon lange darüber, dass geeignete Räumlichkeiten nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind, die Verhältnisse sehr beengt sind und vorhandene Gebäude dringend saniert werden müssen.

Katastrophenmeldungen alleine aus 2018:

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 32

- Die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW beziffert 2018 den Rückstand der deutschen Kommunen bei der Sanierung der Schulen auf rund 48 Milliarden Euro, ein Anstieg von 50% gegenüber 2017.
- Wagenburg-Gymnasium Stuttgart: Die Sanierung wurde so lange aufgeschoben, dass die Schüler in Containern untergebracht werden mussten – und dagegen klagen die Anwohner.
- Universität Stuttgart: Ratten fressen den Bibliotheksbestand, 8000 Bücher müssen vernichtet werden.
- Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat den Flächenbedarf der Hochschulen 2018 vorsichtigerweise nur „prototypisch“ an zwei Standorten ermitteln lassen – und stellt dabei einen Fehlbedarf im Umfang der vorhandenen Flächen fest, die im übrigen stark sanierungsbedürftig sind.

Und wenn wirklich saniert wird, werden häufig ideologisch motivierte „Leuchtturmprojekte“ umgesetzt und irrwitzige Planungsfehler begangen.

- Die Sanierung des Michelberg-Gymnasiums Geislingen zu einem „Plus-Energie-Haus“ kostete 21 Millionen Euro und führte zur Einsturzgefährdung und Nutzlosigkeit eines Gebäudeteils.
- Die energetische Sanierung von zwei Gebäuden der Hochschule Karlsruhe führte zu Hörsälen, in denen kurzer Zeit die CO₂-Konzentration Werte erreicht, die nach dem Stand der Wissenschaft signifikante Einbrüche bei der geistigen Leistungsfähigkeit hervorrufen.

Für die Unterhaltung der Gebäude von Bildungseinrichtungen sind verschiedene Träger verantwortlich, u.a. Kommunen, Kreise oder das Land. Es gibt keine flächendeckende Erhebung über den tatsächlichen Zustand von Gebäuden und deren Ausstattung.

Es ist also notwendig, den Ist-Zustand flächendeckend zu erheben und auszuwerten. Bestehende Bedarfe an Räumen und Ausstattungen müssen festgestellt werden. Aus den Ergebnissen können dann Maßnahmen entwickelt werden, um die Situation zu verbessern und den Bildungseinrichtungen die für eine adäquate Bildung erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 33

Antrag 018

Betr.: Eigenständigkeit von Schulen

Antragsteller: Landesfachausschuss Bildung und Wissenschaft

1 Es ist ein Anliegen der Freien Demokraten, die weitestgehende Eigenständigkeit
2 der Schulen zu ermöglichen. Weil Schulen den örtlichen und zeitlichen
3 pädagogischen Herausforderungen und Bildungszielen gerecht werden sollen,
4 erweisen sich viele einheitliche Reglementierungen bei pädagogischen Fragen
5 oder durch festgeschriebene Lehr/Bildungspläne, statt ausschließlich die
6 Erfüllung von Bildungsstandards zu fordern, als ein Hindernis. Daher müssen
7 Schulen wie in einer Art Wettbewerb nach den besten Lösungen vor Ort für
8 zeitgemäße pädagogische Angebote und Bildungsgänge streben.

9 Deshalb wollen wir, wie im Beschluss des 117. Ordentlichen Landes-Parteitags
10 der FDP Baden-Württemberg bereits vereinbart, den Schulen mehr
11 Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit zusichern.

12 Dies soll, orientiert am Beispiel des hessischen Schulgesetzes (§§ 127ff
13 HessSchG), konkret in den folgenden Bereichen umgesetzt werden:

14 1. Selbstständige Stellenbewirtschaftung und Personalverwaltung.

15 2. Selbstständige Ausgestaltung des Unterrichts und eines Ergänzungsbereichs
16 zum Unterricht.

17 3. Zuweisung eines verlässlichen Kopfbetrags für die Schulen zur
18 eigenverantwortlichen Verwaltung

19 **Zu 1. - Selbstständige Stellenbewirtschaftung und Personalverwaltung**

20 Derzeit werden Stellen nach der Erfassung des jeweiligen Bedarfs im ganzen
21 Land nur im ländlichen bzw. schwer zu vermittelnden Raum ausgeschrieben und
22 ansonsten werden die Stellen nach den Prioritäten: „zu besetzendes Fach,
23 besondere Profile“ und „Versetzungen/Wiedereinstellungen vor Neueinstellungen“
24 und somit nur z.T. nach den Vorstellungen der jeweiligen Schule besetzt.

25 Wir wollen, dass die Schulen nach der Erfassung eines nachgewiesenen
26 Bedarfs, ihre Stellen vollumfänglich selbst ausschreiben und ihr Personal
27 verwalten dürfen.

28 Die ausgeschriebenen Stellen müssen dabei die staatlichen pädagogischen und
29 fachlichen Voraussetzungen erfüllen (Master of education, Staatsexamen, o.ä.)

30 In Mangelfächern soll es auch möglich sein, ähnlich wie bei der Besetzung von
31 Stellen im beruflichen Schulwesen, sogenannte Quereinsteiger einzustellen und

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 34

32 diesen nach einer noch zu regelnden Bewährung nachträglich die pädagogische
33 Qualifikation bei vollem Gehalt zu ermöglichen. Bezüglich der
34 Stellenbesetzungen müssen im ländlichen Raum oder bei situationsbedingt
35 schwer besetzbaren Stellen innovativ Angebote entwickelt werden können, die
36 für die persönliche Situation und den beruflichen Werdegang der Bewerber eine
37 attraktive Alternative zu den Angebots-Magneten in der Stadt darstellen (Beispiel:
38 Wohnraum für Familien, Aufstiegsmöglichkeiten).

39 Bei der Zuweisung von Lehrerdeputaten muss letzteres gewährleistet sein,
40 ebenso wie ein Puffer von mindestens 5% für Krankheitsfälle oder andere
41 unvorhersehbare Ausfälle von LehrerInnen.

42 **Zu 2. - Selbstständige Ausgestaltung des Unterrichts und eines** 43 **Ergänzungsbereichs zum Unterricht**

44 Derzeit sind eigene Gestaltungsideen bezüglich des Unterrichts nur durch die
45 Genehmigung eines Schulversuchs möglich und die Formen der Gestaltung des
46 Schultages/der Schulwoche, wie z.B. des Ganztagesbetriebs oder des offenen
47 Ganztagesbetriebs von der Genehmigung der Schulaufsicht abhängig.

48 Wir wollen, dass Schulen, je nach ihrer Profilierung und ihres Einzugsbereichs,
49 pädagogische und organisatorische Entscheidungen über den Unterricht und den
50 Ergänzungsbereich zum Unterricht selbstständig treffen können.

51 Der Ergänzungsbereich kann dabei sowohl die besondere Förderung von
52 SchülerInnen in der vor Ort gebotenen Weise vorsehen, als auch die
53 Ausgestaltung einer besonderen Schulprofilierung oder die Betreuung von
54 SchülerInnen in Ergänzung zum verpflichtenden Unterricht wie bspw.
55 Ganztagesbetreuungen. Die Betreuungen im Ergänzungsbereich dürfen dabei
56 zumindest teilweise auch von pädagogisch qualifiziertem Personal durchgeführt
57 werden, das nicht zwingend eine abgeschlossene pädagogische Ausbildung
58 vorweisen muss.

59 Die Zuweisung von Deputatsstunden bzw. eines Budgets für das pädagogische
60 Personal im Ergänzungsbereich wird nach der Schülerzahl und einem Schlüssel
61 nach dem Muster: „100% (verpflichtender Unterricht incl. Krankheitsvertretung) +
62 X (Ergänzungsbereich)“ berechnet, wobei sich die Kosten an denen eines
63 Ganztagesbetriebs orientieren (ohne Berücksichtigung von Inklusionsfällen).

64 Bei der Unterrichtsorganisation und -gestaltung sind insbesondere bei der
65 Bildung von Lerngruppen, bei Formen der äußeren Differenzierung und
66 Ausgestaltung der Leistungsnachweise, sowie bei den Lehrplänen und
67 Stundentafeln Abweichungen solange zulässig, wie die Standards der
68 Bildungsgänge eingehalten werden.

69 Die Entscheidung über die Ausgestaltung des Unterrichts und des
70 Ergänzungsbereichs trifft die Gesamtlehrerkonferenz. Die Schulkonferenz ist
71 anzuhören und ihre Stellungnahme einzuholen. Danach wird die Entscheidung

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 35

72 samt der Stellungnahme der Schulaufsicht vorgelegt. Sie kann nur abgelehnt
73 werden, wenn offensichtlich die Standards der Bildungsgänge nicht eingehalten
74 werden können.

75 **Zu 3. - Zuweisung eines verlässlichen Kopfbetrags für die Schulen zur** 76 **eigenverantwortlichen Verwaltung**

77 Seit geraumer Zeit weist das Land Baden-Württemberg den kommunalen
78 Schulträgern u.a. für die sächliche Ausstattung der weiterführenden Schulen
79 Sachkostenbeiträge nach der Schülerzahl (und ev. Schularart-bezogen) zu.
80 Aufgrund der erhöhten Anforderungen in Fragen der Sicherheit, in Hinblick auf
81 die dringend umzusetzende Digitalisierung und der Zunahme der
82 Verwaltungskosten, wegen zunehmend notwendiger Präventionsmaßnahmen
83 (Schulsozialarbeit, Schulpsychologen, ...) und wegen der Integrationsbewältigung
84 für Migranten muss der Schlüssel für diese Sachkostenbeiträge überdacht
85 werden und die Beiträge erhöht werden.

86 Wir fordern die Schulträger demgemäß auf, einen verlässlichen Kopfbetrag an
87 die Schulen zur eigenverantwortlichen Verwaltung weiterzureichen. Es muss eine
88 verlässliche Vereinbarung geben, welche Aufgaben/Kosten (z.B. Einrichtungen
89 von Klassenzimmern, Sammlungen, Kopierkosten, EDV/Digitalisierungs-Kosten,
90 Lern- und Lehrmittel, sächliche Ausstattung der Verwaltungen und des
91 Hausmeisters, kleiner Bauunterhalt u.s.w.) die einzelne Schule selbst übernimmt
92 und wie hoch dieser Kopfbetrag ist. Die zugehörige Rechnungslegung muss
93 dabei vom Schulträger verwaltet werden, soll aber jederzeit, zeitnah von der
94 Schule einsehbar sein mit absolutem Verfügungsrecht über die vereinbarten
95 Kopfbeträge in Bezug auf die vereinbarten, übernommenen Aufgaben.

96 Darüber hinaus ist eine regelmäßige, angemessene Rücklage für
97 Sanierungsmaßnahmen von Seiten des Schulträgers dringend festzuschreiben.

Begründung:

Den festen Rahmen für die individuellen Lösungen müssen Bildungsstandards setzen.
Diese werden zumindest in zentralen Abschlussarbeiten der jeweiligen Schularart überprüft.

Schulen können zunächst entscheiden in welchem Umfang und in welchem Zeitraum sie die beschriebene Eigenständigkeit umsetzen wollen. Ziel ist, dass jede Schule nach einem längeren, noch festzusetzenden Zeitraum die oben beschriebene Eigenständigkeit übernimmt. Denn nur wer eigene Entscheidungsvollmacht hat, kann und muss auf dem entsprechenden Gebiet Verantwortung übernehmen und kann in der Regel für die besten Ergebnisse sorgen.

Die Entscheidungen über die Unterrichtsgestaltung und die des Ergänzungsbereichs sollen ausschließlich in der Gesamtlehrerkonferenz gefällt werden, da die Fluktuation der in der Schulkonferenz vertretenen Eltern und SchülerInnen bei längerfristig angelegten

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 36

Entscheidungsprozessen zu wenig Fach- und Sachkompetenz garantiert und es eher ratsam ist, bei diesen eine Anhörung derselben zwingend zugrunde zu legen. Ansonsten ist eine dauerhaft angelegte Eltern- und SchülerInnenarbeit, in der die pädagogischen Schwerpunkte und Profilierungen der Schule regelmäßig besprochen werden, dringend angesagt.

Voraussetzungen für die oben beschriebene Übernahme von Verantwortungen sind zum Einen, dass alle weiterführenden Schulen über die Aufnahme eines Schülers/einer Schülerin gemäß dem am 05.01.2017 von der FDP B.-W. gefassten Beschluss: „Zugangsregelung weiterführende Schulen“ entscheiden (die Grundschulempfehlung wird der Aufnahme zugrunde gelegt und die Schulen haben darüber hinaus die Möglichkeit, über die Aufnahme eines Schülers/einer Schülerin zu verfügen) und zum Anderen, dass wegen der ohnehin in den letzten Jahren gestiegenen Verwaltungsaufgaben, die unter pädagogischen Aspekten agierenden Schulleitungen eine unter Verwaltungsgesichtspunkten agierende Leitung zur Seite gestellt bekommen und zwar nicht kostenneutral, sondern durch höhere Mittel-Verfügung. Denn die Finanzierung von zusätzlichen Aufgaben müssen in jedem Betrieb durch Wirtschaftlichkeit (der erwartete Nutzen erreicht mindestens die Investition) rechtfertigt werden. Im Falle des deutschen Staates bzw. der Länder handelt es sich um eine Investition in das Gut „Bildung“. Da wir gerade in Deutschland ganz besonders auf dieses Gut angewiesen sind, setzen wir auf die Finanzierung dieser Investition durch einen höheren Steuerertrag, wegen eines effizienteren und effektiveren Einsatzes der erworbenen Bildung seiner Bürgerinnen und Bürger. Nicht zuletzt geschieht dies auch dadurch, dass wir mit weniger Studierenden rechnen können, die ihr Studium abbrechen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 37

Antrag 019

Betr.: Klimaziele 2030 öko-liberal erreichen

Antragsteller: Landesvorstand

1 Die FDP hat die einmalige Chance, sich mit einem öko-liberalen Konzept an die
2 Spitze einer effizienten und kostenbewussten Klimapolitik zu stellen, um die von
3 der Europäischen Union vorgegebenen Klimaziele auch wirklich zu erreichen. Die
4 wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass die Folgen des durch Menschen
5 verstärkten Klimawandels nur durch entschlossenes und schnelles Handeln
6 gemildert werden können und zwar durch gut 2,5 % Emissionsminderung
7 jährlich.

8 Die FDP sieht dazu zwei prioritäre Handlungsfelder:

9 1. Vermindern des Ausstoßes von Treibhausgasen und

10 2. Die Bindung von CO₂ aus der Luft durch Bäume.

11 Die FDP will die Wirtschaft nicht mit immer neuen staatlichen und bürokratischen
12 Ge- und Verboten gängeln. Diese bisherige deutsche Energiepolitik, als Motor
13 der Klimapolitik, hat sich als ineffektiv und viel zu teuer herausgestellt und wird
14 zurecht vom Bundesrechnungshof im Sonderbericht 2018 „Koordination und
15 Steuerung zur Umsetzung der Energiewende durch das Bundesministerium für
16 Wirtschaft und Energie“ scharf kritisiert: zu teuer, zu bürokratisch und gesteckte
17 Klimaziele deutlich verfehlt. Dagegen fordert die FDP die Realisierung ihrer
18 langjährigen Programm-Aussagen: Nachhaltiges Wirtschaften mit Blauem
19 Wachstum und das Verursacherprinzip für Umwelt- und Klimapolitik.

20 Darüber hinaus will die FDP die unternehmerischen und innovativen Fähigkeiten,
21 insbesondere der mittelständischen Unternehmen, mobilisieren, wenn es darum
22 geht, mit technischem Fortschritt Energie und Ressourcen einzusparen und/oder
23 effizienter zu nutzen.

24 Handlungsfeld 1:

25 Die FDP will durch die Implementierung des Verursacherprinzips mit flexiblen
26 marktwirtschaftlichen Instrumenten technologieoffene und innovationsfreundliche
27 Rahmenbedingungen schaffen, da nur so die von der EU vorgegebenen
28 Emissions-Reduktionsziele konsequent und kostenoptimal bis 2030 erreicht
29 werden können.

30 Die FDP greift auch das Alarmsignal des IPCC Berichtes 2018 auf und setzt zur
31 Erreichung der ambitionierten revidierten Klimaziele auf den EU-Emissionshandel
32 mit der Bepreisung von CO₂ als zentrales Steuerungsinstrument – ausgedehnt

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 38

33 auf alle Treibhausgasemissionen und alle Sektoren, also auch Wärme und
34 Mobilität. Nur umweltehrliche Preise geben der Wirtschaft die richtigen Signale
35 für unternehmerisches Handeln.

36 Mit diesem europäisch koordinierten Instrument vermeidet die FDP die
37 Schwachpunkte der derzeit primär nationalen Instrumente – zu zeigen am
38 Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) – die im EU-Binnenmarkt oftmals den
39 Wettbewerb zulasten der deutschen Wirtschaft verzerren oder durch
40 Standortverlagerungen ohne Klimaverbesserung verpuffen.

41 Der Umbau der bislang vorrangig nuklear-fossilen deutschen Energiewirtschaft
42 zu einer Low Carbon Economy steht dabei im Mittelpunkt und ist ein
43 Konjunkturprogramm ohnegleichen. Er schafft neue hochwertige und
44 technologisch anspruchsvolle Arbeitsplätze für die nächsten Jahrzehnte und soll
45 nach den Vorstellungen der Liberalen in enger Verzahnung von privaten und
46 staatlichen Investitionen vorangebracht werden. Insbesondere der Mittelstand
47 kann davon profitieren, indem er schnell und innovativ die sich bietenden
48 Chancen nutzt.

49 Die in den verschiedensten Bereichen vorhandenen oder noch auftretenden
50 bürokratischen oder planungsrechtlichen Investitionshindernisse sollen
51 schnellstmöglich abgebaut werden, um den jetzt schon vorhandenen
52 Investitionsstau - insbesondere für Verkehrsinfrastrukturprojekte und
53 Leitungssysteme - aufzulösen. Planfeststellungsverfahren sollen zeitlich auf
54 maximal drei Jahre limitiert werden.

55 Auch die international oftmals kritisierten deutschen Außenhandelsüberschüsse
56 können so vermindert werden, da die für den klimapolitischen Strukturwandel
57 notwendigen Investitionen eine deutliche Steigerung der Binnennachfrage
58 bewirken,.

59 Handlungsfeld 2:

60 Nach Ansicht aller Klimaexperten wird eine Verminderung der Emissionen nicht
61 ausreichen, um die Klimaentwicklung in verträglichen Bahnen zu halten. Deshalb
62 muss schon heute die in der Atmosphäre vorhandene Übermenge an CO₂ mit
63 Hilfe der Fotosynthese von zusätzlich gepflanzten Bäumen wieder aus der Luft
64 zurückgeholt werden.

65 Darüber hinaus ist jetzt schon absehbar, dass der Umbau der deutschen
66 Energiewirtschaft noch Jahrzehnte dauern wird, verbunden mit weiteren
67 unvermeidbaren Emissionen. Diese und der bisherige Überschuss können mit
68 den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten durch massive Vergrößerung der
69 weltweiten Waldflächen wieder eingebunden werden. Die Anrechnung solcher
70 weltweiten staatlichen oder privaten Aufforstungsinitiativen im
71 EU-Emissionshandelssystem wird von den Liberalen unterstützt.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 39

72 Die entwicklungspolitischen Initiativen mit dem Ziel, die bisherige Waldzerstörung
73 und den Holz-Raubbau deutlich zu vermindern (REDD), müssen verstärkt und
74 durch neue Instrumente ergänzt werden. Teile der Einnahmen aus den
75 Emissionszertifikaten sollen für die Förderung der forstlichen Bindung von CO₂
76 verwendet werden und so private Investitionen in nachhaltig bewirtschaftete
77 Wälder global attraktiver machen.

78 Ein weiterer Rückgang durch Umnutzung von Waldflächen, insbesondere für
79 Siedlungszwecke oder Infrastrukturmaßnahmen, ist nicht hinnehmbar. Deshalb
80 müssen solche umgewandelten Waldflächen durch umgehende Neupflanzungen
81 an anderer Stelle kompensiert werden.

82 Vielfältige technische Lösungen für eine CO₂ Bindung in Produkten oder die
83 derzeit noch umstrittenen Verpressungs (CCS)-Verfahren sollen weiter bis zum
84 Nachweis einer umweltverträglichen Praxistauglichkeit in der Forschung und
85 Entwicklung gefördert werden.

86 Mit diesen Argumenten beweist die FDP, dass sie die gigantischen
87 Anstrengungen, die es erfordert eine gesamte Volkswirtschaft von ursprünglich
88 über 10 Tonnen CO₂ Ausstoß je Person und Jahr in nur 6 Jahrzehnten (1990
89 bis 2050) auf eine Tonne abzubauen, ernst nimmt. Sie zeigt jedoch dank der
90 vorgeschlagenen flexiblen und marktwirtschaftlichen Instrumente einen Weg auf,
91 der es erlaubt das ambitionierte Klimaziel kostenoptimal zu erreichen und der
92 beteiligten Wirtschaft und Gesellschaft eine größtmögliche Freiheit vor staatlicher
93 Gängelung zu gewährleisten.

Begründung:

Mit der Verabschiedung der Freiburger Thesen im Oktober 1971 wurde die FDP eine moderne liberale Reformpartei, die auf die sozialen und ökologischen Herausforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft zeitgemäße Antworten geben will. Sie bekannte sich als erste deutsche Partei zu Nachhaltigem Wirtschaften, die Verankerung des Rechts auf intakte Umwelt in der Verfassung und die Anrechnung der Umweltkosten nach dem Verursacherprinzip. Im April 2012, also gut drei Jahrzehnte später, fordert die FDP in ihrem Karlsruher Grundsatzprogramm erneut Nachhaltiges Wirtschaften, den verantwortungsbewussten Umgang mit den natürlichen Ressourcen und „Blaues Wachstum“ also die Stärkung der ökologischen Dimension der Sozialen Marktwirtschaft.

Zwischenzeitlich ist es nicht nur der Ressourcenverbrauch, der zum Umdenken zwingt, sondern insbesondere die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Folgen der Erderwärmung. So war es ein Glücksfall, dass es trotz der unterschiedlichsten nationalen Interessen der fast 200 UN-Mitgliedsstaaten im Dezember 2015 bei der COP 21 zu einer globalen Einigung über die „Pariser Beschlüsse“ kam, nämlich die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 40

Doch die Vielzahl der aktuellen weltweiten Unwetter-Katastrophen – Stürme, Starkregen mit Überschwemmungen, Hitzeperioden mit Wassermangel, Dürreschäden und Waldbränden – machen immer offensichtlicher, dass schon die derzeitige Erderwärmung wesentlich gravierendere Folgen mit sich bringt, als die Wissenschaftler damals prognostizierten. Der soeben veröffentlichte IPCC-Bericht 2018 des Weltklimarates zeigt dies in aller Deutlichkeit und fordert umgehendes Handeln von der Politik: Die nächsten 10 Jahre sind entscheidend für die Zukunft unseres Planeten.

Energie aus Wind und Sonne – die beiden tragenden Säulen der Energiewende - sind heute schon wettbewerbsfähig und stehen als Alternative zur Verfügung, sofern den fossilen Energien ihre jeweiligen Umweltkosten über den Preis für den Kauf von Emissions-Zertifikaten nach dem Verursacherprinzip angelastet werden.

Auch das Problem der Energiespeicherung kann positiver bewertet werden, seit die Kosten für besonders leistungsfähige Batterien in den letzten Jahren drastisch sanken. Der notwendige Netz-Aus- und Umbau muss als prioritäre nationale Aufgaben vorangetrieben werden und die Energietransportkosten dem Nutzer nach dem Verursacherprinzip angelastet werden. Es ist die vordringliche Aufgabe der Politik, zur umfassenden Nutzung dieser beiden Energieträger die ökonomischen und fiskalischen Rahmenbedingungen anzupassen und die planungsrechtlichen Hindernisse für den notwendigen Strukturwandel zu beseitigen.

Die FDP erwartet von der Kohlekommission ein Konzept für einen schnellen und sozial abgedeckten Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft, der einen breiten gesellschaftlichen Konsens findet.

Während der letzten 10 Jahre hat sich die Parteienlandschaft gravierend verändert. Glaubwürdige und überzeugende Antworten auf die klimapolitischen Herausforderungen werden zukünftig deutlich gewichtiger dafür sein, ob Parteien schrumpfen oder wachsen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 41

Antrag 020

Betr.: GRUNDLAGEN FÜR KOMMUNE DER ZUKUNFT

Antragsteller: Landesvorstand

- 1 Die Gesellschaft verändert sich. Die digitale Transformation wird das Leben der
2 Menschen nachhaltig neu justieren und tut dies schon. Die Art und Weise wie
3 Menschen miteinander umgehen, wird sich ändern:
- 4 wie sie miteinander kommunizieren,
5 wie und wo sie sich begegnen und unterstützen,
6 wie Menschen Geschäfte abschließen und durchführen
- 7 wie sie in einer globaleren Welt immer mehr die Nähe suchen, sich dabei
8 weltweit verfügbare Informationen und Technik nutzbar machen,
9 wie sie Informationen selbst intensiv liefern und gleichzeitig der Nutzbarmachung
10 und Flut ausgeliefert sein können, wie sie Verpflichtungen eingehen und auch
11 neue Abhängigkeiten begründen,
- 12 oder
- 13 wie sie ihren Bedürfnissen nachkommen und sich ihre täglichen Wünsche und
14 Träume erfüllen.
- 15 Dies alles ist Teil der realen Welt, nur die Instrumente hierfür werden vielfältiger,
16 die Interaktion wird schneller, digitaler und vernetzter; die Potenziale wachsen,
17 die verschiedenen, noch ungewohnten und manchmal ungreifbaren Dimensionen
18 bedürfen Klarheit.
- 19 Um die Voraussetzungen einer verlässlichen Infrastruktur für digitale Lösungen,
20 aber auch eines verantwortungsvollen und nutzbringenden Umgangs der
21 Digitalisierung zu schaffen, ist aber noch viel zu tun: keine deutsche Stadt ist in
22 internationalen Rankings unter den ersten 10 bei der Digitalisierung. Gerade 7
23 große Städte in Deutschland, nur 17 % der Energieunternehmen und 26 % der
24 Krankenhäuser haben eine umfassende Digitalisierungsstrategie, Funklöcher und
25 Lücken in der Breitbandversorgung bilden noch den Alltag.
- 26 Hier und jetzt, in Stadt und Landkreis, wird die Digitalisierung real. 2050 werden
27 2/3 der Weltbevölkerung in Städten leben. 60 % der Einwohner in Deutschland
28 nutzen bereits täglich das Internet; das ist noch sehr wenig. In anderen
29 europäischen Ländern, wie in Österreich und in der Schweiz, sind die Werte
30 noch deutlich höher. Gerade einmal 55 % der Bürgerinnen und Bürger in

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 42

31 Deutschland interagieren, auch nur auf einfachste Weise, digital mit der
32 Öffentlichen Hand. Aber: immerhin!

33 Die Bürger wollen das, was sie aus Beruf und Freizeit, aus mobiler
34 Kommunikation und Serviceangeboten auch aus dem Ausland schon kennen,
35 auch für Ihre Stadt, für das Gemeinwesen umgesetzt sehen.

36 Wesentliche Grundlagen bilden dabei für Freie Demokraten folgende
37 Überlegungen:

38 1. Wesentlicher Ort für die technischen Innovationen und den Diskurs ist die
39 liberale Bürgergesellschaft, in den Körperschaften; in der Grenzlosigkeit des
40 Netzes kommt es aber immer mehr auch auf andere Formen des Zusammenhalts
41 an, so dass neue Wege der Kommunikation nötig sein werden.

42 2. Innovative Lösungen und Ideen einer jeden Bürgerschaft mehren das
43 Ansehen und die Ausstrahlung einer jeden Bürgergesellschaft. Der Grad der
44 Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements, unternehmerischem Handeln und
45 der Struktur der Kommune wird Maßstab einer Kreativgesellschaft sein. Der
46 Geist der Freiheit, der Geist der Innovation entwickelt eine neue Strahlkraft und
47 Lebendigkeit. Nur wer den Wettbewerb um eine aktive Bürgerschaft, um eine
48 agile Unternehmerschaft und moderne Arbeitsplätze, um Fachkräfte und um die
49 bestmögliche finanzielle, ökologische und technologische Nachhaltigkeit sowie
50 demokratische und soziale Resilienz gewinnt, kann als Kommune, ob klein oder
51 groß, mithalten. Dabei gilt: die Kommune kann, und darf aber auch nicht alles
52 vorantreiben oder meinen, es selbst bewältigen zu müssen.

53 3. Der Weg und die Ziele der Gestaltung der digitalen Transformation sind sehr
54 individuell; sie können nur eigenständig von den Menschen vor Ort selbst
55 definiert und dann unterstützt werden. Bestimmte Ideen, Produkte und
56 Dienstleistungen finden breite Unterstützung, werden von jedem genutzt,
57 manche sind Nischenabnehmern vorbehalten und viele verschwinden auch nach
58 kurzer Zeit wieder. Digitale Ideen, Produkte und Leistungen werden aufgrund
59 ihrer Schnelligkeit, manchmal aufgrund ihrer Komplexität, aber manchmal auch im
60 Gegenteil aufgrund der Simplifizierung - oder auch einfach nur, weil sie neue
61 Transparenz schaffen, neuen Wertgrundierungen und anderen Denkmustern
62 folgen, die gesellschaftlichen Regeln immer wieder neu herausfordern. Und die
63 Gesellschaft muss entsprechende Antworten finden.

64 4. Es gibt keine eigenständigen Werte und Normen, die nur für die digitale Welt
65 gelten; und es gelten die Werte und Normen in der realen ebenso wie in der
66 digitalen Welt. Freiheit und Menschenwürde, Eigenverantwortung und Solidarität,
67 Toleranz und die Übernahme von Verantwortung für sich und andere, Anstand,
68 Respekt und die Grundrechte des Grundgesetzes bilden online ebenso wie
69 offline Kernpunkte der Kommunikation und des Zusammenlebens. Schriftlich
70 fixierte oder in Verwaltungsvorschriften festgehaltene Vorgaben werden immer

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 43

71 weniger wichtig; gerade gelebte und vorgelebte Werte und Normen, „Guiding
72 Principles“ gewinnen an Bedeutung.

73 5. Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert gesellschaftliche Prozesse. Sie
74 kann und muss mehr Transparenz und Messbarkeit schaffen, um ein hohes Maß
75 an Effizienz und Effektivität staatlichen und kommunalen Handelns erreichen zu
76 können. Hierin ist eine großartige Chance zu sehen, diese Übereinkünfte –
77 beispielsweise die Interaktion zwischen Staat, Kommune und Gesellschaft, aber
78 auch in der Rolle von Kommunen zu Ihren Bürgern, zur Privatsphäre,
79 Datenschutz oder geistigem Eigentum – abseits rein technischer Fragen
80 vorurteilsfrei neu zu diskutieren, zu definieren und in neuen Wegen umzusetzen.

81 6. Die technischen Innovationen der letzten Jahre sorgen jedoch - wie jede
82 Veränderung, deren Auswirkungen auf den menschlichen Alltag noch nicht
83 gänzlich bekannt sind - in Teilen der Bevölkerung für Angst, Zurückhaltung und
84 Rückbesinnung auf etablierte Verhaltensmuster. Dieses Spannungsfeld zwischen
85 notwendiger Innovation und dem Überdenken bestehender Strukturen sehen wir
86 Freie Demokraten als Chance. Fortwährende sachliche Diskussionen stärken den
87 Freiheitsgedanken in der Gesellschaft. „Möglichst viel Freiheit für möglichst viele
88 Menschen“ ist das Credo; „Optimismus, Offenheit, Vernunft und
89 Verantwortungsbewusstsein“ sind die Leitplanken für die Weiterentwicklung.

90 Urbane Lösungen – aktiv gestalten

91 Die digitale Transformation findet erlebbar vor allem in den Städten und
92 Gemeinden statt – in Deutschland und weltweit, in Metropolen, Regionen oder im
93 ländlichen Raum. Die Menschen in den Städten und Gemeinden, im urbanen
94 Verdichtungsraum oder auf dem Land stellen immer mehr Fragen und wollen
95 Antworten, wollen Orientierung und Unterstützung. Kulturelle und soziale Fragen,
96 Fragen zur effizienten, kostenbewussten Verwaltung verlangen nach einer neuen
97 Steuerung und Kontrolle, der Transformation bestehender Werte und Normen,
98 neu definierter Bürgerbeteiligung und die Justierung politischer Prozesse vor Ort.

99 Hier ist es die Aufgabe gerade der Freien Demokraten, mit Offenheit und
100 Diskursbereitschaft sich diesen Fragen anzunehmen.

101 Die Freien Demokraten werden in Verantwortung in Rathäusern und
102 Gemeinderäten, im Kreistag oder Regionalversammlungen die Transformation
103 aktiv gestalten, sich mit eigenen Vorschlägen einbringen. Sie sind bereit, offen
104 und wertorientiert unser Gemeinwesen voran zu bringen.

105 Wer nicht vom digitalen Zug überfahren werden will oder erreichen will, dass er
106 nicht an einem vorbeifährt, sollte jetzt den Mut zur Gestaltung, Entwicklung der
107 Rahmenbedingungen und zur Orientierung beitragen, aktiv und liberal. Wer die
108 Digitalisierung in der Stadt, in der Bürgergesellschaft als Verantwortlicher
109 mitgestalten will, muss sich aktiv einbringen. Denn: jeder Bürger ist mit seinem

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 44

110 Smartphone bereits Gestalter der Digitalisierung. Sich einbringen heißt, proaktiv,
111 digital und offen agieren.

112 Vor allem bei den folgenden Themen und Herausforderungen will sich die FDP in
113 Baden-Württemberg und vor Ort aktiv einbringen – wohl wissend, dass dies nur
114 ein Schlaglicht, nur beispielhafte Grundanforderungen für digitale Thesen einer
115 liberalen Kommunalpolitik sein können.

116 Auch geht es in diesem Thesenpapier noch nicht um die Umsetzung bestimmter
117 Geschäftsmodelle oder Vernetzungsmöglichkeiten. Viele auch ethische Fragen
118 sind anhand der Tätigkeiten und Angebote der Digitalisierung zu klären. Dies ist
119 Folgeanträgen vorbehalten; dieser Antrag soll vor allem ein Bild über notwendige
120 Grundstrukturen und Organisatorisches schaffen.

121 Die Annäherung an die Digitalisierung und ihr Gestaltung in Gesellschaft,
122 Verwaltung und in der Politik vor Ort, in Stadt und Gemeinde, in Kreis und
123 Region, bilden für die FDP Baden-Württemberg folgende Ansätze und
124 Grundlagen:

125 1. Die Digitalisierung wird vor Ort gelebt, die Chancen und Herausforderungen
126 liegen aber in der internationalen Vernetzung. Neue Ideen und
127 Herangehensweisen, neue Geschäftsmodelle und Bürgerdienstleistungen sind
128 ebenso weltweit zu identifizieren wie die Risiken z.B. für die IT-Sicherheit.
129 Deshalb: wir denken Digitalisierung lokal mit globaler Brille. Dem müssen sich vor
130 allem diejenigen stellen, die noch immer glauben, dass ihre Welt am Kirchturm
131 endet.

132 2. Eine gute (Digitalisierungs-) Strategie legt den Grundstein für Erfolg und
133 Zukunftsfähigkeit. Es ist überraschend, wie viele Kommunen bereit sind, sich
134 einfach nur „treiben zu lassen“, obwohl die Menschen mal besorgt, mal gespannt
135 in die Zukunft schauen. Eine Strategie ist u.a. der formulierte und festgelegte
136 Wille, sich auf das Neue einzulassen, zu wissen, wo und wie man sich einbringt,
137 welche digitalen Instrumente man einsetzen oder verproben will und welche
138 Schwerpunkte man bilden bzw. welche Chancen man aus dem schier
139 unendlichen Meer der Angebote nutzen möchte. Gleichzeitig minimiert das das
140 Risiko, dass man nicht von den Wellen irgendwie überrollt oder nur getragen
141 wird, sondern auf ihnen surfen lernt und den Menschen helfen kann,
142 Orientierung und Stabilität zu finden.

143 Die Digitalisierung ist hierbei kein fester Begriff: vieles ist im Fluss – deshalb
144 heißt es, auch politisch auf der Höhe der Zeit zu bleiben und dabei immer
145 wieder die eigenen Beschlüsse und Anforderungen neu zu überdenken. Eine
146 digitale Agenda, die Umsetzung einer Stadtstrategie mit digitalen Instrumenten
147 oder die eigenständige Digitalisierungsstrategie schaffen Ausrichtung und
148 Einstellung - und hilft, den notwendigen Diskurs zu starten.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 45

149 3. Diese Vernetzung der verschiedenen Lebensbereiche horizontal und vertikal
150 macht neue Organisationsformen, eine neue Form der Steuerung notwendig. Die
151 Bedürfnisse der Bürger sind vielfältig und deren kommunale Lösung kann nicht
152 mehr in klassische Zuständigkeiten gepfercht werden. Die Anforderung der
153 Digitalisierung sind mehr und multidimensional; Verwaltung, Verkehr, Sicherheit
154 und Arbeit sind, nur um Beispiele zu nennen, nicht mehr einzeln zu betrachten,
155 sondern bilden nur vernetzt gedacht und umgesetzt Lösungen für die Menschen,
156 die bisherigen Zuständigkeiten verwischend. Die Bündelung z.B. bei einem
157 „Chief Digital Officer“, einem „Verantwortlichen für Digitalisierung“, der die
158 gesellschaftlichen und technischen Herausforderungen einer Stadt und
159 Gemeinde bündeln kann, wird immer mehr notwendig.

160 4. Liberale lassen sich aber auch nicht durch die vermeintliche Komplexität der
161 digitalen Welt schrecken. Digitale Lösungen bieten neue Wege für Chancen und
162 Herausforderungen, die ganz real sind und die Menschen direkt betreffen.
163 Dementsprechend sehen wir keine Notwendigkeit, dass hier die Stadt oder der
164 Staat mehr oder neue Aufgaben und Funktionen übernehmen sollte, als sie bzw.
165 er dies „offline“ schon hat.

166 5. Auch gilt immer die „Graswurzeldemokratie“ bzw. der Gedanke der
167 Subsidiarität: nur dann, wenn es notwendig und angemessen ist, dass eine
168 hoheitliche bzw. ggf. eine staatliche Instanz eine Problemlösung anbietet, mithin
169 die Menschen selbst oder private Institutionen dieses nicht vermögen, sollte
170 dieses hoheitlich angegangen werden. Und nur dann, wenn vor Ort keine
171 Lösung gefunden werden kann, ist dies dann Aufgabe des Landes, des Bundes
172 oder gar Europas.

173 6. Ohne eine entsprechende Infrastruktur sind die Chancen der Digitalisierung
174 nicht zu nutzen. Wer hier investiert, investiert in die Zukunft. Wir Liberale
175 glauben an das freie Unternehmertum und die Bereitschaft Privater, in unsere
176 digitale Infrastruktur zu investieren. Die moderne, glasfasergestützte
177 Breitbandinfrastruktur, WLAN, moderne G-Standards, IT-Sicherheit und weitere
178 infrastrukturgrundlagen sowie Dienstleistungen hierbei sind jederzeit offen für
179 private Investitionen. Wir Liberale wollen den Wettbewerb und sehen hier
180 eindeutig die Marktwirtschaft als das richtige Instrument für die Sicherstellung der
181 Versorgung der Menschen und Unternehmen sowie der staatlichen Institutionen
182 an. Die Grundlage des Gemeindefinanzrechts ist nach wie vor richtig: nur
183 dann, wenn ein Privater eine Aufgabe nicht besser oder gleich gut erledigen
184 kann, und sich kein privater Investor zu fairen Bedingungen findet, darf die Stadt
185 oder der Kreis tätig werden.

186 7. Gleichwohl ist es die Aufgabe der Städte und Gemeinden, sicher zu stellen,
187 dass jeder Zugang zu digitalen Angeboten und Lösungen haben kann.
188 Dementsprechend besteht eine subsidiäre Zuständigkeit, quasi ein Auftrag der
189 „subsidiären digitalen Daseinsvorsorge“ und Verantwortung der Städte und
190 Gemeinden. Dabei ist die interkommunale Zusammenarbeit deutlich zu stärken,
191 das Zusammenwirken zu entbürokratisieren, zu vereinfachen und für den

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 46

192 Ausbau der Infrastruktur einfache Formen der Zusammenarbeit, z.B. auf Ebene
193 der Regionalverbände, zu organisieren.

194 8. Die digitale Infrastruktur bietet nur dann eine Grundlage für die
195 Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, wenn sie sicher ist. Das Vertrauen in die
196 Authentizität der Daten, in die Identität der Absender und Adressaten, in die
197 freie Form der Kommunikation ist essentiell für die Nutzung der Chancen in
198 Zukunft. Es liegt in der Hand der Menschen und Unternehmen zunächst selbst,
199 aber auch der hoheitlichen Akteure vor Ort, die eigenen, die allgemein
200 notwendigen kritischen Infrastrukturen zu schützen, organisatorisch und im
201 Zusammenwirken mit Privaten fachlich und personell das bestmögliche
202 Sicherheitsniveau für die Nutzung digitaler Technik zu schaffen.

203 9. Neben einer Infrastrukturoffensive ist eine Bildungsoffensive notwendig. Die
204 Städte und Gemeinden haben als Schulträger und einer der Grundanbieter der
205 Weiter- und Fortbildungsinstitutionen die Verantwortung, eine moderne
206 Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind pädagogische Konzepte
207 und der Unterricht auf die Nutzung neuer Medien und digitaler Instrumente
208 abzustellen; gerade in der Lehreraus- und -fortbildung muss die Nutzung digitaler
209 Instrumente einen Schwerpunkt bilden.

210 10. Entsprechend der schulischen Ausbildung ist die Vernetzung des Lernens
211 voran zu treiben. Die digitale Entwicklung schreitet schnell voran; was heute
212 noch top aktuell ist, ist schnell wieder veraltet. Die Lebens- und Arbeitswelt
213 verändert sich kontinuierlich; Städte und Gemeinden unterstützen bei der
214 Bereitstellung von Angeboten, vor allem privater, aber auch kommunaler und
215 staatlicher Offerten, für jede Lebensphase. Lebenslanges Lernen, die moderne,
216 auf digitale Bedürfnisse ausgerichtete Fort- und Weiterbildungsangebote sowie
217 Angebote für Senioren und Menschen mit Behinderungen stellen das
218 Grundgerüst für die Digitalisierung dar.

219 Die Zukunft kann vielfältig sein und einzelne Beispiele, die in einigen Städten
220 schon umgesetzt sind, verdeutlichen dies: der Antrag zur Hundesteuer bei der
221 Stadt und die Mitnutzung der Bohrmaschine vom Nachbarn zwei Häuser weiter
222 wird von der Terrasse oder auf dem Balkon organisiert und erledigt. Die
223 medizinische Versorgung via Bildschirm ist grundsätzlich ergänzend denkbar,
224 Drohnen können mobil schnelle Arzneiversorgung in Anknüpfung mit der
225 örtlichen Apotheke bewältigen oder medizinischen GPS-Diagnosegeräte
226 interagieren von zuhause aus mit Ärzten oder Apotheken. Die Abholung der
227 Waren für die „Tafel“ ist mit der Logistik der Einzelhändler verknüpft. Ältere oder
228 Menschen mit Behinderungen erfahren die Ankunft der behindertengerechten
229 Busse rechtzeitig vorher, Verkehrschaos wird umfahren und Emissionen reduziert
230 – und der Pendler erfährt für die optimale Fahrzeit den besten Weg und bestellt
231 schon einmal das Ticket für den Pendlerparkplatz und den ÖPNV oder den
232 staufreien Weg zur konkreten Zeit. Die Energieversorgung wird in einem
233 SmartHome individuell auf den Bedarf abgestimmt und die tägliche (Güter-)
234 Logistik mit U- und S-Bahn, Drohnen und der Verknüpfung mit Quartiersboxen

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 47

235 erledigt – die Ideen und Möglichkeiten zur Gestaltung des täglichen Lebens für
236 die Menschen werden immer vielfältiger.

237 Vieles ist sinnvoll, zweckmäßig und wertvoll – einzelne Ideen und
238 Herangehensweisen können aber auch überzogen sein. Deshalb gilt: alles muss
239 individuell mit den bekannten (Wertungs-) Kriterien erprobt und anhand des
240 Bürgernutzens eingesetzt werden. Nicht alles, was möglich ist, würde und sollte
241 flächendeckend umgesetzt werden – vielleicht, weil es sich beispielsweise in der
242 Konzeption und Umsetzung als unwirtschaftlich herausstellt oder weil es, um
243 einen anderen Aspekt zu nennen, nicht von einem auf individuelle Freiheit
244 ausgerichteten Menschenbild getragen ist.

245 Liberale werden immer kritisch konstruktiv neue Wege voran gehen wollen.

246 Denn vieles Digitales, was es schon gibt oder erst noch erdacht und entwickelt
247 wird, kann helfen, die täglichen Bedarfe und Anforderungen der Menschen
248 leichter, freier, sicherer und manchmal einfach besser zu bedienen bzw. zu
249 bewerkstelligen, den Lebensstandard zu heben und das Gemeinwohl deutlich zu
250 fördern. Digitale Lösungen können helfen, die Komplexität darzustellen und
251 begreifbar zu machen, aber gerade auch zur Bewältigung der Komplexität und
252 vieler Alltagsprobleme beizutragen und den verantwortlichen Umgang mit Daten
253 zu unterstützen. Liberale Orientierung und Leitlinien sind, wie im realen Leben,
254 wichtig und bedürfen einer Übertragung auf die neuen Technologien und ihre
255 Chancen.

Begründung:

erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 48

Antrag 021

Betr.: Keine automatisierte Kennzeichenerfassung und
Kennzeichenauswertung zur Kontrolle des
Dieselfahrverbots

Antragsteller: Kreisverband Heilbronn, Nico Weinmann MdL

1 Der LPT möge beschliessen:

2 Die FDP lehnt die Kameraüberwachung und automatisierte
3 Kennzeichenerfassung- und auswertung zur Überwachung eines
4 Dieselfahrverbots ab.

Begründung:

Eine Kameraüberwachung mit Kennzeichenauswertung greift tief in die Selbstbestimmungsrechte der Bürger ein, ist zur Überwachung eines Dieselfahrverbotes unangemessen und wirft viele Fragen, vor allem bezüglich der Datensicherheit und des Datenschutz auf. Im Übrigen erfolgt die Begründung mündlich.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 49

Antrag 022

Betr.: Information über die Arbeit der Abgeordneten

Antragsteller: Kreisverband Esslingen

- 1 Der Landesvorstand wird aufgefordert, regelmäßig in geeigneter Weise über die
- 2 Arbeit aller MdB`s aus Baden-Württemberg zu informieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 50

Antrag 023

Betr.: Erneueres Rentenmodell

Antragsteller: KV Karlsruhe-Stadt

1 **Der Parteitag möge beschließen:**

2 Die FDP Baden-Württemberg wird aufgefordert, im Zuge des programmatischen *Neu*
3 *Denken-Konzepts* zu untersuchen, ob ein erneuertes Rentenmodell
4 entwickelt werden kann, das auf den Grundlagen der gesetzlichen
5 Rentenversicherung, der betrieblichen Rentenversicherung und der privaten
6 Vorsorge beruht und im Einklang mit dem Bundestagswahlprogramm der FDP
7 2017 (Seiten 56ff.) steht.

8 Das erneuerte Rentenmodell sollte die Vorschläge aus dem
9 Bundestagswahlprogramm 2017 modifizieren resp. ergänzen. Dazu gehören die
10 Verhinderung von Altersarmut, gesetzliche Restriktionen zur Vermeidung der
11 Zweckentfremdung der Rentenkasse durch die Gewährung versicherungsfremder
12 Leistungen, Steuerfreiheit für Vorsorgeaufwendungen und Entkoppelung der
13 Rentenleistung von der Entwicklung der Demografie und der individuellen
14 Erwerbsbiografie.

Begründung:

Unser gegenwärtiges System des Altersruhegeldes geht in vielfacher Hinsicht an der Realität vorbei. Eine durchgehende 40-jährige Erwerbsbiografie ist heutzutage eher die Ausnahme, als die Regel. Die Bezieher von Einkommen nach dem MiLoG werden kaum in der Lage sein, für das Alter privat vorzusorgen. Mit den damit ausschließlichen gesetzlichen Beiträgen nicht nur dieser Arbeitnehmergruppe ist die Altersarmut vorgezeichnet. Im Alter ist dann der Steuerzahler aufgerufen, ergänzende Transfers zu leisten. Es ist daher zu untersuchen, ob eine Koppelung der Steuergesetzgebung mit der Rentengesetzgebung eine zielführende Prämisse wäre, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Vereinfachung des Verwaltungshandelns.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 51

Antrag 024

Betr.: Wertekanon für Kapitalgesellschaften

Antragsteller: KV Karlsruhe-Stadt

- 1 Die FDP tritt dafür ein, dass Kapitalgesellschaften dahingehend beeinflusst
- 2 werden, dass diese sich in ihrer wirtschaftlichen Betätigung von einem schriftlich
- 3 fixierten Wertekanon (Ethikleitbild) leiten lassen.

Begründung:

In immer kürzeren Abständen wird die Öffentlichkeit mit Wirtschaftsskandalen konfrontiert, die in einem fehlenden oder zumindest unzureichend ausgeprägten Bewusstsein für die Notwendigkeit ethischer Werte begründet ist. Diese Skandale verursachen beträchtliche Schäden, sowohl für die Volkswirtschaft, als auch für die betroffenen Unternehmen selbst. Diese Schäden wären vermutlich nicht eingetreten, wenn die ökonomisch Verantwortlichen mit einer praktizierten Unternehmensethik konfrontiert worden wären.

Ein Ethikleitbild hätte in diesen Fällen die Funktion einer zusätzlichen intellektuellen und psychologischen Barriere. Die Leitbilder werden von den Unternehmen diskutiert und schriftlich niedergelegt. Die Einhaltung der im Leitbild kodifizierten Werte wird in regelmäßigen Abständen innerbetrieblich überprüft und Abweichungen durch z.B. Schulungen korrigiert. Damit wird das Ethikleitbild zur Grundlage einer Firmenkultur. Rechtsverstöße durch die verantwortlichen Akteure wiegen deshalb umso schwerer, weil die rechtswidrigen Akte nicht nur in voller Kenntnis der zu verletzenden Rechtsnormen, sondern darüber hinaus auch in vollem Bewusstsein der selbst definierten ethischen Werte vorgenommen werden. Dieses Bewusstsein der Verletzung ethischer Unternehmenswerte könnte im günstigsten Falle die Unternehmensleiter von der Begehung von Wirtschaftsstraftaten abhalten, da noch die psychologische Barriere der bewussten Zuwiderhandlung gegen die selbst aufgestellten Ethikleitlinien die Tatbegehung erschweren würde.

Das Handeln nach den Ethikleitlinien wird nicht nur innerbetrieblich kontrolliert, sondern auch durch eine zunehmend im Hinblick auf korrektes ökonomisches Handeln besonders sensibilisierte Öffentlichkeit. Dies führt neben den staatlichen Sanktionen zu Ansehensverlusten, die wiederum zu wirtschaftlichen Schäden dann führen, wenn dadurch die Geschäftsbeziehungen zu dem betroffenen Unternehmen quantitativ zurückgehen.

Innerbetrieblich bewirken Ethikleitlinien eine höhere Identifikation der Beschäftigten mit dem Unternehmen, die zu einer erhöhten Arbeitszufriedenheit und damit Arbeitsleistung führt.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 52

Antrag 025

Betr.: Zukunftsorientierte Wirtschafts- und Industriepolitik im Zeitalter industrieller Transformationsprozesse

Antragsteller: Landesfachausschuss für Wirtschafts- und Finanzpolitik

1 Der Landesparteitag möge folgende Forderungen beschließen

2 1. Strategische Agenda: Die FDP muss sich im Kontext der industriellen
3 Transformationsprozesse eine klare strategische Agenda mit konkreten Zielen
4 geben und konsistente Konzepte mit geeigneten Maßnahmen und
5 Rahmenbedingungen zu deren Erreichung erarbeiten. Das Zurückziehen auf
6 klassische Marktmodelle reicht im Zeitalter disruptiver Transformationsprozesse
7 nicht aus. Abgesehen davon greifen klassische Marktmodelle auch bei
8 notwendigen Veränderungen hin zu nachhaltigem Handeln und Wirtschaften zu
9 kurz.

10 Beispiel: Einen funktionierenden CO2-Zertifikatemarkt als Mittel zur Erreichung
11 von Klimazielen zu propagieren, ist nur dann glaubwürdig, wenn ein konsistentes
12 Steuerkonzept vorliegt und kongruente Vorstellungen über die Veränderung der
13 Energieerzeugung bestehen.

14 2. Strategische Rahmensetzung: Die Grundsätze der FDP für bzw. gegen aktive
15 Wirtschafts- und Industriepolitik sind vor dem Hintergrund der weltweiten
16 politischen und industriellen Entwicklungen und Vorgehensweisen in Bezug auf
17 eine strategische Standortsicherung für Deutschland und für die EU zu
18 hinterfragen und nach unserer Auffassung anzupassen. Das Setzen von
19 Rahmenbedingungen mit strategischem Gestaltungscharakter muss für die FDP
20 grundsätzlich – immer maximal technologie-offen und mit dem gebotenen
21 Augenmaß – als Handlungsoption in Frage kommen können.

22 Beispiel: Temporäre Beteiligung am Aufbau und an der Finanzierung einer
23 Stromlade- und Wasserstoff-tank-infrastruktur (bspw. unter Aufsicht der BNetzA),
24 um den Umstieg bzw. die Umstellung auf entsprechende Systeme zu
25 beschleunigen – ggf. über ein PPP-Modell – und um katalytisch auf private
26 Investitionen und auf Innovationen in diesem Sektor zu wirken.

27 3. Think Tank: Die FDP muss sicherstellen, dass sie selbst durch permanenten
28 aktiven Dialog mit Vertretern aus den Industriezweigen (keine
29 Lobbyisten-Veranstaltungen) im Kontext volkswirtschaftlich relevanter
30 Transformationsprozesse geeignete Kenntnisse für die politische
31 Gestaltungsaufgaben hat und diese sowohl für die programmatische Arbeit als
32 auch im Außenauftritt nutzt bzw. nutzen kann. Darüber hinaus muss das in der

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 53

33 Partei vorhandene Know-how bspw. durch Vernetzung zwischen Ausschüssen
34 besser genutzt werden.

35 4. Ziel: FDP als integraler Bestandteil der Transformation: Die FDP muss in
36 ihrem Selbst-verständnis zum integralen Bestandteil der
37 Transformationsprozesse werden, d.h. diese aktiv unterstützen, für die Teilhabe
38 daran werben und es durch geeignete Rahmenbedingungen ermöglichen, dass
39 Arbeitskräfte und Unternehmen dazu befähigt werden, neue Märkte und
40 Beschäftigungsfelder zu besetzen und dass sich in Forschung und Entwicklung
41 – insbesondere im Zusammenhang mit Schlüsseltechnologien, die für klima- und
42 umweltinduzierte sowie digitalisierungsbedingte Transformationsprozesse relevant
43 sind – Spitzentechnologien entwickeln können. In diesem Kontext sind bspw.:

44 o strukturerhaltende Maßnahmen abzulehnen;

45 o private Investitionen in (Startup-)Unternehmen zu stärken, bspw. durch eine
46 veränderte steuerliche Verwertbarkeit von erlittenen Verlusten für
47 Eigenkapitalinvestoren und durch regulatorische Vereinfachungen für
48 Fremdkapitalinvestitionen aus dem Nicht-Banken-Sektor;

49 o die forschungspolitische Unterstützung auf EU-, Bundes- und Landesebene so
50 zu strukturieren, dass sie de facto unabhängig wird von der
51 Unternehmensgröße, um die Innovationspotenziale besser zu nutzen. KMU muss
52 der Zugang zu den großen EU- und Bundesprogrammen ermöglicht werden,
53 auch ohne 'großen' Partner an ihrer Seite;

54 o der Arbeitsmarkt sowie die Schul- und Berufsausbildung als auch die
55 Fortbildungsmöglichkeiten zu dynamisieren;

56 o regulatorisch bedingte Festlegungen auf traditionelle Technologien (z.B. in
57 Energiewirtschaft, Pharmazie und Medizintechnik) aufzuheben, damit bessere
58 (genauere, sicherere, schnellere und günstigere) Methoden nicht unnötig blockiert
59 werden, sondern sinnvoll eingesetzt werden können.

Begründung:

Transformationsprozesse – allen voran klimainduzierte und durch Digitalisierungsprozesse getriebene – haben das Potenzial, die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Nationen i.Allg. und von Deutschland im Speziellen erheblich zu verändern. Die Politik hat die Verantwortung dafür, auf Basis der politischen Willensbildung strategische, maximal technologieoffene und für die Industrie verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die gewährleisten, dass Deutschland in den Schlüsseltechnologien der Zukunft eine führende Rolle spielen kann. Die Politik wird dieser Aufgabe aktuell weder in Baden-Württemberg noch auf Bundesebene ausreichend gerecht.

Eine entsprechende strategische Wirtschafts- und Industriepolitik steht in weiten Teilen im Widerspruch zur verbreiteten Meinung in der FDP, dass klassische Marktmechanismen für

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 54

die erfolgreiche Weiterentwicklung der Volkswirtschaft sorgen. Mit Blick auf die globalen Gegebenheiten und auf die Fähigkeit und den Willen gerade auch in der EU, Marktmechanismen tatsächlich konsequent zu nutzen (z.B. CO₂-Zertifikatemarkt), scheint eine differenzierte Denk- und Herangehensweise insbesondere auch vor dem Hintergrund der nicht aufhaltbaren industriellen Transformationsprozesse dringend geboten.

Marktmechanismen sind zweifelsfrei geeignet, immer wieder für Spitzenleistungen und Innovationen zu sorgen. Sie werden jedoch ohne geeignete Rahmenbedingungen nicht die innovative Kraft entfalten, die im Wettbewerb der Systeme und Volkswirtschaften im Rahmen der aktuellen Transformationsprozesse notwendig ist. Das bloße Vertrauen auf Marktmechanismen birgt zudem das Risiko, dass auf nicht markt-, sondern langfristig politisch getriebene wettbewerbsrelevante Entwicklungen nicht rechtzeitig und sachgerecht reagiert wird. Chinas strategische rohstoff- und technologieorientierte Industriepolitik steht beispielhaft für dieses Risiko. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen besteht die Gefahr, dass Marktmechanismen nur partiell greifen und dass Deutschland in volkswirtschaftlich relevanten Sektoren (bspw. in der Antriebs- und Speichertechnologie) technologisch und damit wertschöpfungsseitig seine führende Rolle einbüßt und Chancen für eine zukunftsweisende Positionierung verpasst.

Die Tragweite der Transformationsprozesse und der teilweise staatlich gelenkt verzerrte globale Wettbewerb um die Vormachtstellung bei Schlüsseltechnologien und bei der Sicherung wesentlicher Rohstoffressourcen machen es erforderlich, wirtschaftspolitische Ziele im strategischen Kontext zu definieren und die Rahmenbedingungen entsprechend langfristig auszurichten. Vor dem Hintergrund veränderter wettbewerblcher Rahmenbedingungen sowie der strategischen industriellen Standortsicherung ist die Politik gefordert, die sich abzeichnenden Transformationsprozesse wachsam zu verfolgen, zu verstehen und ggf. auch eine deutlich aktivere Gestaltungsrolle – bspw. in Bezug auf geeignete Infrastruktur – einzunehmen (siehe hierzu auch das Jahresgutachten 2018/19 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (<https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-201819-kapitel1.html#Briglauer2018>)).

Für die FDP bieten diese Transformationsprozesse eine große Chance, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und sich als *die* Wirtschafts- und Fortschrittspartei der Sozialen Marktwirtschaft zu positionieren. Hierzu bedarf es jedoch eines erkenn- und begreifbaren Profils, das dazu angetan ist, Menschen von den Zukunftschancen zu begeistern, strukturhaltendes Denken abzulegen und damit Innovationskräfte freizusetzen. Dies wiederum erfordert das klare Bekenntnis zu wesentlichen Zielen sowie durchdachte, konkrete und mitunter mutige Konzepte und Ideen zur Zielerreichung. Überschriften, Worthülsen und Grundsätzliches reichen ebenso wenig wie Marktmodellgläubigkeit, um Menschen von der FDP zu überzeugen und um den Standort Deutschland in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 55

Antrag 026

Betr.: Liberale Grundvorstellungen 21 Punkte zur Gestaltung unserer digitalen Welt von morgen

Antragsteller: FDP Kreisverband Rems-Murr

1 Für die FDP sind die folgenden Thesen grundlegend, um die politische
2 Ausrichtung bei der Umsetzung der unterschiedlichen Vorhaben und
3 Maßnahmen zur digitalen Weiterentwicklung unserer Städte und Kommunen,
4 unserer Landkreise und Verwaltungen voran zu bringen:

5 **Gestalten statt verwalten**

6 1. Bund und Europa tun gut daran, wollen sie Einfluss und Agilität im Sinne des
7 Gemeinwohls behalten, aktiv die Digitalisierung zu gestalten, statt nur die neuen
8 Entwicklungen zu beobachten oder gar nur zu verwalten.

9 2. Die Menschen erleben Digitalisierung am Arbeitsplatz und in ihrer Freizeit -
10 die Erwartungshaltung, dass auch die Rathäuser und der Staat entsprechend
11 agieren, wächst; der Anspruch an Transparenz, Partizipation, Teilhabe und
12 Mobilität sowie an die modernste Infrastruktur und neue
13 Vernetzungsmöglichkeiten vergrößert sich zu Recht.

14 **Wohlstand und Freiräume schaffen - Offline und Online verbinden und die** 15 **Menschen mitnehmen**

16 3. Die Digitalisierung soll und muss den Menschen zur Steigerung des
17 Wohlstands und des Wohlbefindens, der Entwicklung neuer Freiräume und
18 Chancen, neuer Potenziale, gesellschaftlicher Weiterentwicklung und Kreativität
19 dienen; sie ist kein Selbstzweck, sondern eine technologische und
20 gesellschaftliche Chance für die Bürgerinnen und Bürger. Der digitale Wandel
21 schafft Raum und Zeit für individuelle Ideen und Lebensweisen.

22 4. Digitale Lösungen können und werden sich positiv auf das Zusammenleben
23 der Menschen in einer Stadt und einer Bürgergesellschaft auswirken. Das Ziel
24 sollte es auch sein, den Menschen mehr (gemeinsame) Zeit, Entlastung, mehr
25 Freiraum und Gestaltungsmöglichkeiten zu bieten.

26 5. „Offline-und Online-Welt bleiben zusammen“. Kein Bürger darf dabei von
27 staatlichen und kommunalen Leistungen, online oder offline, ausgeschlossen
28 werden.

29 6. Die aktive Gestaltung der Digitalisierung nimmt die Menschen mit. Akzeptanz,
30 Toleranz und Partizipation bedingen einander und sind in der virtuellen und

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 56

31 digitalen ebenso wichtig wie in der analogen Welt. Die Bürger sollen in die
32 Entscheidungsprozesse miteingebunden werden.

33 7. Barrierefreiheit, einfache Sprache und Begleitung sind Teil einer
34 zukunftsgerichteten Strategie. Neue Wege erfordern auch neue Methoden in der
35 Teilhabe - für die Mehrheit der Menschen unter gleichberechtigter Einbindung
36 von Minderheiten. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob sich durch
37 Digitalisierungsmaßnahmen Chancen ergeben Inklusion zu fördern.

38 **Das Ziel: digital mündige Bürger**

39 8. Der Bürger arbeitet auf Basis einer hohen digitalen Mündigkeit mit der
40 Verwaltung zusammen und gestaltet sein Umfeld aktiv mit. Grundvoraussetzung
41 ist eine aktive Bildungs-, Weiter- und Fortbildungsinfrastruktur und -bereitschaft,
42 die die Menschen mitnimmt und befähigt, den digitalen Wandel mitzugehen. Die
43 digitale Kompetenz wird im Alltag der Menschen, untereinander, am Arbeitsplatz
44 oder auch im Verhältnis zur Stadt, immer wichtiger. Die Kommune unterstützt
45 ihre Bürger aktiv beim Aufbau digitalen Fähigkeiten.

46 **Digitale Infrastruktur ist die Basis**

47 9. Eine private oder kommunale Daseinsvorsorge beinhaltet eine ausreichende
48 Breitbandinfrastruktur, die auf Jahre hinaus entwicklungsfähig und schon bei
49 Einführung den Weg zur Gigabit-Gesellschaft schaffen kann. Dabei sind
50 marktwirtschaftliche Lösungen immer vorzugswürdig; nur wenn private Anbieter
51 keinerlei oder schlechtere Angebote zur Verfügung stellen, ist ein Investment
52 durch öffentliche Unternehmen denkbar. Öffentliche wie private
53 Monopolstrukturen sind mittel- und langfristig auch für die Bürger in der Regel
54 teurer, für die Gesellschaft nachteilig, da innovationshemmend.

55 10. Die Menschen brauchen auch im öffentlichen Raum jederzeit Zugang zu
56 digitalen Informationen; eine weitreichende WLAN-Strategie und Zugang zu
57 neuen Technologien, wie z.B. 5G, fördern die Attraktivität der Stadt. Die
58 Infrastruktur dazu kann z.B. in Form eines Public-Private-Partnership zur
59 Verfügung gestellt werden.

60 11. Die Rahmenbedingungen sind für eine sichere IT-Infrastruktur zu schaffen
61 -sei es technisch via Firewall- oder Blockchain-Technologien, sei es in der (Fort-
62 und Aus-)Bildung und Sensibilisierung der Menschen. Sowohl der Schutz vor
63 Angriffen als auch die Stärkung der Resilienz der Menschen und der
64 Gesellschaft für den Fall eines kurzen oder langanhaltenden Unglücksfalls oder
65 eines Anschlags auf die Infrastruktur sind Ziel einer vorausschauenden
66 Digitalisierungs- und IT-Sicherheitskonzeption.

67 12. Die Schaffung einer digitalen Identität zur Authentifizierung, Datenklarheit
68 und -wahrheit und zur modernen, sicheren Kommunikation kann erheblich zur
69 einfachen Authentifizierung beitragen. Eine gemeinsame Plattform hilft, hier
70 weitere Schritte gehen zu können.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 57

71 **Neue Wege -Fehlerkultur und „Trial-and-Error“**

72 13. Die digitale Transformation der Verwaltung verändert Aufgaben und
73 Geschäftsmodelle, Aufbau und Kultur der Aufgabenwahrnehmung in
74 Verwaltungen. Eine konstruktive Fehlerkultur und die Offenheit für
75 „Trial-and-Error-Prozesse“ sind dabei essentiell.

76 14. In der konkreten Umsetzung gibt es keine Patentrezepte der digitalen
77 Transformation, die für alle Städte gleich anzuwenden sind; Wettbewerbe auf
78 Landes- oder Bundesebene befördern aber neue Ideen und Ansätze, solange die
79 Ergebnisse und Erfahrungen digital oder auch auf anderem Wege allen zur
80 Verfügung gestellt werden. Die Kompatibilität zu offenen Standards muss
81 gewährleistet werden.

82 15. Der Bürger erwartet von der Stadt und seiner Verwaltung in Zukunft eine
83 ähnliche Dienstleistungsmentalität und Instrumente, die er auch schon in der
84 Privatwirtschaft kennt. Die digitale Vernetzung kann einen Mehrwert für die
85 Menschen und Unternehmen schaffen.

86 16. Die Daten in der Verwaltung sind grundsätzlich, unter Wahrung der
87 Schutzrechte der Menschen wie der Unternehmen also Selbstbestimmungs- und
88 Datenschutzrechte einerseits sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse
89 andererseits, offen und umfänglich frei als Open-Data-Ressource zur Verfügung
90 zu stellen. Mehr Transparenz, neue Geschäftsmodelle, neue Idee und
91 Innovationen, mehr Partizipation sind prägende Gesichtspunkte hierfür.

92 **Eine digitale Zukunft braucht klare Rahmen und Werte -und immer weniger** 93 **Verwaltungsvorschriften**

94 17. Die Digitale Transformation braucht einen verlässlichen Rechtsrahmen und
95 klare Leitlinien, gar Leitplanken, die sich an den Grundwerten des Rechts
96 orientiert. Verbindliche Rahmenvorgaben beinhalten die demokratischen und
97 rechtsstaatlichen Grundlagen, wie Eigentum und Berufsfreiheit,
98 Eigenverantwortung und Selbstbestimmungsrecht, Datensicherheit und der
99 Datenschutz sowie die Grundlagen und Werte eines vertrauensvollen
100 Zusammenlebens. Die Inhalte dienen dem Schutz des Grundgesetzes,
101 angefangen mit der Meinungs- und Pressefreiheit, Toleranz und unbedingter
102 Akzeptanz von kultureller Vielfalt.

103 18. Die Bürger erwarten, dass sich die unterschiedlichen, föderalen
104 Staatsebenen verbinden und von unten-nach-oben (bottom-up) Lösungen für
105 staatlichen Aufgaben finden. Übersetzt heißt dies: die technische und
106 methodische Hoheit in der Umsetzung digitaler Lösungen bei bestmöglichen
107 Standards hat im Zweifel immer die Einheit, die am nächsten bei den Bürgern
108 ist. Gerade bei der Digitalisierung ist der Subsidiaritätsgrundsatz entscheidend.

109 19. Maßgeblich für die Gestaltung der digitalen Transformation ist es, partizipativ
110 und technikoffen, agil und ohne Scheuklappen zu agieren - jeder für sich und in

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 58

111 der Gemeinschaft. Die Entwicklung der Smartphones in den letzten 5 Jahren
112 zeigt: die fortschreitende Technik und immer neue Ideen, die vor Ort, national
113 oder international entwickelt und kurz danach auch eingesetzt werden,
114 unterliegen immer mehr Moden und schnelllebigen Trends. Was heute noch
115 gesellschaftlich „in“ ist, kann morgen vielleicht schon wieder „out“ sein; was
116 heute noch technisch „up-to-date“ ist, kann morgen schon veraltet sein. Die
117 Begleitung der digitalen Transformation durch Politik und Verwaltung muss den
118 Mut aufbringen, die Digitalisierung als Entwicklung zu begreifen und die Prozesse
119 konstruktiv und positiv zu begleiten. Die Digitalisierung ist kein Endprodukt.

120 20. Die meisten Rechtssetzungsprozesse können der digitalen Entwicklung nicht
121 folgen; deshalb gilt: die dem Verwaltungsrecht immanente Fixiertheit auf
122 niedergelegten Verwaltungsvorschriften, -richtlinien und -interpretationsvorgaben
123 ist, ohne Einschränkungen beim Rechtsschutz, aufzuheben. Die Bereitschaft,
124 neue Wege zu gehen, muss politisch und gesellschaftlich durch ein hohes Maß
125 an Transparenz und dynamische Strukturen, vor allem aber auch an klaren
126 Rahmenvorgaben und definierten Grundsätzen ermöglicht werden.

127 21. Der Weg des bisherigen verwaltungsrechtlichen Rechtsschutzes ist zu
128 langwierig: Widerspruchs- und gerichtliche Verfahren dauern viel zu lang.
129 Kürzere, schnellere Entscheidungswege sind in einem digitalen Umfeld immer
130 wichtiger.

Begründung:

erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 59

Antrag 027

Betr.: Liberale Bürgermeister braucht das Land.

Antragsteller: KV Ortenau

- 1 1. Die FDP Baden-Württemberg strebt eine höhere Beteiligung von liberalen
2 Bürgermeisterkandidaten bis 2021 an.
- 3 2. Der Landesvorstand erarbeitet ein Strategiekonzept und ein Handbuch, um
4 potentiellen Kandidaten eine Unterstützung bei der Vorbereitung von
5 Bürgermeisterwahlen zu bieten. Teil dieses Konzeptes und des Handbuches
6 sollen Wahlkampfstrategien, Pflichten und Möglichkeiten eines Bürgermeisters
7 sein. Die Landespartei unterhält und pflegt eine Datenbank mit Informationen
8 über alle 1101 Gemeinden in Bawü.

Begründung:

In Baden-Württemberg treten bei Bürgermeisterwahlen immer weniger Kandidaten an. Dies trifft auch bei Kandidaten aus den Reihend der FDP zu. Um diesen beiden Problemen entgegenzuwirken sollen die Kompetenzen und Ressourcen der Partei gebündelt werden, um zum einen FDP Mitglieder oder Unterstützer zur Kandidatur zu ermuntern und Ihnen auch aktiv im Wahlkampf beistehen zu können. Auch bei einer nicht erfolgreichen Kandidatur bietet sich sowohl für die Kandidaten, wie auch die Helfer die Möglichkeit wichtige Wahlkampf Erfahrung zu sammeln. Zudem bietet es die Chance liberale kommunalpolitische Themen besser zu streuen, als es mit 1-4 Gemeinderatsmitgliedern möglich ist. Dies würde die liberalen Präsenz in den Regionen und den Bekanntheitsgrad erhöhen. Zudem bietet sich die Möglichkeit neue Mitglieder oder Interessierte für die FDP gewinnen zu können. Da in den meisten Kommunen oftmals kein Gegenkandidat bei Bürgermeisterwahlen vorhanden ist und somit oftmals keine richtige Wahl stattfindet besteht auch die Chance auf gesteigertes Interesse. Menschen interessieren sich mehr für Parteien, wenn sie neben den Spitzenpolitikern auch die Akteure vor Ort kennen. Das Team der FDP hat so die Chance mit den Aufgaben zu wachsen und auch aktiv Politik bewegen zu können und nicht nur diskutieren zu müssen. Auch können geeignete Liberale gefördert werden, bei Wahlen vor Ort zu kandidieren. Bei einer zeitnahen Umsetzung könnten schon Effekte bei der Landtagswahl 2021 bestehen. Bestehende Konzepte und die Datenbank aus der Ortenau werden beigefügt. Der Landesvorstand hätte somit schon eine Grundlage, auf der sich aufbauen lässt.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 60

Antrag 028

Betr.: Haushaltshilfe, Häusliche Pflege und Kinderbetreuung von der Einkommenssteuer zu 100 Prozent absetzen

Antragsteller: Liberale Frauen Baden-Württemberg

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die FDP Baden-Württemberg setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und
3 Familie ein. Diese setzt auch voraus, dass Frauen wie Männer neben ihrer
4 Erwerbstätigkeit über genügend freie Zeit verfügen, um mit ihrem Partner, den
5 Kindern, im Ehrenamt oder auch mit Freizeitaktivitäten verbringen zu können.
- 6 Aufgaben im Haushalt, in der Kinderbetreuung und in der häuslichen Pflege
7 werden noch immer überwiegend von Frauen übernommen. Diese vielfältigen
8 Aufgaben stellen gerade für berufstätige Frauen eine besondere Belastung dar.
9 Wir wollen daher, dass der Staat die bessere Vereinbarkeit von Beruf und
10 Familie durch bessere Rahmenbedingungen fördert.
- 11 Wir fordern, dass
- 12 1. Haushaltsnahe Dienstleistungen nach EStG §35a Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 in
13 voller Höhe von der Steuer abgesetzt werden können.
- 14 2. Kinderbetreuung nach §10 Abs.5 EStG komplett steuerlich absetzbar sein.
- 15 3. Häusliche Pflege beinhaltet sowohl pflegerische als auch hauswirtschaftliche
16 Versorgung pflegebedürftiger Menschen auch in ihrer häuslichen Umgebung und
17 kann als außergewöhnliche Belastungen nach § 33 EStG angesetzt werden. Hier
18 wird allerdings eine zumutbare Eigenbelastung abhängig vom Familienstand und
19 vom Gesamtbetrag der Einkünfte angerechnet. Diese Kosten sollten in voller
20 Höhe von der Steuer abgesetzt werden können.
- 21 Die FDP Baden-Württemberg wird diesen Antrag auf Bundesebene einbringen.

Begründung:

Haushaltsnahe Dienstleistungen sind beispielsweise Haushaltshilfen, Gärtner und Hausmeisterleistungen. Aufwendungen für Pflege in der Familie zählen ebenfalls zu haushaltsnahen Dienstleistungen und werden steuerlich genauso behandelt. Diese können heute zu 20 Prozent und mit maximal 4.000 Euro pro Jahr von der Einkommenssteuer abgesetzt werden. Geringfügig Beschäftigte sind nur zu 20 Prozent und maximal 510 Euro pro Jahr absetzbar wohingegen Reinigungskräfte In Firmen komplett steuerlich absetzbar sind.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 61

Haushaltsnahe Dienstleistungen tragen dazu bei, dass der/die Arbeitende den Beruf vollumfänglich ausüben kann. Deshalb sollten haushaltsnahe Dienstleistungen vollständig von der Steuer absetzbar sein.

Die Kinderbetreuung in Kitas, Kindergärten oder durch eine Tagesmutter sind bis zum 14. Lebensjahr der Kinder von der Steuer absetzbar. Allerdings nur zu zwei Dritteln und mit ebenfalls maximal 4.000 Euro im Jahr. Jedoch können nur dann beide Elternteile in Vollzeit oder vollzeitnah arbeiten, wenn ihr Kind umfassend betreut wird. Dies gilt insbesondere für Berufe, deren Arbeitszeiten den Umfang der öffentlichen Kinderbetreuung in Kindergärten oder Schulen mit gebundener, teilgebundener oder zusätzlicher Schulkindbetreuung übersteigen. Beispiele hierfür finden wir vom Einzelhandel, in Pflegeberufen bis hin zur Industrie. Um die Berufstätigkeit beider Elternteile zu fördern, sollte die Kinderbetreuung auch in voller Höhe von der Einkommenssteuer absetzbar sein.

In der Häuslichen Pflege erwachsener Menschen fallen sowohl Kosten für die reine Betreuungsleistung, haushaltsnahe Dienstleistungen und für die Pflege am Menschen selbst an. Daher muss eine steuerliche Gleichbehandlung erfolgen.

Studien des Instituts der Deutschen Wirtschaft zeigen, dass ungefähr 3 von 4 Haushaltshilfen in Deutschland in Schwarzarbeit und damit gesetzeswidrig beschäftigt werden. Außer Steuerausfällen in Milliardenhöhe bedeutet dies für die im Privathaushalt Beschäftigten, insbesondere für Frauen, dass sie u.a. keinen Versicherungsschutz bei Arbeitsunfällen genießen und spätere Altersbezüge geringer ausfallen werden. Eine vollumfängliche steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen würde einen Anreiz setzen, sozialversicherungspflichtige, angemessen bezahlte Arbeitsplätze in diesen Bereichen zu schaffen.

Haushaltsnahe Dienstleistungen entschärfen vor allem die Doppelbelastung von berufstätigen Frauen, die nach wie vor die Hauptlast bei Hausarbeit, Kindererziehung und häuslicher Pflege leisten. In Haushalten mit Doppelverdienern würden vermehrt sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse entstehen, berufstätige Menschen aus der gesetzeswidrigen Schwarzarbeit in reguläre Arbeit gebracht.

Eine steuerliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen unterstützt also maßgeblich die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hilft Frauen sich in die Berufswelt zu integrieren und sorgt für gleiche berufliche Chancen von Frauen und Männern.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 62

Antrag 029

Betr.: Knockout- den K.O.Tropfen

Antragsteller: Liberale Frauen Baden-Württemberg

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Jährlich werden allein in Deutschland mehrere hundert Menschen und davon
3 überwiegend Frauen, Opfer von Eigentumsdelikten und Delikten gegen die
4 sexuelle Selbstbestimmung.

5 Sogenannte Date-Rape-Drugs „K.O. Tropfen“ führen in kurzer Zeit zur
6 Bewusstseinstrübung und die späteren Opfer, überwiegend Frauen, sind willenlos
7 den Tätern ausgesetzt. Genaue Opferzahlen sind aufgrund der nur kurzfristigen
8 Nachweisbarkeit dieser Stoffe schwer festzumachen. Umso wichtiger ist es, die
9 Verfügbarkeit solcher Stoffe einzuschränken, um Straftaten zu vermeiden und
10 aktiven Opferschutz zu betreiben.

11 Unter den fünf gängigen Substanzen, die als Date-Rape-Drugs verwendet
12 werden, ist Gamma-Butyrolacton (GBL) der einzige, der nicht den Regelungen
13 des Betäubungsmittelgesetzes unterliegt.

14 Der Besitz und Erwerb ist nicht strafbar, die Abgabe unterliegt, abgesehen von
15 einem freien Monitoring der Hersteller, keinerlei Beschränkungen.

16 Unterschieden werden muss zwischen dem Verwendungszweck für die Industrie
17 (unvergällt) und der freien Verfügbarkeit solcher Substanzen, die künftig
18 ausschließlich in **vergällter** Form (mit Bitterstoffen versetzt) frei verkäuflich sein
19 sollen.

20 **Daher fordern wir:**

21 1. Den als Lösungsmittel in der Industrie gängigen Stoff Gamma-Butyrolacton
22 (GBL) ab sofort grundsätzlich und verpflichtend mit Bitterstoffen zu versetzen
23 (Vergällung). Nur in dieser vergällten Form soll GBL weiterhin frei verkäuflich
24 sein. Damit soll sichergestellt werden, dass sich GBL unter anderem nicht mehr
25 zur Manipulation von Getränken und Speisen eignet.

26 1.1. Die Förderung der Aufklärung über Date-Rape-Drugs und Drogen unter dem
27 Sammelbegriff „Liquid Ecstasy (welche BGL in vielen Fällen anteilig enthalten)
28 massiv zu verstärken. Hieran soll auch die Bundeszentrale für gesundheitliche
29 Aufklärung mitwirken und direkt durch eigene Kampagnen und Initiativen oder
30 indirekt durch Förderung bestehender Projekte die ausreichende Aufklärung von
31 Jugendlichen sicherstellen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 63

32 2. Unvergälltes GBL in den Anhang des Betäubungsmittelgesetzes aufzunehmen
33 und dessen Regelungen zu unterwerfen.

34 Von diesen Regelungen ausgenommen werden soll unvergälltes GBL in
35 folgenden Fällen:

36 2.1 Der Stoff bedarf aufgrund seiner vorgesehenen Verwendungszwecks der
37 chemischen Reinheit, beispielsweise in der Pharmaindustrie.

38 2.2 Der Stoff ist zweckgebunden für eine Weiterverarbeitung vorgesehen, bei
39 dem das Endprodukt sich nachweislich nicht zur Manipulation von Speisen und
40 Getränken eignet.

41 Die produzierenden und verarbeitenden Unternehmen haben dafür Sorge zu
42 tragen, dass keinerlei unvergälltes oder unverarbeitetes GBL den
43 Produktionskreislauf verlässt.

44 Die Überwachung der beiden vorgenannten Ausnahmen ist, nach dem Vorbild
45 der gängigen Kontroll- und Überwachungsmechanismen der Pharma- und
46 chemischen Industrie, staatliche Aufgabe.

47 Die FDP Baden-Württemberg wird diesen Antrag auf Bundesebene einbringen.

Begründung:

siehe Ursprungstext

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 64

Antrag 030

Betr.: Berufstätigkeit von Eltern fördern – Elterngeld neu gestalten!

Antragsteller: Liberale Frauen Baden-Württemberg

1 Als eine Partei, für die Freiheit an oberster Stelle steht, setzt sich die FDP für
2 die freie und selbst verantwortende Lebensgestaltung von Frauen ein. Die
3 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein großes Anliegen unserer
4 Partei. Deshalb möchte die FDP Baden-Württemberg Mütter und Väter in
5 Elternzeit unterstützen, schnell wieder in ihr Berufsleben einzusteigen und,
6 zumindest teilweise, wieder in ihren ehemaligen Beruf zurückzukehren. Um das
7 zu fördern, sollte:

8 1. Das Elterngeld erst dann mit dem hinzukommendem Einkommen des
9 Beziehenden/der Beziehenden durch Teilzeitarbeit verrechnet werden, wenn die
10 Summe aus dem erhaltenen Elterngeld und dem zuzüglichem Eigeneinkommen
11 pro Monat den Wert des früheren Netto-Lohns erreicht hat. Dabei wird vom
12 monatlichen Netto-Lohn der letzten 12 Monate vor Beginn der Elternzeit
13 ausgegangen.

14 2. Auch bei Beziehenden des „Elterngeld Plus“ der Deckelungsbetrag erst
15 greifen, wenn die Summe aus dem Verdienst der Teilzeitbeschäftigung und dem
16 erhaltenen Elterngeld den Betrag des ehemaligen Netto Lohns erreicht hat. Hier
17 wird genauso vom durchschnittlichen Netto-Lohn der letzten 12 Monate vor
18 Beginn der Elternzeit ausgegangen.

19 Die FDP Baden-Württemberg wird diesen Antrag auf Bundesebene einbringen.

Begründung:

In Zeiten des Fachkräftemangels kann und darf Deutschland es sich nicht leisten, dass es für Menschen günstiger ist, nicht zu arbeiten, anstatt noch während der Elternzeit in Teilzeit zurückzukehren. Durch diesen Antrag erhalten Personen in Elternzeit einen größeren Anreiz, frühzeitig wieder ins Berufsleben einzusteigen. Anstelle von nur ungefähr 65% des vorherigen Gehalts können sie durch Teilzeitarbeit monatlich auf das Einkommenslevel von vor der Elternzeit kommen. Wenn die monatlichen Einnahmen über das ehemalige Netto-Einkommen hinausgehen, kann das Elterngeld gekürzt werden, um die Sozialkassen zu entlasten.

Anstatt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, fördert die aktuelle Regelung vorrangig den Ausstieg aus dem Beruf. Steigt heute ein Beziehender des Elterngeldes wieder ins Berufsleben ein, wird das Gehalt voll mit dem Elterngeld verrechnet. Wer eine Teilzeitbeschäftigung annimmt, während er Elterngeld bezieht, hat darum oft nicht mehr

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 65

finanzielle Mittel zur Verfügung als ohne Teilzeitbeschäftigung. Gleichzeitig kommen neue Ausgaben, beispielsweise für die Kinderbetreuung, hinzu. Das veranlasst viele Bezugsberechtigte dazu, während der Bezugszeit des Elterngeldes nicht in Teilzeit in ihren Beruf zurückzukehren, da es für sie hinzukommende Anstrengung ohne einen großen finanziellen Mehrwert bedeutet.

Das neue „Kindergeld Plus“ sollte zu einer besseren Vereinbarkeit von Teilzeitarbeit und Elternzeit beitragen, da der Bezugszeitraum des Elterngeldes verlängert werden kann, wenn man monatlich nur die Hälfte des zustehenden Basisentgeltes in Anspruch nimmt. Der Wiedereinstieg in den Beruf würde sich hier anbieten, um das monatliche Einkommen zu erhöhen. Ab einer bestimmten Höhe des monatlichen Zuverdienstes greift jedoch der sogenannte Deckelungsbetrag. Dieser sorgt dafür, dass die Höhe des ausgezahlten Betrags nicht die Höhe des zustehenden Basiselterngeldes übersteigt. Da das Basiselterngeld mit dem Teilzeiteinkommen verrechnet wird, steht am Ende auch die Kürzung des Kindergelds Plus. Auch hier fehlt also letztlich der finanzielle Anreiz, verstärkt ins Berufsleben einzusteigen. Außerdem entscheidet sich noch immer eine Mehrheit von 72% der Beziehenden für das reguläre Elterngeld.

Die Neuregelung in diesem Antrag würde den vor allem bei Frauen oft entstehenden Einschnitt in die berufliche Laufbahn durch die Geburt eines Kindes minimieren. Auch heute noch nehmen Frauen bei ihrer Berufswahl und Lebensplanung häufiger Rücksicht auf die Vereinbarkeit mit dem Familienwunsch als Männer. Das schränkt Karrierechancen ein. Die bisherige Regelung macht gerade bei Paaren, die sehr unterschiedlich verdienen, die Berufstätigkeit für die geringer verdienende Person, meistens die Frau, wenig attraktiv. Diese Änderung des Elterngelds fördert die Unabhängigkeit der Frau sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darüber hinaus hilft sie, bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft, wie der „gender pay gap“, der „gender lifetime earnings gap“ oder der „gender care gap“, entgegenzuwirken.

Hinzu kommt, dass Eltern von Neugeborenen in der Bundesrepublik Deutschland heute älter sind als früher, weshalb sie oft in höheren Positionen und Gehaltsklassen angestellt sind. Dadurch kann im Beruf des Elternzeitnehmers oder der Elternzeitnehmerin oft nicht die richtige Vertretung gefunden werden, weshalb ein baldiger Wiedereinstieg auch von Seite der Unternehmen von Vorteil wäre. Gleichzeitig müssen Frauen und Männer in höheren Gehaltsklassen bisher höhere Abzüge in Kauf nehmen, wenn sie wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 66

Antrag 031

Betr.: Schriftzug „Einigkeit und Recht und Freiheit“

Antragsteller: KV Karlsruhe-Stadt

- 1 ...in allen Landesinstitutionen und öffentlichen Gebäuden, im Eingangsbereich,
- 2 den Schriftzug „Einigkeit und Recht und Freiheit“ anzubringen.

Begründung:

Bekennen wir uns -sichtbar für alle- zu unseren Grundwerten! Die Freien Demokraten treten stets für den Rechtsstaat ein. Als Partei des demokratischen Verfassungsbogens sind wir uns einig, dass diese gemeinsamen Werte der beste Weg zu gelungener Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind. Das Anbringen von Kreuzen, wie im Freistaat Bayern, schießt weit am Ziel vorbei. Stattdessen schlagen wir die Anbringung des Schriftzuges „Einigkeit und Recht und Freiheit“ vor. Dies entspricht säkularer, liberaler Haltung. Unter diesen Maximen vereinigen wir uns als Gesellschaft. Hiermit könnte Baden-Württemberg als Ursprungsland der Graswurzeldemokratie Vorreiter sein. Baden-Württemberg, mit seiner rechtsstaatlichen und freiheitlichen Tradition sollte genau dieses Vorhaben umsetzen. Wir freuen uns jetzt schon darauf, diesen Schriftzug auch im Eingang des neuen ForumRecht in Karlsruhe zu sehen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 67

Antrag 032

**Betr.: Chancengleichheit muss im Kindergarten beginnen –
Offensive für eine musikalische Früherziehung in Baden-
Württemberg**

Antragsteller: KV Rhein-Neckar, Dr. Jens Brandenburg

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Jeder Kindergarten soll auf Wunsch die Möglichkeit erhalten, das Programm
- 3 „Singen-Bewegen-Sprechen (SBS)“ zur musikalischen Früherziehung zusätzlich
- 4 zur Sprachförderung durchzuführen. Hierfür und für die Qualifizierung von
- 5 Musikmentoren soll das Land die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen.

Begründung:

Die Chancengleichheit zu den Entwicklungsmöglichkeiten muss schon im Kindergarten beginnen. Warum hier die musikalische Früherziehung? Es geht bei der musikalischen Früherziehung nicht um musikalische Fähigkeiten oder Wissen. In den frühen Jahren wird ein Grundstein gelegt für kognitive Entwicklung. Musikalische Früherziehung hat sich hier als ideale Möglichkeit erwiesen, diese kognitive Entwicklung zu fördern, und somit schon kleinen Kindern in positivem Umfeld eine große Förderung zu Teil werden zu lassen. Das im Jahr 2010 gestartete Programm „Singen – Bewegen – Sprechen (SBS)“ hat sich sehr bewährt. Durchgeführt wird dieses Programm zur musikalischen Frühförderung, indem eine Musikschullehrerin/ein Musikschullehrer oder eine Musikmentorin/ein Musikmentor regelmäßig in den Kindergarten kommt. Leider müssen sich die Einrichtungen aber entscheiden, ob sie SBS oder ein Programm zur Sprachförderung durchführen wollen. In dieser Entscheidungssituation wählt die Mehrheit der Einrichtungen die Sprachförderung. Damit bleibt das Programm „SBS“ hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir wollen SBS aus der Entweder-Oder-Förderung herausheben. Sprachförderung und weitere Wege der Förderung müssen parallel stattfinden können. Wie schafft man es, dies anzubieten, und wie könnte es zum Selbstläufer werden? Da das Programm auf einer Kooperation mit Musikschulen und Vereinen beruht, sollen ausreichend Mittel für die Qualifizierung von Vereinsmitgliedern als Musikmentoren bereitgestellt werden. Für den laufenden Betrieb rechnen wir mit Kosten von 70 Euro pro Kind und Jahr. Da die grün-schwarze Koalition auf ihren 84 Millionen Euro teuren Kinder-Bildungs-Pass für ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr verzichtet hat, kann der Ausbau von SBS auch aus diesen Mitteln finanziert werden.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 68

Antrag 033

Betr.: Änderung der Beitragsordnung

Antragsteller: Liberale Frauen

1 Die FDP Baden-Württemberg wird folgenden Antrag auf Bundesebene
2 einbringen:

3 § 10 Absatz (6) der Beitragsordnung ist folgendermaßen zu ergänzen: Die
4 Sonderumlage reduziert sich auf eine Höhe von 15 Euro je Mitglied und Jahr für
5 diejenigen beitrags erhebenden Gliederungen, die zum 31. Dezember des
6 Vorjahres jeweils einen Frauen- und einen Männeranteil in ihrem Vorstand von
7 über 40% der Vorstandsmitglieder nachweisen. Der Nachweis ist für die
8 Erhebung der Sonderumlage im Folgejahr bis zum 31. März eines Jahres
9 gegenüber dem Bundesschatzmeister zu erbringen.

Begründung:

Deutschland feiert 100 Jahre Frauenwahlrecht. Aber von gleicher Teilhabe in der Politik sind die deutschen Frauen noch weit entfernt. Die Frauenanteile in den Parlamenten sind sogar größtenteils rückläufig. Die FDP setzt sich dafür ein, mehr Frauen für die Politik zu gewinnen. Über einen finanziellen Anreiz die Untergliederungen zu motivieren, sich aktiv um höhere Frauenanteile zu kümmern, dazu dient dieser Antrag.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 69

Antrag L001

Betr.: Kommunalwahlprogramm 2019

Antragsteller: Landesvorstand

1 Prolog

2 Entscheidungen liegen auf der Straße, auf der gesperrten Brücke, die saniert
3 wird. In der Umgehungsstraße, die gebaut wird, auf der zweiten
4 Tischtennisplatte, die auf dem Schulhof installiert wird. Entscheidungen liegen
5 auch im Schlagloch, das umfahren werden muss, im Takt der Abholung der
6 gelben Säcke, die sich vor dem Eigenheim stapeln. Entscheidungen liegen in der
7 belebten Innenstadt, im Gaststättensterben, in der Sperrstunde, in der fehlenden
8 Busverbindung auf dem Land, in der Entfernung zum nächsten Augenarzt, in der
9 digitalen Verfügbarkeit von Leistungen durchs Bürgeramt, in der Sinnhaftigkeit
10 von Schnellbusstrecken und in der barrierefreien Erreichbarkeit des Bahnhofs.

11 Diese Entscheidungen sorgen für Begeisterung oder Kopfschütteln. Wir laufen
12 jeden Tag auf ihnen, unter ihnen durch oder an ihnen vorbei. Sie prägen das
13 Stadtbild, die Attraktivität unserer Gemeinde. Sie wirken sich auf Tourismus, die
14 Ansiedlung von Arbeitsplätzen, auf die Zufriedenheit der Bürger aus.

15 Als Freie Demokraten wissen wir, dass jede Gemeinde eigene
16 Herausforderungen, eigene Stärken und eigene Probleme mit sich bringt. Mit
17 diesem Kommunalwahlprogramm wollen wir einen Rahmen setzen mit Ideen und
18 Konzepten, die helfen sollen, gemeinsame Problemlagen und Herausforderungen
19 anzugehen.

20 Globale Trends und digitalisierte Geschäftsmodelle stellen unsere Kommunen
21 vor solche Herausforderungen. Die Ausdünnung des ländlichen Raums und der
22 große Zuzug von Menschen in die Städte führen zu Wohnungsnot und
23 Preissteigerungen. Fahrverbote drohen den überlasteten Berufsverkehr noch
24 weiter zu belasten. Auch um die Ballungszentren zu entlasten muss der
25 ländliche Raum attraktiver werden. Grundlegende Leistungen wie ärztliche
26 Versorgung, öffentlicher Nahverkehr, Kinderbetreuung und digitale Infrastruktur
27 müssen flächendeckend verfügbar und nutzbar werden. Die Integration von
28 Geflüchteten in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt erfordert einen Kraftakt,
29 bei dem die Kommunen nicht alleine gelassen werden dürfen. Bei der Bildung,
30 als für uns wichtigstes Politikfeld, darf weder bei Ausstattung noch beim Zustand
31 der Bildungsstätten gespart werden. Die Verwaltung muss funktionieren, digital
32 und analog, sie muss sich als Dienstleister für die Bürger verstehen. Polizei und
33 Feuerwehren müssen gestärkt, das Ehrenamt gewürdigt und die
34 Rahmenbedingungen für Gastgewerbe und den Einzelhandel verbessert werden.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 70

35 Es gibt also viel zu tun. Die Vielfalt unser Kommunen und Kreise ist dabei
36 unsere Stärke.

37 **Bauen und Wohnen**

38 **Wohnungsbau und Bedarf**

39 Es fehlt vielerorts an Wohnraum und besonders an bezahlbarem Wohnraum.
40 Kommunen nutzen häufig nicht den planerischen und gestalterischen Spielraum
41 nach Gesetzeslage aus.

42 Innenentwicklung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven sind eine
43 Möglichkeit, unbürokratisch bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen. An sozialen
44 Brennpunkten sollen kommunale Wohnungsunternehmen mit Hilfe der
45 Kommunen bestärkt werden, mehr sozial-geförderten Wohnraum bereitzustellen.
46 Deshalb setzen wir uns ein für

47 · eine Senkung der Standards im Wohnungsbau durch entsprechende Bundes-
48 und Landesgesetzgebung.

49 · die Nachverdichtung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven.

50 · die Aussetzung der „Netto-Null“ beim Flächenverbrauch.

51 · mehr Bauland, auch unter Ausnutzung aktueller Vorgaben nach dem
52 Baugesetzbuch.

53 **Innenentwicklung und Verdichtung**

54 Der wachsende Siedlungsdruck ist in vielen Kommunen größer, als dies durch
55 Neubaugebiete bewältigt werden kann. Innenentwicklung und Innenverdichtung
56 sind wichtige Mittel, diesen Siedlungsdruck zu mindern und den Baulandbedarf
57 abzubauen. Innenentwicklung erlaubt teilweise planerisch unbürokratische
58 Regelungen unter Verzicht auf ein förmliches Verfahren.

59 Deshalb setzen wir uns ein für

60 · die Favorisierung von Innenverdichtungen (Wohnen, Dienstleistungen,
61 Gewerbe) vor der Konzipierung von Neubaugebieten.

62 · bauliche Verdichtungskonzepte mit Augenmaß, die von einer breiten Mehrheit
63 getragen werden.

64 · einen Baulückenatlas sowie Modellvorhaben des Wohnens in rückwärtigen
65 Grundstücksbereichen bei privater Erschließung als gängige Vorhaben der
66 Innenverdichtung.

67 **Leerstand und Leerstandskataster**

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 71

68 Leerstände von Immobilien (Läden, Praxen, Büros, Betriebe) schaden der
69 örtlichen Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und sind ein negativer Indikator für die
70 kommunale Entwicklung. Um unvermeidbare Leerstände in Kommunen (Büros,
71 Läden, gewerbliche Betriebe) zeitlich zu reduzieren und damit die
72 Leerstandszeiten zu verkürzen, ist eine Datenbasis für Leerstandsobjekte
73 erforderlich. Deshalb setzen wir uns ein für

74 · ein schnelles Baurecht für Neuansiedlungen und Betriebsneugründungen für
75 die Aufhebung von Leerständen.

76 · eine Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Eigentümern und der
77 Immobilienwirtschaft.

78 · ein Leerstandskataster zur Bündelung aller notwendigen Informationen über
79 die leerstehende Immobilie (grundstücks- und gebäudebezogene Daten).

80 **Sanierung kommunaler Bauten**

81 Viele Landkreise und Kommunen stehen vor einem Sanierungsstau ihrer
82 eigenen Bauwerke.

83 Gebietsweise behindern der Sanierungsstau und dessen Bewältigung eine
84 Reihe weiterer, öffentlich notwendiger Maßnahmen. Der Sanierungsstau ist
85 teilweise, unterschiedlich in Landkreisen und Kommunen, als Folge versäumter
86 Sofortsanierung hausgemacht. Deshalb setzen wir uns ein für

87 · das Bestreben von Landkreisen und Kommunen, Gebäudekataster mit
88 baulichem und technischem Zustand von Gebäuden inklusive Sanierungsbedarf
89 und Zeitpunkt der Sanierung zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

90 · die Sofortsanierung kleinerer Schäden an Hochbauten, um den Substanzverfall
91 zu mindern und den Zeitpunkt der Generalsanierung zu strecken.

92 **Stadtsanierung und Stadterneuerung**

93 Viele Landkreise und Kommunen stehen vor einem Sanierungsstau ihrer
94 Infrastruktureinrichtungen. Kommunale und kreiseigene Verkehrseinrichtungen
95 sind Liegenschaften wie Straßen, Plätze, Brücken, Geh- und Radwege. Diese
96 sind in ihrem Bestand zu erhalten, zu pflegen und als kommunale Pflichtaufgabe
97 derart auszubauen, dass Generalsanierungen sehr weit geschoben werden.
98 Deshalb setzen wir uns ein für

99 · kommunale Bestrebungen, eigene Liegenschaftskataster mit dem Zustand
100 infrastruktureller Einrichtungen, den Sanierungsbedarf und den Zeitplan der
101 Sanierung zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

102 · Sofortsanierung kleinerer Schäden, um den Substanzverfall zu mindern und
103 den Zeitpunkt der Generalsanierung zu verlängern.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 72

104 **Denkmalschutz und Denkmalpflege**

105 Denkmalpflege ist eine staatliche und kommunale Aufgabe. Geschützte
106 Denkmäler sind Identifikationsmerkmale der Bevölkerung und steigern die
107 Attraktivität von Landkreisen und Kommunen. Kulturdenkmäler fördern die
108 Identifikation von Bürgerinnen und Bürgern mit einem Landkreis oder einer
109 Kommune und erfüllen Aufgaben, wie etwa das Fremdenverkehrsaufkommen in
110 einer Region zu erhöhen.

111 Denkmalprogramme von Landkreisen und Kommunen betreffen öffentliche und
112 private Einrichtungen, deren Unterhaltung und Umbauten. Deshalb setzen wir
113 uns ein für

114 · eigene denkmalpflegerische Strategien von Landkreisen und Kommunen
115 neben denen der Landesdienststellen für Denkmalpflege.

116 · kommunale Denkmalprogramme zur Unterstützung der denkmalpflegerischen
117 Arbeit privater Träger (Eigentümer, Kirchen, Vereine) durch Beratung und
118 Zuwendung.

119 · eine einfach anzurufende Schlichtungsstelle beim Landesamt für
120 Denkmalpflege bei Streit- und Konfliktfällen mit privaten Eigentümern.

121 **Friedhofswesen**

122 Die Bedeutung der Friedhöfe wird vielerorts auf Bestattungen und Besuche der
123 verstorbenen Angehörigen reduziert. Friedhöfe sind mehr: Sie sind Ruhepunkte
124 in einer Gemeinde, Stätten der stillen Trauer und Begegnung. Friedhöfe als
125 „stille Oasen“ einer Gemeinde sind Teil ökologischer Konzepte und Bestandteil
126 des grünordnerischen Gesamtsystems.

127 Die Qualität von Friedhöfen ist ein Qualitätsmerkmal einer Gemeinde. Ein
128 sorgsam geführter Friedhof zeichnet sich insbesondere durch gepflegte Anlagen
129 mit einem bürgerfreundlichen Leitsystem sowie einen barrierefreien Zugang aus.
130 Auch Ruhezonen mit Sonnenschutz, einen Schneeräumdienst, ausreichend
131 Wasserzapfstellen mit Leihgießkannen und einem Leihwagensystem gehören zu
132 einem gut ausgestatteten Friedhof. Deshalb setzen wir uns ein für

133 · vielfältige Beerdigungsformen mit Erdbestattungsgräbern (Wahl- und
134 Reihengräber) bis hin zu individuellen Formen wie z.B. Baum- oder Rasengräber,
135 Kolumbarien (Urnenwände) oder anonyme Urnengräber.

136 · die bevorzugte Beauftragung von freiberuflichen Bestattern, Friedhofsgärtnern
137 und Steinmetzen durch die Gemeinde.

138 **Verkehr / Infrastruktur / ÖPNV / Sanierung**

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 73

139 Fahrverbote

140 Saubere und unbelastete Luft atmen zu können ist Lebensqualität. Die strengen
141 Schadstoffrichtlinien zeigen Wirkung und die Luftqualität in unseren Städten ist
142 heute deutlich besser als noch vor Jahrzehnten. Dennoch drohen einem Großteil
143 der 15 Millionen Diesel-Fahrzeuge in Deutschland Fahrverbote und ihren
144 Besitzern dadurch eine schleichende Enteignung. Wir Freie Demokraten wissen
145 um die wichtige Rolle des Individualverkehrs im Mobilitätsmix und lehnen
146 Fahrverbote daher kategorisch ab. Stattdessen setzen wir uns ein für

147 · Hardware-Nachrüstungen der betroffenen Fahrzeuge auf Kosten der Hersteller,
148 sofern die Schadstoffemissionen der Fahrzeuge nachweislich manipuliert wurden.

149 · eine technologieoffene Herangehensweise an die Zukunft der Mobilität, in der
150 der technische optimierte Verbrennungsmotor eine Rolle spielen kann.

151 · eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs mit Ausbau multimodaler
152 Angebote und P+R-Lösungen, um eine attraktive Alternative zum Auto im
153 kommunalen Bereich zu schaffen.

154 · die Prüfung bestehender Messstellen auf ihren korrekten Standort und ihre
155 Sinnhaftigkeit.

156 · die Planung von Umgehungsstraßen dort, wo Innenstädte besonders unter
157 Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Straßenverkehr leiden.

158 ÖPNV

159 Ganz egal, ob für Schüler oder Senioren, für Pendler oder all jene, die sich
160 bewusst oder unfreiwillig gegen ein eigenes Auto entschieden haben: Der
161 öffentliche Nahverkehr ist von erheblicher Bedeutung für die Lebensqualität vor
162 Ort. Gleichzeitig verstärkt sich durch sich verändernde demografische
163 Rahmenbedingungen der Rückzug des öffentlichen Personennahverkehrs
164 (ÖPNV) aus der Fläche. Neue Formen der Mobilität stellen jedoch Chancen dar,
165 die wir Freie Demokraten ergreifen möchten. Damit die Nutzung von Bus und
166 Bahn noch attraktiver wird setzen wir uns ein für

167 · kommunale Verkehrskonzepte, die sämtliche Verkehrsträger vom Rad über
168 den motorisierten Individualverkehr bis hin zum schienengebunden Transport
169 berücksichtigen.

170 · einen barrierefreien Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs und einen
171 darauf abgestimmten Busverkehr.

172 · modernisiertes Wagenmaterial bei Verkehrsbetrieben in kommunaler
173 Trägerschaft, das effizient zu betreiben ist und den Fahrgästen gesteigerten
174 Komfort (WLAN, Steckdosen) bereithält.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 74

175 · Mobilitätskonzepte wie ehrenamtliche Bürgerbusse, Carsharing oder
176 Ridepooling, die sowohl im städtischen Bereich als auch in der breiten Fläche die
177 Bereitstellung von öffentlichen Transportdienstleistungen erlauben.

178 · eine engere Zusammenarbeit der Verkehrsverbände, um durch ein einfaches
179 Tarif- und Fahrkartensystem den ÖPNV attraktiver zu gestalten.

180 · die Verzahnung unterschiedlicher Verkehrsträger und die

181 · Bereitstellung von gebührenfreien P+R-Parkplätzen an strategischen Orten.

182 **Elektromobilität**

183 Wie die Zukunft der Mobilität aussieht, kann wohl niemand mit letzter
184 Gewissheit sagen. Auch deshalb stehen wir Freie Demokraten für pragmatische
185 Verkehrspolitik und Technologieoffenheit. Langsam aber stetig steigen auch
186 Angebot und Nachfrage im Bereich der Elektromobilität. Gerade für lärm- und
187 schadstoffgeplagte Kommunen können in ihr viele Chancen liegen. Damit die
188 Mobilitätswende auch vor Ort gelingt setzen wir uns ein um

189 · Elektroladestationen mit gängigen Anschlüssen und adäquater Ladeleistung an
190 kommunalen Parkplätzen und Parkhäusern bereitzustellen oder zu ermöglichen.

191 · kommunale Fahrzeugflotten bei Ämtern und kommunalen Betrieben wo
192 wirtschaftlich sinnvoll mit Elektroautos zu ergänzen.

193 · den ÖPNV wo in kommunaler Hand mit lokal emissionsfreien Bussen
194 auszustatten.

195 · dort, wo Kommunen Sonderrechte für Elektrofahrzeuge einräumen

196 · (reservierte Parkplätze, Nutzung öffentlicher Ladestationen), deren Einhaltung
197 durch die kommunalen Ordnungsdienste sicherzustellen.

198 · neben der Elektromobilität auch für andere alternative Antriebe offen zu sein.
199 Gerade im ländlichen ÖPNV mit Überlandverkehr können z.B. auch
200 Brennstoffzellenfahrzeuge oder mit synthetischen Kraftstoffen betriebene
201 Verbrenner eine lokal passende Lösung darstellen.

202 **Radwege**

203 Umweltfreundliches Verkehrsmittel für Kurzstrecken oder Expeditionsfahrzeug
204 zur Erkundung der touristischen Schönheiten unseres Landes – Fahrräder
205 erfüllen ganz unterschiedliche Rollen in unserem Verkehrsmix. Radwege sind ein
206 essentieller Bestandteil eines ganzheitlichen Verkehrssystems und müssen daher
207 Wiederhall in kommunalen Planungen finden. Darum setzen wir uns ein für

208 · ein ganzheitliches Radwegekonzept, das Anstrengungen von Kommunen,
209 Landkreisen und dem Land Baden-Württemberg bündelt.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 75

210 · die Bereitstellung gesicherter Abstellmöglichkeiten im städtischen Raum und
211 deren Anbindung an den ÖPNV.

212 · Radschnellwege, die sicheres und kreuzungsarmes Vorankommen
213 ermöglichen.

214 · kommunale Initiativen zur Identifikation und Beseitigung von Gefahrenstellen.

215 · interkommunale Zusammenarbeit in der Erschließung touristischer
216 Radwanderwege.

217 · die Bemühungen von Städten und Gemeinden, Veränderungen im
218 innerstädtischen Verteilerverkehr (Elektrolastenräder, Pedelecs, etc.) proaktiv zu
219 begleiten.

220 · die Arbeit von Jugendverkehrsschulen als Übungsfelder der
221 Verkehrsteilnehmer von morgen.

222 **Glasfaser & Mobiles Netz**

223 Flächendeckende Glasfaserversorgung ist der Faktor schlechthin für die
224 Zukunftsfähigkeit der Kommunen in Baden-Württemberg. Wo andere sich mit
225 Mittelmaß zufriedengeben und die Digitalisierung des Ländlichen Raums
226 aufgeben bevor sie richtig begonnen hat, stehen wir Freie Demokraten für eine
227 Infrastruktur, die sich mit den führenden Ländern der Welt messen kann. Unsere
228 Hidden Champions im Mittelstand brauchen Highspeed-Internet ebenso wie der
229 Netflix-User auf dem heimischen Sofa. Für sie setzen wir uns ein für

230 · glasfaserbasiertes Internet für jeden Haushalt und für jede Einrichtung
231 (Fiber-to-the-Building, FTTB) mit Übertragungsraten im Gigabit-Bereich.

232 · die Berücksichtigung des Glasfaserausbaus bei jedweden Tiefbauarbeiten auf
233 kommunaler Ebene.

234 · National Roaming, also die Freischaltung bestehender Funkmasten für
235 sämtliche Anbieter, was die Netzabdeckung verbessert und für mehr
236 Wettbewerb sorgt.

237 · die Gründung interkommunaler Zweckverbände zur Verbesserung der
238 Abdeckung in Gebieten, die von Marktversagen betroffen sind.

239 · einen lückenlosen Ausbau der mobilen Netzabdeckung bis hin zum aktuellsten
240 5G-Übertragungsstandard, sowohl in Ballungsgebieten als auch im ländlichen
241 Raum.

242 **Barrierefreiheit**

243 Nirgendwo in Deutschland ist die durchschnittliche Lebenserwartung höher als in
244 Baden-Württemberg – es lebt sich einfach gut im Südwesten. Doch eine älter

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 76

245 werdende Bevölkerung bringt auch Herausforderungen für die Kommunen im
246 Land mit sich. Wir Freie Demokraten stehen für eine Teilnahme aller am
247 gesellschaftlichen Leben, unabhängig vom Alter und der körperlichen
248 Verfassung. Weil unsere Kommunen die Keimzellen sozialen Zusammenhalts
249 sind setzen wir uns ein für

250 · die konsequente Umsetzung aller gesetzlichen Vorgaben im Rahmen des
251 barrierefreien Bauens im kommunalen Bereich – schwerpunktmäßig dort, wo
252 Investitionen in der Vergangenheit aufgeschoben wurden.

253 · die Einrichtung von Gremien auf Kommunal- oder Landkreisebene, die Ideen
254 und Konzepte bezüglich Barrierefreiheit einbringen und lokale Maßnahmenpläne
255 erstellen.

256 · eine enge Zusammenarbeit mit Senioren- und Behindertenbeiräten sowie
257 Ehrungen für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Barrierefreiheit.

258 · die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse motorisch oder sensorisch
259 eingeschränkter Menschen in der kommunalen Verwaltung und im ÖPNV.

260 **Infrastruktur**

261 Straßen und Wege sind mehr als Bauprojekte – sie verbinden Menschen und
262 bilden das Rückgrat städtischen und dörflichen Lebens. Gleichzeitig stellen Bau
263 und Instandhaltung mitunter einen der größten Haushaltsposten der Kommunen
264 dar. Effizientes und bedarfsgerechtes Bauen ist daher für uns Freie Demokraten
265 eine Grundvoraussetzung in der kommunalen Infrastrukturpolitik. In Zeiten sich
266 stark verändernder Anforderungen und Sanierungsstau bei der Bereitstellung von
267 Infrastruktur setzen wir uns ein um

268 · einen Fokus auf die Sanierung bestehender Infrastruktur zu setzen und dem
269 schleichenden Substanzverlust wo notwendig mit Generalsanierungen
270 entgegenzutreten.

271 · die bestehende Verkehrsinfrastruktur durch intelligente Leitsysteme und
272 digitales Parkraummanagement zu optimieren.

273 · bei der Planung neuer Verkehrsprojekte verschiedenste Verkehrsträger vom
274 Fahrrad bis zum ÖPNV zu berücksichtigen, um den intermodalen Verkehr zu
275 stärken und die Sicherheit im Stadtverkehr zu erhöhen.

276 · bei neuen Einrichtungen zu prüfen, inwiefern deren Planung und Ausführung
277 durch Erschließungsgesellschaften erbracht werden kann. Dabei sind neben Zeit-
278 und Kostenaspekten auch die Versorgungssicherheit und Qualität der Ausführung
279 zu evaluieren.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 77

280 · punktuell zu prüfen, bei welchen Infrastrukturprojekten durch interkommunale
281 Zusammenarbeit Effizienzgewinne erzielt werden können. Erreichbarkeit und
282 Nutzerfreundlichkeit müssen bei solchen Projekten jederzeit gegeben sein.

283 **Sanierung von Infrastruktur**

284 Mit der Planung und dem Bau von Infrastrukturprojekten ist für Kommunen die
285 Arbeit keineswegs beendet – sie fängt viel eher gerade erst an! Denn mit jeder
286 Einweihung einer neuen Einrichtung beginnt bereits deren Verfall. Ihm
287 entgegenzuwirken, Funktionsfähigkeit und Sicherheit jederzeit sicherzustellen, ist
288 eine der zentralen kommunalen Pflichtaufgaben. Vor dem Hintergrund von Zerfall
289 und Sanierungsstau setzen wir uns ein für

290 · ein digitales Infrastrukturkataster für bestehende Objekte, das Auskunft über
291 Zustand, Sanierungsbedarf und Zeithorizont aller kommunalen Liegenschaften
292 gibt.

293 · eine verbesserte technische Ausstattung der Kommunen, damit Schäden (z.B.
294 an Brücken oder Kanälen) rechtzeitig erkannt und behoben werden können.

295 · die Priorisierung von Sofortreparaturen gegenüber zeitlich hinausgezögerten
296 Generalsanierungen.

297 · die Erarbeitung kommunaler Maßnahmenprogramme zur Erhaltung der
298 Kanalisationsnetze, die Grundwasser- und Bodenschutz ebenso ins Auge fassen
299 wie Synergieeffekte mit anderen

300 · Infrastrukturprojekten und energetischer Nutzbarmachung der Abwasserwärme.

301 **Umwelt und Energie**

302 **Kommunale Abfallwirtschaft**

303 Eines der wichtigsten Zukunftsthemen wird sein, wie wir mit unseren Abfällen
304 umgehen. Wir Freien Demokraten sehen den Trend zur Kommunalisierung in der
305 Abfallwirtschaft kritisch. Private Entsorger haben gerade in den vergangenen
306 Jahren bewiesen, dass sie in Zukunftstechnologien investieren. Wir stehen
307 daher für einen freien und fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten
308 Entsorgern. In der Abfallwirtschaft geht es um viel Geld. Wir stehen für einen
309 Wettbewerb der besten Lösungen, damit wir unsere moderne
310 Entsorgungswirtschaft effizient und kostengünstig weiterentwickeln können.
311 Deshalb setzen wir uns ein für

312 · faire Ausschreibungen von Entsorgungsleistungen, bei denen private
313 Entsorger eine Chance haben, den Zuschlag zu erhalten.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 78

314 · Privat vor Staat – wenn das Angebot des öffentlichen Entsorgers dem des
315 privaten gleichwertig ist, soll der private Entsorger den Zuschlag erhalten.

316 · Technologieoffenheit in den Entsorgungssystemen. Durch technische
317 Lösungen kann Mülltrennung künftig bei den privaten Haushalten reduziert
318 werden. Diese technischen Lösungen sind gerade in größeren Städten aufgrund
319 des Platzmangels zusätzlichen Tonnen vorzuziehen.

320 · ein transparentes Verfahren, welches die Bürgerinnen und Bürger in den
321 Kommunen vor dem Hintergrund vielerorts knapp werdender Erddeponien, die
322 deshalb in den kommenden Jahren neu ausgewiesen und erweitert werden
323 müssen, rechtzeitig informiert und einen fairen Ausgleich für die Kommunen
324 schafft, welche weitere Deponiekapazitäten anbieten.

325 **Lärmschutz in den Kommunen**

326 Die Menschen in Deutschland sind mobiler geworden. Wohn- und Arbeitsorte
327 sind oftmals nicht mehr in unmittelbarer Nähe zueinander. Gleichzeitig hat der
328 Warenverkehr in Deutschland zugenommen. Auf der einen Seite bedeutet der
329 zunehmende Verkehr für viele Menschen einen Gewinn an Lebensqualität. Für
330 die Anwohner von Straßen, Schienen und Flughäfen ist jedoch der Lärm, der mit
331 zunehmendem Verkehr einhergeht, eine Einschränkung der Freiheit bis hin zur
332 konkreten Gefährdung der Gesundheit. Der Lärmschutz ist daher eine der großen
333 Zukunftsherausforderungen für unsere Kommunen. Deshalb setzen wir uns ein
334 für

335 · die Erstellung eines qualifizierten Lärmkatasters als wesentliche
336 Arbeitsgrundlage der Lärmbegrenzung.

337 · eine Beschränkung der an Lärmquellen heranwachsenden Bebauung zur
338 Vermeidung von Konfliktpotential.

339 · den Bau von Umgehungsstraßen.

340 · eine transparente Planung neuer Schienen- und Straßenverkehrswege unter
341 frühzeitiger Einbeziehung der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger.

342 · mehr Finanzmittel von Bund und Ländern zur Stärkung des aktiven
343 Lärmschutzes für stark belastete Regionen.

344 **Landnutzung**

345 Landnutzung ist in Deutschland ein umstrittenes Thema. Auf der einen Seite
346 steigen in manchen Gebieten die Wohnkosten, da immer mehr Menschen dort
347 wohnen möchten und mehr Wohnungssuchende als Wohnungen vorhanden
348 sind. Den steigenden Kosten kann nur durch den Bau weiterer Wohnungen und
349 damit einhergehend durch die Nutzung weiterer Flächen begegnet werden. Auch
350 für Gewerbe- und Infrastruktur werden in Baden-Württemberg weitere Flächen

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 79

351 benötigt. Auf der anderen Seite bedeutet eine zunehmende Bebauung auch
352 einen Verlust an Naturflächen, welche zur Steigerung der Lebensqualität und
353 des Artenschutzes dienen. Deshalb setzen wir uns ein für

354 · eine möglichst hohe Eigenverantwortung der Kommunen bei der Ausweisung
355 neuer Wohn- und Gewerbegebiete. Eine nachhaltige Abwägung zwischen der
356 Ausweisung neuer Gebiete und dem Naturschutz kann am besten durch die
357 Verantwortungsträger vor Ort entschieden werden.

358 · eine innere Nachverdichtung, die der Ausweisung neuer Flächen grundsätzlich
359 vorzuziehen ist. Dabei ist jedoch auch zu beachten, dass die Lebensqualität in
360 den Städten erhalten bleiben muss. Auch Nachverdichtung hat ihre Grenzen.

361 · Ausgleichsmaßnahmen für Bebauung, die möglichst ortsnah erfolgen sollen.
362 Dabei setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass auch eine qualitative
363 Aufwertung und Pflege der örtlichen Flächen als Ausgleichsmaßnahmen
364 Berücksichtigung finden.

365 · einen qualitativen Naturschutz. Deutschland ist eine Kulturlandschaft. Wichtig
366 ist nicht nur das Ausmaß der Flächen sondern deren Pflegequalität. Gerade für
367 dicht bebaute Gebiete ist ein hochwertiger Naturschutz durch das Anlegen von
368 Biotopen, der laufenden Pflege bspw. von Streuobstwiesen, der Pflege der
369 Stadtnatur etc. wichtig.

370 **Stadtnatur**

371 Was viele Menschen nicht wissen: Der Lebensraum in den Städten hat in den
372 vergangenen Jahren einen wichtigen Platz zum Erhalt vieler Arten
373 eingenommen. So finden zahlreiche Wildbienenarten in den Städten Nahrung
374 und einen Lebensraum. In den Nischen der Gebäude und Dächer, in den Gärten,
375 in den Blumentöpfen und Beeten finden viele Tier- und Insektenarten ein
376 Zuhause. Gleichzeitig werden unsere Städte heller. Der zunehmende Einsatz
377 von günstigen LED-Lichtern erhöht das Sicherheitsgefühl der Menschen,
378 beeinflusst aber die Ökosysteme in einem noch nicht absehbaren Ausmaß.
379 Deshalb setzen wir uns ein für

380 · städtische Grünflächen, auf welchen insekten- und tierfreundliche Blühpflanzen
381 und Hölzer angepflanzt werden.

382 · eine Informationskampagne in den Städten, um zu zeigen, wie sich die
383 Bürgerinnen und Bürger für mehr Artenvielfalt in den Städten starkmachen
384 können.

385 · Blühstreifen an den Straßenrändern.

386 · ein integriertes Lichtkonzept zur Vermeidung unnötiger Lichtquellen zum Erhalt
387 der Ökosysteme.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 80

388 · den Abbau von Lichtbarrieren für Insekten und Tiere.

389 · kleine städtische Biotope, die in einen flächendeckenden Biotopverbund
390 integriert werden können.

391 **Hochwasserschutz in den Kommunen**

392 Extremwetterereignisse haben in den vergangenen Jahren zugenommen.
393 Wetterforscher gehen davon aus, dass dieser Trend anhalten wird. Wichtig ist
394 daher, Vorsorge zu betreiben und sich auf solche extremen Naturereignisse
395 vorzubereiten. Ein zentraler Baustein ist daher – neben dem Brandschutz in den
396 Wäldern – auch der Hochwasserschutz. Durch präventive Maßnahmen im
397 Hochwasserschutz können Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe geschützt
398 werden und durch vergleichsweise kleine Investitionen hohe Kosten im
399 Nachhinein vermieden werden. Deshalb setzen wir uns ein für

400 · die Überprüfung der notwendigen Maßnahmen vor dem Hintergrund häufigerer
401 und extremerer Wetterereignisse.

402 · eine Anpassung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen bspw. durch den Bau
403 weiterer Retentionsbecken, die Ausweisung neuer Versickerungsflächen und
404 Renaturierungsmaßnahmen von Gewässern.

405 · eine Anpassung an veränderte Wetterereignisse wie bspw. die Renaturierung
406 von Flüssen und Bächen und die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten,
407 welche zusätzlich mit Insektenschutzmaßnahmen kombiniert werden kann.

408 **Bildung / Betreuung / Vereine / Ehrenamt**

409 **Ausstattung für bessere Bildung**

410 Chancengerechtigkeit ist eine zentrale Aufgabe der Schulen in
411 Baden-Württemberg. Nicht alle Kinder sind gleich, aber jedes Kind muss die
412 gleichen Chancen haben, sich in einer sich verändernden Welt bestmöglich zu
413 entwickeln. Ein zentraler Baustein der Chancengerechtigkeit sind modern
414 ausgestattete Schulen. Dabei haben unsere Schulen einen besonderen
415 Nachholbedarf bei der Ausstattung im Bereich der Digitalisierung. Wir Freie
416 Demokraten setzen auch im Bereich der Schulen auf mehr Eigenverantwortung
417 der Städte und Kommunen. Auf Landesebene wollen wir hierfür die notwendigen
418 Mittel bereitstellen. Deshalb setzen wir uns ein für

419 · moderne, sanierte Schulgebäude. Viele öffentliche Gebäude haben einen
420 Sanierungsstau. Besonders schlecht wirkt sich dieses an den öffentlichen
421 Schulen aus. Nur dort, wo sich Schüler wohl fühlen, kann hochwertiges Lernen
422 funktionieren.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 81

423 · eine zeitgemäße technische Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen und
424 Berufsschulen als eine Grundvoraussetzung für bessere Bildung und berufliche
425 Qualifikation. Deshalb sind digitale Kompetenzen zu vermitteln und als eine
426 Kernaufgabe der Schulen voranzutreiben sowie Bildungseinrichtungen
427 flächendeckend mit moderner Technik (Hard- und Software) auszustatten.

428 · eine Entscheidungsfreiheit der Eltern. Während das Land sich für den Ausbau
429 der gebundenen Ganztageschule ausspricht, wollen wir die
430 Entscheidungsfreiheit der Eltern bei der Schulkindbetreuung stärken. Daher ist
431 bei der Bereitstellung der Räumlichkeiten die Schulkindbetreuung dem
432 Raumbedarf der gebundenen Ganztageschule gleichzustellen und am örtlichen
433 Bedarf auszurichten. Dieser kann am besten von den Entscheidungsträgern vor
434 Ort ermittelt werden.

435 **Betreuungsplätze für Kinder**

436 Ein wichtiger Baustein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein qualitativ
437 hochwertiger Betreuungsplatz für Kinder. Seit 2013 haben Eltern für Kinder ab
438 drei Jahren hierauf einen Rechtsanspruch. Die Freien Demokraten sehen dabei
439 die Kindertagespflege gleichwertig neben den institutionellen
440 Kinderbetreuungsangeboten. Wir sehen in der Vielfalt in der
441 Betreuungslandschaft von öffentlichen und privaten Kindergärten eine
442 Bereicherung für die Kommunen. Nicht der Geldbeutel der Eltern soll
443 entscheidend sein dafür, wo und wie ein Kind betreut wird, sondern die
444 Bedürfnisse des Kindes und der Eltern. Deshalb setzen wir uns ein für

445 · die Förderung der Kindertagespflege als gleichwertiges Angebot durch
446 Aufnahme in den Bedarfsplan und zusätzliche kommunaler Förderung.

447 · eine neutrale Information der Eltern, in welcher sie sich über die pädagogische
448 Ausrichtung der Betreuungsangebote informieren können, um sich dann
449 entsprechend der familiären Bedürfnisse zu entscheiden.

450 · die Gebührengleichheit zwischen den unterschiedlichen Betreuungsformen und
451 Bildungsträgern.

452 · kommunale Personalentwicklungspläne, um dem bestehenden Erziehermangel
453 zu begegnen.

454 · Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Erzieher, um den
455 Beruf weiter attraktiv zu halten.

456 · Kooperationen zwischen den Vereinen und Musikschulen mit den
457 unterschiedlichen Bildungsträgern, um durch die entstehenden Synergieeffekte
458 beides attraktiver zu gestalten.

459 **Schulkindbetreuung**

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 82

460 Eine zunehmende Anzahl von Familien beweist, dass die Vereinbarkeit von
461 Familie und Beruf funktionieren kann. Viele Familien beanspruchen daher schon
462 im Kindergartenalter erweiterte Öffnungszeiten. Diese Familien benötigen auch in
463 der Grundschule noch Betreuungsangebote, die ihren Bedürfnissen entsprechen.
464 Die Landesregierung setzt hier auf den Ausbau der verpflichtenden
465 Ganztageschule. Die Freien Demokraten hingegen setzen auf das Wahlrecht
466 der Eltern. Viele Familien benötigen individuelle Betreuungsangebote, die dem
467 Erwerbsumfang der Eltern angepasst sind. Deshalb setzen wir uns ein für

468 · das Wahlrecht der Eltern und kommunales Vorhalten einer
469 Schulkindbetreuung, die flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern eingehen kann.

470 · die Berücksichtigung der Schulkindbetreuung beim Raumbedarf mit einem
471 ausreichenden Platzbedarf.

472 · eine Aufnahme der Schulkindbetreuung auf Landesebene in das Schulgesetz,
473 damit sich das Land angemessen an den Kosten beteiligt und die Kommunen
474 nicht mit den Kosten allein gelassen werden.

475 · die Berücksichtigung eines Konzepts für qualitatives Personal in der Schulkind-
476 und Hausaufgabenbetreuung beim kommunalen Bedarfsplan - einschließlich
477 einer Fachberatung.

478 **Integration**

479 Die Integration der Menschen aus anderen Ländern mit anderen kulturellen
480 Hintergründen und anderen Sprachen findet in den Kommunen statt. Hier
481 müssen unsere Werte vermittelt werden, hier muss ein Zusammenleben
482 zwischen und mit den Kulturen organisiert werden. Der Grundsatz der Integration
483 muss dabei Fördern und Fordern sein. Die gelingende Integration ist die
484 Voraussetzung für langfristige gesellschaftliche Stabilität und die Sicherung
485 unseres Wohlstands. Deshalb setzen wir uns ein für

486 · niedrigschwellige Integrationsangebote in Familienzentren, welche sich speziell
487 an Frauen richten.

488 · ein Integrationsmanagement, welches sich an den speziellen Bedürfnissen vor
489 Ort orientiert und das Ehrenamt in seiner Arbeit begleitet.

490 · Deutschkurse in den Kommunen, welche beispielsweise über die
491 Volkshochschulen organisiert werden können.

492 · niedrigschwellige Bildungsangebote für Neubürger zur Erleichterung des
493 Eintritts in den Arbeitsmarkt. Eine zentrale Forderung der Freien Demokraten in
494 diesem Zusammenhang ist ein Zuwanderungsgesetz.

495 · die Schaffung von dezentralen Anschlussunterbringungen / Wohnangeboten,
496 da Integration am besten in kleinen Einheiten gelingt.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 83

497 · die Unterstützung der Vereine vor Ort bei der Integration der Neubürger durch
498 Fortbildungsmaßnahmen und einen hauptamtlichen Ansprechpartner.

499 · einen fairen finanziellen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und
500 Kommunen, welcher sich im Ergebnis in einer Entlastung der Kommunen und
501 dauerhaften Finanzierung der Integrationsleistung manifestiert.

502 **Soziales und Pflege**

503 **Älter werdende Gesellschaft**

504 Der Anteil der älteren Bevölkerung steigt. Einerseits sind viele Senioren heute
505 noch wesentlich aktiver als vergleichbare Altersgruppen früherer Generationen,
506 andererseits nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen zu. Der Wandel der
507 Altersstruktur hat auch Auswirkungen auf die Anforderungen, die eine Stadt
508 erfüllen muss. So wächst die Nachfrage nach seniorengerechten Wohnungen.
509 Gleichzeitig sind die Bestimmungen zur Gründung ambulanter Wohngruppen zu
510 streng. Zur Sicherung der Mobilität und der Teilhabe der Senioren sind orts- und
511 situationsbezogene Ideen gefragt. Ebenfalls besitzen gerade ältere Menschen oft
512 viel Erfahrung und Kompetenz und sind dazu bereit zu vielfältigem Engagement
513 für die Gemeinde. Deshalb setzen wir uns ein für

514 · eine Entbürokratisierung, wie auch eine Entschärfung bei der Umsetzung der
515 Heimbauverordnung, damit nicht bestehende Pflegeheime den Betrieb einstellen
516 müssen.

517 · die Herstellung der Barrierefreiheit, einen gut ausgebauten ÖPNV incl.
518 Ruftaxen und Bürgerbussen, einen mobilen Service für einfache
519 Verwaltungsangelegenheiten und organisierte Nachbarschaftshilfe.

520 · eine Ehrenamtsstrategie gerade für Senioren. Die FDP will Seniorenräte
521 stärken bzw. die Gründung solcher fördern.

522 **Ärzte und Hausärzte im ländlichen Raum**

523 Der Anteil der älteren Bevölkerung in ländlich geprägten Regionen und
524 Kommunen steigt. Gleichzeitig geht die Schere zwischen dem Bedarf an
525 medizinischen Einrichtungen und dem Besatz an Landärzten auseinander. Die
526 Sicherstellung der ärztlichen Versorgung vor Ort ist eine zentrale
527 Herausforderung. Deshalb setzen wir uns ein um

528 · in Zusammenarbeit mit Kammern, der kassenärztlichen Vereinigung und den
529 kommunalen Landesverbänden, Strategien zur Sicherstellung der ärztlichen
530 Versorgung im Ländlichen Raum zu entwickeln und umzusetzen.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 84

531 · technische Innovationen in der Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg
532 umzusetzen. Die Digitalisierung in Form der Telemedizin bietet große Chancen.
533 Ein gutes Beispiel ist das Modell DocDirekt.

534 · die Ausrichtung des Studiums der Humanmedizin mehr in Richtung Praxis und
535 Allgemeinmedizin zu bewegen. Es braucht eine konkrete Verbesserung der
536 Rahmenbedingungen. Stichwort ist die Attraktivität des Arztberufs. Das bringt
537 mehr als eine Landarztquote bei Studienplätzen. Hier können auch Kommunen
538 eine aktive Rolle übernehmen, beispielsweise durch Räumlichkeiten für Praxen.

539 **Krankenhausstrukturen**

540 Die Neuordnung der Krankenhausstrukturen ist ein hochsensibles Thema mit
541 deutlich bestehenden und zu erwartenden landesweiten Strukturveränderungen.
542 Rund die Hälfte der Krankenhäuser in Baden-Württemberg macht Verluste.
543 Deshalb ist eine Neuausrichtung der Krankenhausplanung und
544 Investitionsförderung ein wichtiger Beitrag, um zu wirtschaftlich tragfähigen
545 Strukturen zu kommen. Hierzu hat die FDP/DVP Landtagsfraktion bereits einen
546 10-Punkte-Plan vorgelegt. Das Land muss den Mut haben, Akzente zu setzen.
547 Die Landesregierung bleibt weit hinter ihren Versprechungen zur
548 Investitionsförderung von Krankenhäusern zurück. So werden oft
549 Quersubventionierungen aus dem laufenden Betrieb in Investitionen erforderlich.
550 Im Doppelhaushalt 2018/2019 wurden die Investitionsmittel um 30 Mio. Euro
551 gekürzt. Deshalb setzen wir uns ein für

552 · die Forderung der baden-württembergischen Landkreise nach Krankenhäusern,
553 die nach objektiven Kriterien bedarfsgerecht und effizient arbeiten und finanziell
554 in die Lage versetzt werden müssen, die unvermeidlichen Kostensteigerungen zu
555 refinanzieren.

556 · die für den ländlichen Raum unabdingbare Grund- und Notversorgung, auch
557 wenn diese nur mit Zuschüssen oder Defizitfinanzierungen zu erreichen ist. Das
558 Personalproblem ist kein besonderes Problem des ländlichen Raumes
559 (Personalknappheit und fehlende angemessene Gehälter).

560 · private Pflegedienste und die Struktur privater Hebammen.

561 · regionale Strukturgespräche mit Bürgern als mündigen Patienten für die
562 Planung und Investitionsförderung.

563 · innovative sektorenübergreifende Versorgungskonzepte unter Berücksichtigung
564 der Belange der niedergelassenen und freiberuflichen Ärzte.

565 · eine gute Notfallversorgung und innovative Landkreis-Modellprojekte.

566 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 85

567 Die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zählt zu den großen
568 Herausforderungen für eine in die Zukunft gerichtete Gesellschaft. Ziel muss
569 sein, dass sich die Frage nach ebendieser Vereinbarkeit nicht mehr stellen muss.
570 Familie und Beruf dürfen keine Gegensätze bleiben. Die Zukunft der Arbeit wird
571 durch Home-Office-Modelle und flexiblere Arbeitsmöglichkeiten automatisch dabei
572 helfen, diesen Gegensatz abzuschmelzen. Flankierend müssen aber auch durch
573 Betriebe und Kommunen flächendeckend Angebote etabliert werden, die die
574 Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur selbstverständlich machen –
575 sondern auch praktisch, einfach und stressfrei ermöglichen. Pauschalisierte
576 Konzepte für alle Gemeinden, diese Aufgabe zu erfüllen, gibt es nicht. Jede
577 Gemeinde muss hier ihren eigenen Weg finden. Grundsätzlich ist die
578 Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem umfangreichen
579 Maßnahmenpektrum verbunden. Deshalb setzen wir uns ein für

580 · eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege
581 und Beruf sowie Schule und Beruf sowie eine Förderung flexiblerer
582 Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten und eine
583 Unterstützung von Tagesmüttern und Tagesvätern um diese nicht durch eine
584 bürokratische Überregulierung zu behindern. Für uns Freie Demokraten ist es
585 wichtig, dass Eltern wirkliche Wahlfreiheit der Betreuungsangebote erhalten.

586 · eine durch das Land unterstützte Ganztagsbetreuung. Dabei sind
587 unterschiedliche Angebote und Träger - Ganztagschulen, Kinderhorte oder
588 andere Ganztagsbetreuung in freier Trägerschaft – gleich zu behandeln und
589 gleich zu fördern. Das dafür vorgesehene Budget muss hier dem Kind folgen. Es
590 ist darüber hinaus darauf zu achten, dass Ganztagschulen auch eine
591 Ganztagsbetreuung anbieten – es kommt bei der Vereinbarkeit von Beruf und
592 Familie nämlich insbesondere darauf an, dass die übliche Arbeitszeit plus
593 Fahrzeiten durch die Betreuung abgedeckt ist.

594 · ein entschiedenes Angehen des Problems der Schulferienbetreuung. Ziel muss
595 sein, dass berufstätige Eltern durch die lange Ferienzeit nicht über Gebühr
596 belastet werden. Hierzu bedarf es verlässlicher Strukturen, die zusammen mit
597 den Kommunen und Vereinen entwickelt bzw. verbessert werden müssen und
598 die auch eine zuverlässige Nachmittagsbetreuung gewährleisten können.

599 · das Auflegen von Programmen zur beruflichen Weiterbildung in der
600 Familienphase und zum Wiedereinstieg in den Beruf.

601 **Geflüchtete**

602 Der Zustrom von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Menschen, die der
603 wirtschaftlichen Not ihrer Heimat entfliehen wollen, ist eine der größten
604 Herausforderungen vor der unserer Kommunen stehen. Auch wenn die großen
605 Fragen auf internationaler, europäischer, Bundes- und Landesebene entschieden
606 werden müssen – so zum Beispiel die Verabschiedung eines
607 Einwanderungsgesetzes mit Punktesystem und ein europäisches Asyl- und

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 86

608 Flüchtlingssystem – tragen am Ende die Kommunen und die Bürger vor Ort die
609 Kosten der Unterbringung und müssen sich um die Integration der
610 Neuankömmlinge bemühen. Als FDP fordern wir auf Bundesebene neben dem
611 Einwanderungsgesetz den Spurwechsel, der es abgelehnten Asylbewerbern, die
612 gut integriert sind und sich bereits in Lohn und Brot bzw. Ausbildung befinden,
613 ermöglicht, über die Kriterien des Einwanderungsgesetzes legal einen
614 Aufenthaltsstatus in Deutschland zu erhalten. Auf kommunaler Ebene setzen wir
615 uns ein für

616 · die Wiedereinführung der Residenzpflicht für Bewerber im Verfahren und
617 abgelehnte Asylbewerber.

618 · einen Abbau von Arbeitsverboten und Restriktionen bei Praktika und
619 Zeitarbeit. Flüchtlinge sollen schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten
620 können.

621 · eine bessere finanzielle Unterstützung durch Bund und Land der Kommunen
622 bei den Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten. Ein gutes
623 Beispiel ist hier die Schwarz-Gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen, die die
624 Integrationspauschale des Bundes direkt und komplett an die Kommunen
625 weitergegeben hat.

626 · eine Sprachstandabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den
627 Erstaufnahmeeinrichtungen und die Vermittlung der deutschen Sprache sofort
628 nach der Ankunft.

629 · eine verpflichtende und jedem Geflüchteten und Asylbewerber offenstehende
630 Teilnahme an Integrationskursen. Die Vermittlung der Werte der
631 freiheitlich-demokratischen Grundordnung muss dabei im Vordergrund stehen.

632 **Kommunale Finanzpolitik / schlanke** 633 **Verwaltung / Transparenz für den Bürger**

634 **Digitalisierung in den Kommunen**

635 Die Digitalisierung ist eines der wichtigsten Themen zur Sicherung der
636 Zukunftsfähigkeit einer Kommune. Hier müssen heute die Weichen für die
637 nächsten Jahrzehnte gestellt werden, zur Sicherung von Standorten, der
638 wirtschaftlichen Entwicklung, der Bildung und Weiterbildung, sowie für eine
639 bürgerfreundliche Verwaltung. Die Digitalisierung ist zudem ein unverzichtbarer
640 Faktor, dem globalen Wettbewerb gerecht zu werden. Weder Gemeinden, noch
641 Schulen und Betriebe sind ausreichend für die Zukunft ausgestattet. Betriebe,
642 insbesondere des Mittelstandes, drohen im nationalen und internationalen
643 Wettbewerb zurückzufallen. Deshalb setzen wir uns ein für

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 87

644 · eine flächendeckende symmetrische Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen
645 (Glasfasernetz und moderne Mobilfunk-Standards). Förderanträge müssen
646 entbürokratisiert werden, Förderprogramme des Landes und des Bundes
647 miteinander kompatibel sein.

648 · einen Ausbau von E-Government und Open Data, um dem Bürger mehr
649 Transparenz in den kommunalen Verwaltungsprozessen zu bieten und
650 Behördengänge zu erleichtern oder direkt vom Computer aus zu ermöglichen.

651 · eine zeitgemäße technische Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen und
652 Berufsschulen als eine Grundvoraussetzung für bessere Bildung und berufliche
653 Qualifikation. Deshalb sind digitale Kompetenzen zu vermitteln und als eine
654 Kernaufgabe der Schulen voranzutreiben sowie Bildungseinrichtungen
655 flächendeckend mit moderner Technik (Hard- und Software) auszustatten.

656 · eine möglichst technologie- und anbieteroffene Digitalisierung der öffentlichen
657 Verwaltung, um wettbewerbliche Strukturen auf der Anbieterseite zu fördern.
658 Standardisierung (bundes- oder landesweit) ist notwendig, um effiziente
659 Lösungen für Verwaltungsprozesse zu finden.

660 **Kommunale Finanzen**

661 Die Gemeinden in Baden-Württemberg sind in der finanziellen Situation
662 (Verschuldung, Spielraum für Investitionen, Einnahmeerwartungen) im
663 Ländervergleich (neue Bundesländer, Nordrhein-Westfalen, Stadtstaaten) gut
664 aufgestellt. Für Liberale ist eine aktuelle zufriedenstellende Finanzsituation in den
665 Gemeinden allerdings kein Argument zur Zufriedenheit. Zumal es auch in
666 Baden-Württemberg zahlreiche Kommunen gibt, deren Verschuldung trotz guter
667 konjunktureller Lage weiterhin steigt. Vereinzelte Kommunen stellen keinen
668 ausgeglichenen Haushalt auf. Das Argumentationsspektrum der FDP ändert sich
669 also nicht: Zurückhaltung bei der Gewährung freiwilliger Leistungen; konsequente
670 Sanierung kommunaler Bauten und Infrastruktur; kritische Beurteilung
671 zusätzlicher Aufgaben; Ausgabenkontrolle; Investitionen in Maßnahmen der
672 „familiengerechten“ Gemeinde. Die kritische Beachtung gilt weiterhin der
673 Aufgabenzuweisung von Bund und Land an die Gemeinden (siehe auch
674 Konnexitätsprinzip). Deshalb setzen wir uns ein für

675 · eine solide Haushaltsplanung in der Gemeinde, um die Zukunftsfähigkeit zu
676 sichern und nachfolgende Generationen nicht über Gebühr zu belasten.

677 · einen Abbau des Sanierungsstaus bei öffentlichen Gebäuden und der
678 Infrastruktur.

679 · eine bessere Ausgabenkontrolle.

680 · seriöse Kostenschätzungen und mehr Projektdisziplin zur Vermeidung
681 zusätzlicher Kosten bei Bauprojekten.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 88

682 **Personalmangel in den Verwaltungen**

683 In Zeiten positiver Wirtschaftsdaten fällt es den Kreisverwaltungen und den
684 Gemeinden zunehmend schwer (bis zur Unmöglichkeit), qualifiziertes Personal
685 zur Aufgabenwahrnehmung einzustellen. Nicht selten bezahlt die freie
686 Wirtschaft, insbesondere in den technischen Berufen, das Doppelte dessen, was
687 der öffentliche Dienst bieten kann (strenge Gehaltsobergrenzen,
688 Kommunalaufsicht). Auf dem Arbeitsmarkt hat der öffentliche Dienst deutliche
689 Wettbewerbsnachteile gegenüber Banken, Handel, Dienstleistungen, Gewerbe
690 und Industrie.

691 Kreisverwaltungen und Gemeinden sollten daher im Fall der Personalauslese
692 oder bei drohender Abwanderung von qualifiziertem Personal mehr
693 Entscheidungsfreiheiten in der Gehaltsbemessung bekommen (deutliche Abkehr
694 von tariflichen Obergrenzen) bis hin zur Gewährung besonderer
695 Leistungszulagen und verbesserter Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb setzen wir
696 uns ein für

697 · mehr Flexibilität für Landkreise und Gemeinden bei Personalauslese und
698 Besoldung.

699 · mehr Wertschätzung des Personals in den Verwaltungen.

700 · eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch flexible
701 Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle, Möglichkeiten von Homeoffice und
702 Eltern-Kind-Zimmer.

703 · eine bessere Unterstützung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern nach
704 Elternzeit und Freizeitphasen, z.B. durch ein Intranet und
705 Betriebsveranstaltungen, die auch beurlaubten Mitarbeitern zur Verfügung stehen
706 und Schulungsangebote, um den „Stand der Technik“ zu halten.

707 · eine Chance der Einstellung von qualifizierten Seiteneinsteigern.

708 **Gewerbeflächen**

709 Der Bedarf an gewerblichen und industriellen Bauflächen wächst kontinuierlich;
710 das gilt auch für solche Gemeinden, die eine Entwicklung auf derzeitigem Stand
711 festschreiben möchten. Die Gemeinden sehen sich mit der Dynamik in der
712 gewerblichen Wirtschaft konfrontiert, dass deren Flächenbedarf (Fläche je
713 Arbeitsplatz) stetig zunimmt. Das gilt für überdachte gewerbliche Bereiche und
714 für Arbeitsbereiche im Freien gleichermaßen. Zugleich hängt eine zukunftsfähige
715 Politik für die Gemeinde auch von der Ansiedlung attraktiver Betriebe ab.
716 Besondere Herausforderungen ergeben sich für solche Gemeinden, die keine
717 innerörtlichen Baulandreserven besitzen und gleichzeitig regionalplanerisch durch
718 Vorrangflächen oder andere Schutzgebiete begrenzt sind (absehbarer Konflikt

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 89

719 zwischen dem Flächenbedarf und dem Schutzbedürfnis der Landschaft). Deshalb
720 setzen wir uns ein für

721 · einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Ressource Fläche. Mit
722 Augenmaß sollten neue Gewerbeflächen ermöglicht werden können, die
723 regionale Raumordnung bei den Flächenbedarfen ist dann zu überprüfen.

724 · die weitgehende Nutzung innerörtlicher Baulandreserven sowie die
725 Zusammenarbeit von Gemeinden bei interkommunalen Gewerbegebieten.

726 · die Überprüfung bestehender Bebauungspläne. Gerade für die Bedürfnisse
727 kleiner Betriebe eignet sich oft auch die Anpassung von Bebauungsplänen in
728 Mischgebiete oder Urbane Gebiete.

729 · die Nutzung aufgegebener Flächen (Gewerbebrachen, Konversionsflächen).
730 Hierfür benötigt die Gemeinde eine engagierte Wirtschaftsförderung.

731 **Hebesätze Gewerbesteuer**

732 In der jahrzehntelangen Diskussion über das Thema „Abschaffung der
733 Gewerbesteuer / Neuverteilung des Steueraufkommens zugunsten der
734 Gemeinden“ ist wenig Bewegung auf der politischen Ebene entstanden. Es ist
735 davon auszugehen, dass die Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle den
736 Gemeinden verbleibt. Für die FDP versteht es sich, bei Bestrebungen, die
737 Gewerbesteuer (auch moderat) anzuheben, Zurückhaltung zu zeigen. Jede
738 Anhebung der Hebesätze für die Gewerbesteuer ist eine Gratwanderung
739 zwischen Einnahmeerwartung und sinkender Attraktivität für Betriebe, in der
740 Gemeinde sich anzusiedeln oder in der Gemeinde zu verbleiben. Deshalb
741 setzen wir uns ein für

742 · gute Rahmenbedingungen für Investitionen vor Ort, die gerade in Zeiten der
743 Globalisierung für unsere Unternehmen essentiell sind.

744 · moderate Gewerbesteuer-Hebesätze.

745 · eine Neustrukturierung der Gewerbesteuer auf Bundesebene, um den
746 Gemeinden eine verlässliche Finanzbasis zu sichern und gleichzeitig den
747 Mittelstand nicht über Gebühr zu belasten. Denn insbesondere multinationale
748 Konzerne können durch entsprechende Zuordnung ihrer Einnahmen und
749 Ausgaben zu ihren Standorten die Gewinnhöhe in Deutschland und damit auch
750 die Gewerbesteuerzahlung an die Gemeinden beeinflussen.

751 **Hebesätze Grundsteuer**

752 Die Grundsteuer dient der Basisfinanzierung für jede Gemeinde, da sie stabile
753 und damit planbare Einnahmen garantiert. Durch das Urteil des
754 Bundesverfassungsgerichts, dass die derzeitige Bemessung der Grundsteuer für
755 Immobilien auf Grund der überholten Einheitswerte und dadurch entstehenden

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 90

756 Ungleichbehandlungen verfassungswidrig ist, warten die Gemeinden auf eine
757 gesetzliche Neuregelung bis zum Jahr 2019. Die FDP sieht im
758 verfassungsrechtlichen Auftrag einer Neuregelung die Chancen, einerseits die
759 Kompetenzen der Bundesländer bei der Bemessung der Grundsteuer zu stärken
760 und andererseits Wege zur Vereinfachung der Bemessung (Abbau
761 bürokratischer Hürden) und zu mehr Zielgenauigkeit und damit zu mehr
762 Gerechtigkeit zu finden.

763 Der derzeitige Schwebezustand (Nichtigkeit alter Bemessungsgrundlagen, das
764 Warten auf gesetzliche Neuregelung) erhöht die politische Aufmerksamkeit. Da
765 die Grundsteuer vom Vermieter in die Nebenkosten mit eingerechnet werden
766 kann, trifft sie Eigentümer wie Mieter gleichermaßen. Deshalb setzen wir uns ein
767 für

768 · moderate Grundsteuer-Hebesätze.

769 · eine stärkere Vereinfachung der Grundsteuererhebung und damit für mehr
770 Zielgenauigkeit bei der Bemessung.

771 **Jugendgemeinderäte**

772 Eine Vielzahl von Gemeinden in Baden-Württemberg hat in den letzten beiden
773 Jahrzehnten das Gremium des Jugendgemeinderates geschaffen; die FDP
774 befürwortet derartige Gremien. Für Liberale ist der Jugendgemeinderat eine
775 hervorragende Einrichtung, um Jugendliche für die Arbeit für die Gemeinschaft
776 zu begeistern und sich gesellschaftlich einzubringen. Der Jugendgemeinderat soll
777 aktiv am politischen Leben teilnehmen, die Belange der jüngeren Generation auf
778 kommunaler Ebene vertreten, Themen finden und diese Themen im
779 Gemeinderat vorbringen und möglichst durchsetzen. Gemeinderäte sollen dazu
780 angehalten werden, die Belange des Jugendgemeinderates sehr ernst zu
781 nehmen. Deshalb setzen wir uns ein für

782 · die Einrichtung von Jugendgemeinderäten zur Beteiligung der Jugend an
783 politischen Entscheidungen, die die Jugend betreffen.

784 · ein Teilnahme- und Rederecht der Sprecher des Jugendgemeinderats an
785 Gemeinderatssitzungen (Ausschüssen).

786 · ein Antragsrecht des Jugendgemeinderats.

787 · eine Würdigung des Engagements von Jugendgemeinderätinnen und
788 Jugendgemeinderäten z.B. in deren Zeugnissen.

789 · einzelne Freistellungen der Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäte
790 in Schule und Ausbildung, solange es sich um einen vertretbaren Rahmen
791 handelt.

792 **Kommunale Partnerschaften**

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 91

793 Partnerschaften von Großstädten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen mit
794 gleich oder ähnlich strukturierten Gebieten in anderen Staaten (oder innerhalb
795 Deutschlands) aktivieren das Gemeinschaftsleben und erhöhen den
796 Erfahrungshorizont. Sie dienen dem Verständnis untereinander und helfen
797 Vorurteile abzubauen. So ist nach Jahrhunderten der Kriege zwischen
798 Deutschland und Frankreich die Deutsch-Französische Freundschaft, getragen
799 von zahlreichen Städtepartnerschaften, zum Erfolgsmodell für einen dauerhaften
800 Frieden geworden.

801 Partnerschaften können von der Politik angeschoben und beschlossen werden;
802 gelebt werden müssen Partnerschaften jedoch von der breiten Bevölkerung und
803 deren Institutionen. Wesentliche Elemente einer Partnerschaft aus liberaler Sicht
804 sind die Beziehungen von Schulen, Vereinen, Verbänden und Kirchen. Deshalb
805 setzen wir uns ein für

806 · eine Unterstützung von Jugend- und Vereinsbesuchen in Partnerkommunen
807 sowie Schüleraustauschprogrammen.

808 · eine in regelmäßigen Abständen stattfindende Überprüfung des
809 Partnerschaftsgedankens, um diesen gegebenenfalls auf eine neue Basis zu
810 stellen.

811 **Konnexitätsprinzip**

812 Bund und Land beauftragen die Landkreise und Kommunen durch Gesetze und
813 Verordnungen mit Leistungen, denen es trotz fester Zuschüsse an vollständiger
814 Finanzierung mangelt. Die Landkreise und Kommunen können vielfach nicht
815 kostendeckend arbeiten. Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen eigener
816 Gesetzgebung die finanziellen Mittel bei der Aufgabenzuweisung an Landkreise
817 und Kommunen zwar deutlich verbessert, allerdings noch immer nicht
818 ausreichend. Häufig bleiben Landkreise und Kommunen auf wesentlichen Kosten
819 sitzen. Deshalb setzen wir uns ein für

820 · einen vollständigen Finanzausgleich, wenn durch Bund und Land Aufgaben an
821 Landkreise und Kommunen verordnet werden. Diese Strategie wird auch die
822 Politik der Liberalen in den kommenden Jahren bestimmen.

823 · einen kritischen Blick auf den Grad der Umsetzung der Pflichtaufgaben. Denn
824 sobald diese umfangreicher als vorgeschrieben erfüllt werden, ist dieser Teil den
825 freiwilligen Leistungen zuzuordnen, und stellt dabei häufig eine große Belastung
826 der kommunalen Haushalte dar.

827 **Leitbilder kommunaler Entwicklungen**

828 Vielen Kommunen fehlt es an Zielvorstellungen für die nächsten Jahre bzw. die
829 nächsten Jahrzehnte. Eine Leitbilddiskussion mit professioneller Unterstützung
830 kann hierbei eine Lösung sein.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 92

831 Ein kommunales Leitbild ist ein Entwicklungsprozess, der nur dann effektiv sein
832 kann, wenn er auf vielen Schultern der Gesellschaft getragen wird (Bürgerinnen
833 und Bürger, Vereine, Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Kinder und
834 Jugendliche, Verwaltung). Das Ergebnis des Leitbildprozesses beantwortet die
835 Frage, wo die Kommune in den nächsten Jahren (Jahrzehnten) ihr Potential
836 sieht und welche Maßnahmen auf diesem Weg geeignet sind, diese Ziele
837 schrittweise zu erreichen. Deshalb setzen wir uns ein für

838 · die Unterstützung und Motivation von Kommunen bei der Erstellung von
839 Leitbildern der Entwicklung, damit diese sich auf die Herausforderungen der
840 Zukunft einstellen können.

841 · eine Leitbilddiskussion unter Einbeziehung aller handelnder Akteure einer
842 Kommune.

843 **Wirtschaft**

844 **Einzelhandel**

845 Der lokale Einzelhandel ist sowohl in ländlichen Gebieten also auch in
846 städtischen Ballungsräumen einem anhaltenden Strukturwandel ausgesetzt.
847 Geeignete kleinräumige Strategien können Kunden und Händler am Ort auch bei
848 geändertem Konsumverhalten vieler Verbraucher optimistisch in die Zukunft
849 schauen lassen. Deshalb setzen wir uns ein für

850 · einen Bürokratieabbau für Einzelhändler statt weiterer Regelungen zu
851 Arbeitszeiten und neuer Registrierkassen, die oft von den eigentlichen Aufgaben
852 abhalten.

853 · attraktive Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze für Fachkräfte.

854 · die Schaffung digitaler Einkaufsstädte. Dies kann den Ladenbesitzern helfen,
855 sich auf geändertes Konsumentenverhalten erfolgreich einzustellen.

856 · eine Verhinderung weiterer Fahrverbote, durch welche Einzelhändlern Kunden
857 aus dem Umland verloren gehen.

858 **Hotels und Gaststätten**

859 Den Hotels und Gaststätten kommt in Baden-Württemberg eine hohe Bedeutung
860 zu. Gaststätten sind gerade in kleineren Gemeinden oft ein zentraler Ort der
861 Begegnung, Hotels sind nicht nur in städtischen Ballungsräumen, sondern auch
862 in ländlichen Regionen oft eine bedeutende wirtschaftliche Kraft und große
863 Arbeitgeber. Komplizierte bürokratische Anforderungen in allen Bereichen wie z.
864 B. die Hürden bei Aus- und Erweiterungsbauten durch unangemessen hohe
865 Auflagen machen es der Branche aber zunehmend schwer. Deshalb setzen wir
866 uns ein für

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 93

867 · spürbare bürokratische Entlastungen, zum Beispiel bei den
868 Arbeitszeitdokumentationspflichten.

869 · ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem, denn der Fachkräftemangel
870 betrifft nicht nur hochspezialisierte Bereiche, sondern auch den
871 Dienstleistungsbereich.

872 · eine Unterstützung durch die Gemeinden, etwa in Form von
873 Informationsangeboten, bei Nachfolgeregelungen.

874 Innovationen und Firmengründungen

875 Wenn Land und Kommune an einem Strang ziehen und den richtigen
876 Ordnungsrahmen setzen, können kommunale Gründerzentren zu einem echten
877 Erfolg für die Kommune werden. Eine gute Infrastruktur und ein intensiver
878 Wissenstransfer zwischen Gründungszentren und Hochschulen ist dabei
879 unabdingbar. So können vor Ort, auch in ländlichen Regionen, attraktive
880 Arbeitsplätze entstehen, Abwanderung verhindert werden und sogar neue
881 Arbeitskräfte mit ihren Familien angelockt werden. Deshalb setzen wir uns ein
882 für

883 · eine engagierte kommunale Wirtschaftsförderung und Erschließung mit der
884 erforderlichen digitalen und verkehrlichen Infrastruktur.

885 · gute Rahmenbedingungen für Investitionen vor Ort, vor allem auch für mäßige
886 Gewerbesteuersätze.

887 · neue Arbeitszeitmodelle und die Forcierung einer modernen
888 Wirtschaftsansiedlung, etwa durch shared desks, gerade auch außerhalb von
889 urbanen Ballungsräumen.

890 Interkommunale Gewerbegebiete

891 Die Kooperation zwischen Kommunen bei der Erschließung von
892 Gewerbegebieten kann für die beteiligten Partner große Vorteile durch das Teilen
893 anfallender Lasten mit sich bringen. Der Flächenverbrauch wird durch weniger
894 Erschließungsinfrastruktur reduziert, die Kosten geteilt. Insbesondere für
895 Kommunen, die durch landwirtschaftliche Begrenzungen oder geschützte
896 Landschaftsteile nicht über eigene oder ausreichende gewerbliche
897 Baulandreserven verfügen. Deshalb setzen wir uns ein für

898 · Verwaltungs- und Planungsstrukturen zur Überwindung von
899 Kooperationshindernissen. Landkreise, Regierungspräsidien und
900 Regionalverbände sollen dabei unterstützend wirken.

901 · eine unabhängige Moderation der Kooperationsprozesse durch Dritte.

902 Landwirtschaft und regionale Produkte

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 94

903 Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist bedeutender Wirtschaftszweig und
904 Garant für die Pflege unserer vielfältigen Kulturlandschaft zugleich.
905 Landwirtschaftliche Unternehmer entwickeln ihre Betriebe über Generationen
906 hinweg. Die Kommunen sollen sie als starker Partner begleiten. Deshalb setzen
907 wir uns ein für

908 · Entbürokratisierung, die den Landwirten mehr unternehmerische
909 Selbstbestimmung ermöglicht.

910 · direkte Vermarktung an den Endverbraucher. Von Hofläden profitieren
911 Landwirte durch angemessene Preise und Verbraucher durch hochwertige
912 Produkte aus der direkten Umgebung.

913 · Anbauvielfalt, die es bäuerlichen Betrieben ermöglicht, flexibel auf neue
914 Situationen zu reagieren.

915 **Tourismusförderung**

916 Der Tourismus in Baden-Württemberg ist ein solides wirtschaftliches Standbein
917 und in vielen Regionen von zentraler Bedeutung. Wir wollen die Menschen
918 unterstützen, die Baden-Württemberg von seiner schönsten Seite zeigen und als
919 perfekte Gastgeber dafür sorgen, dass es für viele Touristen immer attraktiver
920 wird, ihre Freizeit zwischen Kurpfalz und Bodensee, Ostalb und Breisgau zu
921 verbringen. Deshalb setzen wir uns ein für

922 · ein ansprechendes gepflegtes Erscheinungsbild unserer Landschaften,
923 Gemeinden und Städte. Dies ist und bleibt der erste Garant für touristischen
924 Erfolg.

925 · touristische Zusammenschlüsse mehrerer Gemeinden und örtliche
926 Tourismusvereine.

927 · einheitliches Auftreten der Tourismusregionen und gemeinsame Werbung für
928 die Region.

929 · die Zusammenarbeit von Gastronomen und Hoteliers, welche beratend und
930 werbetechnisch unterstützt werden sollen.

931 **Sicherheit**

932 **Sicherheit in Kommunen und Landkreisen**

933 Unsere Bürgergesellschaft lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. In
934 Vereinen, Religionsgemeinschaften, in Bürgerstiftungen oder
935 Selbsthilfeorganisationen unterstützen sie einander besser als es jede
936 körperschaftliche oder staatliche Organisation könnte.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 95

937 Liberale vertrauen den Menschen. Wir vertrauen unsere Sicherheit schon jetzt
938 ehrenamtlichen Kräften, z.B. in der Feuerwehr, in Rettungsorganisationen, im
939 THW oder im DLRG, an – und wir tun gut daran, dieses Ehrenamt für die
940 Bürgergesellschaft dauerhaft zu unterstützen.

941 Die offene, wertorientierte Integration von Migranten, die positive Anerkennung
942 kultureller Vielfalt, das klare, demokratische Angehen gegen jede Form des
943 Extremismus, sei es religiöser, links- oder rechtsextremistischer Art, kann nur in
944 einer selbstbewussten Bürgergesellschaft vor Ort gelebt werden. Am besten ist
945 es, die Menschen zu stärken und Kriminalität wirksam und nachhaltig
946 vorzubeugen, statt an Symptomen herum zu doktern. Andererseits fordern wir
947 konsequente rechtsstaatliche Maßnahmen, wenn Bürgerinnen und Bürger durch
948 kriminelles Handeln Vertrauen missbrauchen. Das gilt für alle, auch diejenigen,
949 die nur vorübergehend hier leben. Deshalb setzen wir uns ein für

950 · eine bessere Unterstützung aller in der Jugendarbeit Tätigen, sei es an
951 Schulen, in Vereinen, in der freien Jugendarbeit oder in den Behörden – damit
952 früh Probleme erkannt und gemeinsam angegangen werden können. Eine Kultur
953 des Hinsehens und wirksame Jugendarbeit hilft mehr als nur der Erlass weiterer
954 Verbote und das öffentlichkeitswirksame Kurieren an Symptomen.

955 · eine bessere und langfristige (Kriminal-)Prävention. Wir wollen in Landkreisen
956 Stiftungen für die „öffentliche Sicherheit“ einrichten, um nicht immer nur
957 kurzfristig und nach Kassenlage nötige Präventionsprogramme z.B. zum
958 besseren Schutz vor Einbruchdiebstählen, zum Umgang mit Medien und
959 Mobbing, Erste-Hilfe-Kurse, zur Brandprävention oder den Schwimmunterricht
960 von Kindern durchzuführen. Solche Präventionsprogramme brauchen eine
961 Verstärkung und Vernetzung z.B. mit Polizei, Schulen und
962 Rettungsorganisationen, um nachhaltig wirken zu können.

963 · zielgerichtete Programme, die sich an Frauen wenden, um Selbstverteidigung
964 und Selbstbewusstsein zu stärken. Einrichtungen, die Frauen Schutz bieten,
965 müssen dauerhaft gesichert finanziert werden. Wir wollen mit besseren
966 Strukturen und einer gezielten Förderung besser gegen „häusliche Gewalt“ und
967 Menschenhandel vorgehen.

968 · mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern sowie Menschen mit
969 Behinderungen, wenn es darum geht, u.a. ihr Umfeld sicherer und einfacher zu
970 gestalten. Senioreninnen und Senioren sollen u.a. bei (bau-) planerischen
971 Entscheidungen für sichere und zugängliche Quartiere einbezogen werden.

972 · beratende Ausschüsse für „Öffentliche Sicherheit“ in den Landkreisen und
973 Kommunen, damit Polizei und Rettungseinrichtungen, Vereine sowie die örtliche
974 Wirtschaft regelmäßig mit Kreis- und Stadträten wesentliche Fragen der
975 Stärkung des Ehrenamts, der Vernetzung der in der Öffentlichen Sicherheit
976 Tätigen voranbringen, neue Projekte, wie z.B. zur Warnung der Bevölkerung bei
977 Schadenslagen oder zur besseren Rekrutierung von Rettungskräften,

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 96

978 besprechen oder die bestmögliche Verhinderung von Großschadenslagen (z.B.
979 Unwetter, Hochwasser) gemeinsam und verantwortlich angehen können.

980 · die Aufnahme einer Regelung in das Landespolizeigesetz, die
981 Videoaufnahmen in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen präzisen
982 Regeln unterwirft und damit praktikabel macht. Eine Ausweitung der
983 Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir aus Datenschutzgründen
984 ab.

985 · ein Festhalten daran, dass polizeirechtliche Alkoholverbote in der Regel kein
986 geeignetes Mittel zur Gefahrenabwehr sind. Die Regelung der Sperrzeiten für
987 Gaststätten obliegt den zuständigen kommunalen Entscheidungsträgern.

988 **Polizeipräsenz in den Kommunen**

989 Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer Stadt oder Gemeinde nicht sicher
990 fühlen, werden sich auch nicht mit ihr identifizieren. Das Sicherheitsgefühl der
991 Bürgerinnen und Bürger wurde durch die grün-rote Polizeireform nicht gestärkt,
992 weil sie die Präsenz der Polizei vor Ort geschwächt hat. Die Evaluation der
993 Polizeireform hat viele Fehler klar benannt und Änderungsbedarf angemahnt, der
994 von der Landesregierung zum Schaden der Situation vor Ort auf das Jahr 2020
995 vertagt und selbst dann nur im geringen Umfang aufgegriffen wird. Zudem
996 müssen die Polizeipräsidien weiter an Ausrüstung und Benzin sparen. Der
997 erreichbare Polizist, auch im ländlichen Raum, ist der bessere Ansprechpartner
998 als jede zusätzliche Kamera. Deshalb setzen wir uns ein für

999 · eine bessere Ausstattung der Polizeikräfte vor Ort. Die Polizeireform in
1000 Baden-Württemberg bindet viel zu viel Kräfte, schafft neue Bürgerferne, längere
1001 Wege und hilft nicht, mehr Polizei auf die Straße zu bringen.

1002 · bessere Technik, die helfen kann, die Beamten von unnötiger Bürokratie zu
1003 befreien und mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit, die Bekämpfung und
1004 Prävention von Kriminalität, aufzubringen.

1005 · kommunale Ordnungsdienste, wie zum Beispiel in Heilbronn, die nicht die
1006 Polizei ersetzen, aber in der Lage sind, Ordnungsstörungen zu unterbinden und
1007 Präsenz zu zeigen. Sie erhöhen die Sicherheitslage und das
1008 Sicherheitsempfinden für alle Menschen im öffentlichen Raum.

1009 **Feuerwehren und Brandschutz**

1010 Die Feuerwehren des Landes sind neben der Polizei wesentlicher Garant der
1011 Inneren Sicherheit. Sie stehen an allen Tagen des Jahres rund um die Uhr
1012 verlässlich und kompetent der Allgemeinheit zur Verfügung, um nicht nur
1013 Menschen und Tiere zu retten, Brände zu bekämpfen und technische Hilfe zu
1014 leisten, sondern vielmehr auch, um für sonstige Einsätze und unklare
1015 Gefahrenlagen einer der ersten Ansprechpartner zu sein. In den

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 97

- 1016 Gemeindefeuerwehren versehen nahezu 170.000 Menschen und rund 98 % aller
1017 Feuerwehrangehörigen in Baden-Württemberg ihre Tätigkeit ehrenamtlich; neben
1018 ihrem Beruf und neben den Anforderungen aus Familie und Alltag. Deshalb
1019 setzen wir uns ein für
- 1020 · eine nachhaltige Unterstützung der Feuerwehren. Sowohl die
1021 Nachwuchsförderung als auch die Stärkung erfahrener Kräfte braucht mehr
1022 Unterstützung.
- 1023 · Kampagnen für mehr Frauen und Migranten, die der Feuerwehr helfen können,
1024 die demographische Entwicklung abzumildern.
- 1025 · eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und
1026 Rettungsorganisationen.
- 1027 · neue Anreizsysteme für eine bessere Alterssicherung.
- 1028 · verlässliche Investitionen in moderne Technik.
- 1029 · die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Bildungsgutscheine, zum
1030 Beispiel durch kostenfreie VHS-Seminare.

Begründung:

erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 98

Antrag S001

Betr.: Ein Ombudsmitglied für die FDP BW

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg, Landesvorstand FDP, Liberale Hochschulgruppe Baden-Württemberg, Liberale Frauen Baden-Württemberg

- 1 Füge ein in § 17 Abs. 2 neue Nummer „3a. die Wahl des Ombudsmitglieds“
- 2 Füge ein in § 17 Abs. 3 nach „Landesvorstands,“: „des Ombudsmitglieds,“
- 3 Füge ein in § 17 Abs. 11 nach „Landesvorstandes,“: „und des Ombudsmitglieds“
- 4 Füge ein in § 17a Abs. 2 nach „Landesvorstandes,“: „an das Ombudsmitglied,“
- 5 Füge ein in § 18 Abs. 2 neuen Punkt „g) das Ombudsmitglied“
- 6 Füge ein in § 19 Abs. 1 nach „Landesvorstandes,“ „das Ombudsmitglied“
- 7 Streiche in § 21 Abs. 1 Nummer IV „und“
- 8 Füge ein in § 21 Abs. 1 neue Nummer V: „das Ombudsmitglied“
- 9 Füge ein in „III. Organe des Landesverbandes“ einen neuen „§23a Aufgaben
10 des Ombudsmitglieds“; § 23a (alt) wird § 23b (neu) und § 23b (alt) wird § 23c:
11 Das Ombudsmitglied prüft die Behandlung, Umsetzung und Ausführung der
12 Anträge und Beschlüsse der Landesparteitage und Landeshauptausschüsse
13 durch den Landesvorstand und legt hierzu jedem Landesparteitag eine
14 schriftliche Übersicht vor. Es dient außerdem allen Mitgliedern als direkter
15 Ansprechpartner für Streitfragen und Konflikte im Verband.

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 99

Antrag S002

Betr.: Änderung § 14 Absatz 2 der Landessatzung

Antragsteller: Michael Theurer, Judith Skudelny, Hartfrid Wolff, Florian
Toncar, Alexander Brecht, Sibel Yüksel,

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen...
- 2 Füge in § 14 Absatz 2 der Landessatzung nach "des Landesverbandes der
- 3 Liberalen Schwulen und Lesben" "des Landesverbandes der Liberalen Juristen"
- 4 ein.

Begründung:

erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden- Württemberg

Seite 100

Antrag S003

Betr.: Änderung § 8 Absatz 1 der Geschäftsordnung zur
Landessatzung

Antragsteller: Michael Theurer, Judith Skudelny, Hartfrid Wolff, Florian
Toncar, Alexander Brecht, Sibel Yüksel,

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen...
- 2 Füge jeweils in § 8 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung
- 3 zur Landessatzung nach "vom Landesvorstand der Liberalen Schwulen und
- 4 Lesben" "vom Landesvorstand der Liberalen Juristen" ein.

Begründung:

erfolgt mündlich

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

Seite 101

Antrag S004

Betr.: Ein Ombudsmitglied für die FDP BW

Antragsteller: Junge Liberale Baden-Württemberg, Landesvorstand FDP, Liberale Hochschulgruppe Baden-Württemberg, Liberale Frauen Baden-Württemberg

- 1 Änderungsantrag zur Geschäftsordnung:
- 2 Füge ein einen neuen "§ 5a Wahl des Ombudsmitglieds
- 3 Das Ombudsmitglied wird vom Landesparteitag in schriftlicher, geheimer Wahl
- 4 gewählt. Für die Wahl gelten die Bestimmungen von § 5 Absatz 1 dieser
- 5 Geschäftsordnung. Das Ombudsmitglied darf kein anderes Wahlamt nach der
- 6 Satzung der Freien Demokratischen Partei/Demokratische Volkspartei
- 7 (FDP/DVP), Landesverband Baden-Württemberg, haben."